Mittw./Donnerst., 31.12.86/1.1.87 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 18 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 303 - 1.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 38,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 850 Tl.

POLITIK

Berlin: Der Berliner Regierende Bürgermeister, Eberhard Diepgen, will mit der 750-Jahr-Feier die Stadt als „Metropole in der Mitte Europas und als Hauptstadt der deutschen Nation für das nächste Jahrhundert" vorbereiten. Die Mauer könne nicht daran hindern, „unseren Teil der Stadt im Blick auf das ganze Berlin zu gestalten".

Schadensersatz: Das Land Hessen hat Schadensersatzansprüche in Höhe von etwa 1,8 Millionen Mark nach dem Brand bei dem Baseler Chemiekonzern Sandoz angemeldet. Die Schadensaufstellung habe allerdings vorläufigen Charakter, erklärte Staatssekreär Kerschgens (Die Grünen).

Stabil: Die Gebühren für Briefe, Päckchen und Pakete werden auch 1987 stabil bleiben. Dies erklärte Bundespostminister Schwarz-Schilling. Die wirtschaftliche Lage der Post sei gut. Die Masse der 18,6 Milliarden Mark Investitionen würde auch 1987 in die Fernmeldetechnik fließen.

Flüchtlinge: 287 polnische Touristen sind über Weihnachten in Lübeck-Travemünde nicht auf ihre Kreuzfahrtschiffe zurückgekehrt und in der Bundesrepublik Deutschland geblieben. 13 Personen hätten wegen deutscher Volkszugehörigkeit um Anerkennung als Flüchtlinge gebeten.

Nordirland: Bei einem nächtlichen Bombenanschlag auf eine Gastwirtschaft in der Nähe der nordirischen Stadt Londonderry ist ein Mann getötet und ein weiterer schwer verletzt worden. Die Polizei vermutet hinter dem Sprengstoffanschlag die Terrororganisation IRA.

Sacharow: Als erster Vertreter einer westlichen Regierung hat der amerikanische Botschafter in der Sowjetunion, Arthur Hartman, den aus der Verbannung entlassenen Nobelpreisträger Andrej Sacharow in dessen Moskauer Wohnung besucht. Über die Dauer und den Inhalt des Gesprächs teilte der Sprecher der US-Botschaft nichts mit.

Ausgezeichnet: Der amerikanische Präsident Reagan hat die Piloten und den Erbauer des Superleichtflugzeuges „Voyager" mit der „Bürgermedaille" des Weißen Hauses ausgezeichnet. Reagan nannte die Pioniertat das „schönste Weihnachtsgeschenk für Amerika".

Korea: Der wiedergewählte nordkoreanische Präsident Kim Il Sung hat in seiner Neujahrsansprache Verhandlungen mit Südkorea auf höchstem Niveau vorgeschlagen. Als oberste Aufgabe Nordkoreas stellte Kim die Verwirklichung des Sozialismus und die Wiedervereinigung heraus.

Rauschgift: In Polen wächst die Zahl der Drogenabhängigen. Wurden 1985 bereits 16 675 Drogensüchtige registriert, so waren es ein Jahr zuvor noch 1400 Menschen weniger, meldete die amtliche Nachrichtenagentur PAP. Die Zahl der Drogentoten nehme aber leicht ab.

Umbesetzung: Der Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik im Zentralkomitee der ungarischen KP, Ballai, ist von seinem Posten abgelöst worden. Ihm sein eine „andere wichtige Aufgabe" zugewiesen worden, hieß es. Sein Nachfolger wurde dessen bisheriger Stellvertreter Nemeth.

WIRTSCHAFT

ABM-Stellen: Die Zahl der im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) geschaffenen Arbeitsplätze hat sich seit 1982 weit mehr als verdreifacht. Das erklärte der Präsident der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke. Im kommenden Jahr würde die Zahl der ABM-Stellen um weitere 10 000 gesteigert werden.

Börse: An den deutschen Aktienbörsen verzeichneten die Standardwerte am letzen Börsentag des Jahres bei erneut sehr ruhigem Geschäft nur kleine Ausschläge nach beiden Seiten. Die Rentenwerte dagegen schlossen gut behauptet. WELT-Aktienindex: 277,21 (277,84). BHF-Rentenindex: 106,588 (106,566). BHF-Performance-Index: 108,609 (108,497). Dow-Jones-Index (29. 12.): 1912,12. Dollarmittelkurs: 1,9500 (1,9458) Mark. Goldpreis je Feinunze: 388,75 (390,10) Dollar.

KULTUR

„Dance": Im New Yorker Metropolitan Museum wird in der Silvesterschau „Dance" die Kulturgeschichte des Ballkleids präsentiert. An die 200 Ballkleider, Abend- und Festroben aus drei Jahrhunderten sind zu sehen. Der Ausstellung geht es aber weniger um historische Akribie als um Augenwitz und Atmosphäre. (S. 15)

Ohne „E": Der Franzose Georges Perec – und der Übersetzer Eugen Helmlé haben jetzt einen Roman herausgebracht, in dem kein einziges „E" auftaucht. Entsprechend ist der Lesewert – weiß man doch, daß im Deutschen das „E" der am häufigsten vorkommende Buchstabe ist. Der Titel des Buches: „Anton Voyls Fortgang". (S. 15)

SPORT

Fußball: Igor Belanow (UdSSR), der mit Dynamo Kiew den Europapokal der Pokalsieger gewann und mit der Nationalmannschaft in Mexiko bei der Weltmeisterschaft spielte, ist als bester Fußballer des Jahres für 1986 ausgezeichnet worden. Bester Spieler aus der Bundesrepublik war Kölns Torwart Harald Schumacher auf dem 17. Rang. (S. 7)

Weltmeisterschaft: Die italienische Regierung hat umgerechnet rund 920 Millionen Mark zum Ausbau und zum Neubau von Sportstadien zur Verfügung gestellt. Das Geld soll in den zwölf Städten verwendet werden, in denen 1990 die Spiele der Fußball-Weltmeisterschaft stattfinden werden. Noch steht nicht fest, wo neue Stadien gebaut werden. (S. 7)

AUS ALLER WELT



„Versiegeltes Glück": Ein Neujahrsgruß, wie er anno 1910 verschickt wurde (Foto). Das Postkartenmotiv mit dem Schilderhaus aus versiegelten Briefen soll versinnbildlichen, daß sich in den verschlossenen Couverts das Glück befindet. Auf den meisten „Glückskarten" spielte indes Geld die Hauptrolle. (S. 16)

Telefonauskunft: Der Service, der unter der Rufnummer 1188 geboten wird, geht oftmals weit über das nüchterne Herausfinden der gewünschten Telefonnummer hinaus. Besonders während der Feiertage und an den Wochenenden wird das berühmte „Fräulein vom Amt" mit hilfesuchenden Anrufen konfrontiert. (S. 16)

Ein glückliches und erfolgreiches Jahr 1987 wünscht die WELT ihren Lesern und Geschäftsfreunden. Unsere nächste Ausgabe erscheint am 2. Januar zur gewohnten Stunde. Verlag und Redaktion DIE WELT.

‚Beim Kampf um Zweitstimmen haben wir bessere Chancen'

Bangemann besorgt über drohenden Handelskrieg mit USA / WELT-Gespräch

HEINZ HECK, **Bonn**

Der FDP-Vorsitzende und Wirtschaftsminister Martin Bangemann sieht in der gezielten Werbung auch der großen Parteien um die Zweitstimme keine Gefahr für die FDP (WELT v. 30. 12.). „Ich bin in keiner Weise erschreckt", erklärte er am Dienstag in einem WELT-Interview. Alle Parteien sollten sich um die Zweitstimme bemühen. Die FDP tue das mit besseren Startchancen als die anderen Parteien. Sie habe bei weniger Stammwählern immer schon sehr viele Wechselwähler angezogen.

So gebe es derzeit auch zahlreiche SPD-Wähler, die angesichts des Zustands ihrer eigenen Partei der FDP ihre Zweitstimme gäben. Eine überwältigende Mehrheit der Bürger wolle weder eine rot-grünes Bündnis noch eine absolute Mehrheit der Unionsparteien. Beides sei nur durch eine starke FDP zu verhindern. Bangemanns Bekenntnis zum gegenwärtigen Regierungsbündnis fällt eindeutig aus: „Außer in dieser Koalition sehe ich keine Chance, liberale Politik durchzusetzen."

Besorgt äußerte er sich zur jüngsten Zuspitzung im Streit um amerikanische Agrarexporte in die EG. Die Gefahr eines Handelskrieges habe sich erhöht. Er hofft aber, daß es dazu nicht kommt. Die US-Regierung hatte zuvor Strafmaßnahmen gegen die EG angekündigt. Diese sollen jedoch frühestens am 1. Februar wirksam werden. Bangemann erinnerte daran, daß die EG weiter verhandlungsbereit sei. Die Bundesregierung hatte außerdem wiederholt eine Schlichtung des Streits im Gatt vorgeschlagen.

Bangemann hält es für ein gutes Verfahren, wenn „zwei befreundete Nationen" – er meinte die USA und Europa – sich in einem solchen Falle einem Schiedsrichter stellten. Dies wäre zugleich, nach Meinung des Ministers, eine Bewährung für das Gatt.

> *„Ich bin ein konservativer Mensch. Ich möchte mich nicht verändern."*
>
> Bangemann über seine persönlichen Pläne für 1987

Auf die Frage, ob sich die chemische Industrie klug verhalte, erklärte der Minister, er wolle nicht beurteilen, ob sich diese Branche bei den Unfällen in jüngster Zeit ungeschickt verhalten habe. Er sehe aber deren Bereitschaft, bei der Behebung und Vermeidung von Umweltschäden mitzuarbeiten. Die Störfallserie habe die Bevölkerung „in Schrecken versetzt" und das Handeln der Regierungen verlangt. Die Bundesregierung habe dies mit der Verschärfung des gesetzlichen Rahmens, „der schon so gut wie vollständig war", getan. Auch die Schweiz bemühe sich um ähnliche Regelungen. Bangemann nannte zwei Wege zur Lösung des Problems: Die Kontrollen müßten verschärft werden. Das sei in der Bundesrepublik Deutschland Sache der Länder. Aber die chemische Industrie müsse sich strenger als bisher an die Vorschriften halten.

Mit dem Inkrafttreten der großen Steuerreform rechnet Bangemann frühestens am 1. Januar 1989. Für eine Aufstockung der mit rund neun Milliarden Mark Nettoentlastung bereits gesetzlich beschlossenen zweiten Stufe der Steuersenkung 1988 sieht der Minister keine konjunkturpolitische Notwendigkeit. Die auf 40 bis 50 Milliarden Mark zu veranschlagende Große Reform sollte etwa zur Hälfte durch Subventionsabbau finanziert werden. Die andere Hälfte verbleibe dem Steuerzahler als Nettoentlastung. Beim Subventionsabbau gehe es nicht nur um Finanzhilfen, sondern auch um die Beseitigung von Steuerprivilegien. Einzelbeispiele wollte der Minister nicht nennen. Der Spitzensatz in der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuersatz sollten unter 50 Prozent gesenkt werden.

Die Tarifparteien hätten bei der Lohnfindung 1987 einen geringeren Verteilungsspielraum als im abgelaufenen Jahr, da sich die jüngsten Kostenenlastungen etwa durch sinkende Energie- und Rohstoffpreise nicht wiederholen würden.

Seite 9: Steuersenkung

DER KOMMENTAR

Botschaften

PETER GILLIES

Neujahrsansprachen zielen ins Herz, wollen den Blick über so „niedere Dinge" wie das Bruttosozialprodukt, Raketenzählereien, Zuwachsraten und Etatdefizite hinausführen. Aber sie machen stets auch bewußt, daß die Schlußbilanz eines Jahres mit den gleichen Salden von Soll und Haben endet, mit denen das neue Hauptbuch eröffnet wird. Es werden die Dinge „jenseits von Angebot und Nachfrage", wie es der liberale Ökonom Wilhelm Röpke formulierte, ins Visier genommen.

Dabei gehört es zur demokratischen Arbeitsteilung, daß ein Regierungschef Erfolg und Zufriedenheit dicker aufträgt als sein parlamentarischer Widerpart in der Opposition. Wie ein Löschblatt vermittelt dieser seitenverkehrt ein anderes Bild „seiner" Realität. Hier dominiert das Versäumte, das Problem, die Bedrückung. Aber Willy Brandt hat in gewissem Sinne recht, wenn er von „verpaßten Chancen" redet oder die vielen Kriegshandlungen in der Welt beklagt.

Hier liegt ein Schnittpunkt gemeinsamer Einschätzung. Alle Chancen auf diesem Globus zum optimalen Zeitpunkt zu nutzen, allerorten Frieden und Wohlstand zu stiften, wird in dieser Welt nicht gelingen. Menschliches Handeln bleibt stets Stückwerk, aber die Chancen verdienen immer einen neuen Anlauf. Eine Demokratie muß diese Chance eröffnen, Energien freisetzen für Werte, die in keiner Statistik erscheinen: Menschlichkeit, Vertrauen, Zuwendung, Solidarität.

Kein gouvernementaler Erlaß vermag dies zu bewirken. Aber er kann Voraussetzungen schaffen, daß man diesen Zielen eine Handbreit näherkommt. Kein Hungernder wird satt, wenn die Wohlhabenden ihren Reichtum verjubeln, kein Arbeitsplatz entsteht, wenn man andere Arbeitsplätze durch Verteuerung gefährdet, kein Frieden erwächst aus Unterwerfung, keine Freiheit aus Duldung von Unterdrückung.

Auch 1987 werden die Deutschen wieder Chancen verpassen. So lautet die Neujahrsbotschaft: Im Wissen um dieses Risiko dennoch andere Chancen beim Schopfe packen.

Kohl ruft zu Menschlichkeit und Achtung der Natur auf

Kanzler: 1986 war ein gutes Jahr / ‚Welt mit weniger Waffen'

M.Sch. **Bonn**

1986 war „für die meisten von uns" ein gutes Jahr. Es hat die Bundesrepublik Deutschland „wirtschaftlich und gesellschaftlich vorangebracht". Dieses Fazit zieht Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Neujahrsansprache. Der Wohlstand des Landes sei allerdings kein „Wirtschaftswunder", sondern „Ertrag der Arbeit vieler Menschen". Maßstab für das Wohlergehen dürfe jedoch nicht das Bruttosozialprodukt sein. „Geborgenheit und Heimat, Mitmenschlichkeit und Zuwendung, Freundschaft und Vertrauen sind Werte, die nicht zu kaufen sind, die wir aber alle brauchen."

Der Regierungschef bezeichnete es als „lohnendes Ziel" für das kommende Jahr, „daß wir uns alle umeinander bemühen". Er fordert Solidarität für die Arbeitslosen, die Verständnis für ihre Sorgen nötig hätten. Außerdem mahnt er, die Lebensleistung älterer Menschen anzuerkennen. „Wir sollten ihren Erfahrungsschatz stärker nutzen."

Eine menschliche Gesellschaft kann nach den Worten Kohls allerdings nur in einer gesunden Umwelt existieren. „Umweltvergiftung vernichtet Zukunft", sagt der Bundeskanzler und versichert, die Bundesregierung werde sich auch künftig hartnäckig dafür einsetzen, daß Verpflichtungen zum Schutz der Natur auch international eingelöst werden. Umweltschutz sei „eine der großen Zukunftsaufgaben". Er beginne jedoch bei den „sehr eigenen Lebensgewohnheiten".

Als bedeutendes Ziel für 1987 nennt Kohl das Zustandekommen konkreter Abrüstungsgespräche zwischen den USA und der Sowjetunion. „Ich werde mich auch in Zukunft ganz persönlich dafür einsetzen, eine Welt mit weniger Waffen zu schaffen." Als wichtigen Beitrag zum Frieden bezeichnet Kohl die Hilfe für notleidende Menschen in den Entwicklungsländern. Große Bedeutung komme auch dem Ost-West-Dialog zu. Der Kanzler fordert alle Bürger auf, bei der Bundestagswahl am 25. Januar von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen. „Die Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik zeigt, wieviel uns die Freiheit bedeutet, und wie sehr wir wünschen, daß alle Deutschen eines Tages frei sein mögen."

Gewerkschaften stimmen Schlichter zu

Streik hält an / Zeit läuft gegen Chirac / „Schienenbesetzungen" in Lyon und Grenoble

PETER RUGE, **Paris**

Beim Streik der französischen Eisenbahner, bei dem es vor allem um die Rücknahme einer neuen Lohnskala geht, soll nun ein unabhängiger Schlichter zwischen der „Basis" und der SNCF-Direktion vermitteln. Darauf haben sich auch die Gewerkschaften verständigt. Sie wollen sich jetzt darauf konzentrieren, den zweiten umstrittenen Punkt, die Arbeitsmodalitäten, zu verhandeln.

Auch bei der Pariser Métro, die nach mehrtägiger Unterbrechung ihren Streik wiederaufgenommen hat, sind Verhandlungen im Gange. Gespräche werden auch in den bestreikten Häfen geführt. Dennoch: Der seit 13 Tagen andauernde Ausstand in Frankreich hält über Silvester an. Bahn- oder Schiffsreisende müssen sich darauf einstellen.

Die Berufung eines unabhängigen Schlichters, des 54jährigen Mitglieds des Staatsrates, François Lavondès, hat bei den Lokomotivführern bisher zu keinem Umschwung geführt. Die SNCF spricht dagegen von einer leichten Verbesserung des Zugverkehrs, vierzig Prozent der Züge sollen wieder normal fahren. Demgegenüber mehren sich die Eingriffe von Streikenden in den Bahnbetrieb: In Grenoble, Lyon und anderen Bahnhöfen wurden durch „Schienenbesetzungen" Züge an der Weiterfahrt behindert.

SEITE 2:
Frankreichs Vierte Gewalt

Verschärft wurde die Lage auch dadurch, daß die Eisenbahner nun immer häufiger aus ihren Depots auf die Straße gehen. Versammelten sich bisher kaum mehr als 250 Personen vor der SNCF-Direktion, so waren es am Dienstag 7000 bis 8000. Das läßt darauf schließen, daß die „wilden Streikenden", die sich bisher von den Gewerkschaften fernhielten, zumindest eine logistische Unterstützung akzeptieren. Es ist damit nicht mehr unwahrscheinlich, daß der Ausstand der Lokomotivführer das Signal abgibt für eine „solidarische Arbeitsniederlegung" im gesamten öffentlichen Dienst – wodurch die Gewerkschaften wieder die Kontrolle über Ausmaß, Ziel und Strategie des Arbeitskampfes zurückzugewinnen hoffen.

Sollte der Streik im Transportbereich andauern, dürfte es für Frankreich zu Jahresbeginn ein böses Erwachen geben: Die ökonomischen Folgen werden das Land voll treffen. Bisher konnten die Ausfälle bei der Bahn durch Abbau von Lagern ausgeglichen werden, viele Firmen hatten zudem Betriebsferien angeordnet.

Die Zeit läuft gegen Premierminister Chirac. Auch wenn er erklären läßt, er habe mit Staatspräsident Mitterrand vorrangig die Entwicklung im Tschad diskutiert und nicht die Streiksituation, so reagierte die Börse bereits empfindlich: Weltweit erlitt der Franc Verluste. Paris erwartet eine Stützung durch die Deutsche Bundesbank.

Dohnanyi kann Pawelczyk nicht ersetzen

Kein Senatsmitglied war bereit, Innensenator zu werden / Prestigeverlust für Ersten Bürgermeister

HERBERT SCHÜTTE, **Hamburg**

Hamburgs Zweiter Bürgermeister Alfons Pawelczyk (SPD) bleibt auch weiterhin für die Innere Sicherheit des Stadtstaates verantwortlich. Diesen Beschluß hat gestern der Senat bei der sonst nur routinemäßig am Jahresende stattfindenden Geschäftsverteilung gefaßt. Nach wochenlangen Bemühungen des Ersten Bürgermeisters, Klaus von Dohnanyi, das Innenressort neu zu besetzen, hatte er schließlich die Nachfolge-Suche aufgeben und Pawelczyk drängen müssen, das ungeliebte Amt des Innensenators beizubehalten.

Der 53 Jahre alte Oberst a.D. Pawelczyk hatte mit aller Kraft danach gestrebt, sich wieder auf seine Aufgabe als Bevollmächtigter der Hansestadt in Bonn und als Zweiter Bürgermeister konzentrieren zu können. Doch keiner der SPD-Kollegen im Senat war bereit, sich auf dem „heißen Stuhl" in der Chefetage der Hamburger Innenbehörde niederzulassen. Finanzsenator Horst Gobrecht wollte lieber in seinen früheren Beruf als Steuerberater zurückkehren, Wirtschaftssenator Volker Lange lehnte ebenfalls mit dem Hinweis ab, er wolle eher aus dem Senat ausscheiden als die Verantwortung für die Innere Sicherheit in der Hansestadt zu übernehmen. Auch Bausenator Wagner winkte ab. Alle drei Genossen gehören zum Mitte/Rechts-Lager.

SEITE 2:
Pawelczyk kann nicht weg

Für Klaus von Dohnanyi bedeutet das gestern vorgelegte Ergebnis der Senats-Geschäftsverteilung, bei der lediglich der bisher für die Versorgung und Entsorgung zuständige Senator Jörg Kuhbier zur Umweltbehörde wechselt, einen deutlichen Prestigeverlust. Er weist aus, daß dieser Senat nach dem Verlust der absoluten Mehrheit bei der Bürgerschaftswahl am 9. November nur noch sehr beschränkt handlungsfähig ist. Pawelczyk, der erst im Sommer für eine begrenzte Zeit die Innenbehörde übernommen hatte, war bis zuletzt entschlossen, sich von diesem Amt zu trennen. In einer kleinen Runde von Spitzenpolitikern mußte er jedoch am Montag erkennen, daß die Partei ihn nicht aus seiner Verantwortung entlassen wollte.

Die größte Hypothek bedeuten für ihn die Hafenstraßenhäuser. Bisher konnte der Eigentümer nur unter dem Schutz von mehreren Hundertschaften Polizei Rechtstitel gegen einzelne Bewohner durchsetzen. Es kam immer wieder zu Straßenschlachten. Der Senat entschied nach der Verpflichtung Pawelczyks, weiterhin die Verantwortung für die Innere Sicherheit zu übernehmen, daß nach Ende der Mietverhältnisse „die notwendige Räumung im Rahmen der rechtsstaatlichen Fristen erforderlich ist". Sollten Polizeieinsätze notwendig sein, „so werden sie nachdrücklich unterstützt".

‚Ein Jahr der verpaßten Chancen'

DW. **Bonn**

Als „Jahr der verpaßten Chancen" hat der SPD-Vorsitzende Brandt die Bilanz der Bonner Regierungsarbeit in den vergangenen zwölf Monaten bezeichnet. Wer durch den Nebel der amtlichen Propaganda dringe, müsse feststellen, daß sich trotz aller zur Schau getragenen Selbstsicherheit große Fragen aufgetürmt hätten. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik habe die Bundesregierung von der Entwicklung der Weltwirtschaft profitiert, aber keine Vorsorge für kommende schwere Zeiten getroffen.

CSU: Werbung auch um die Zweitstimme

DW. **München**

CSU-Generalsekretär Gerold Tandler hat die Notwendigkeit betont, bei der Bundestagswahl um Erst- und Zweitstimme eines jeden Wählers zu ringen. Im CSU-Parteiorgan „Bayernkurier" nannte Tandler am Dienstag die Wahl eine Entscheidung von schicksalhafter Bedeutung. Wenn das Wahlziel erreicht werden solle, müßten CDU und CSU unbedingt um jede einzelne Wählerstimme kämpfen. Die Sozialdemokraten werben verstärkt um die Zweitstimme (WELT vom 30.12.).

„An Pretoria keine Geheimnisse"

rmc. **Bonn**

Bei der von der Bundesregierung nicht genehmigten Lieferung von U-Boot-Plänen an Südafrika sind keine der Geheimhaltung unterliegenden Informationen weitergegeben worden. Das hat die vom Bundesfinanzministerium in Auftrag gegebene Untersuchung der Kieler Oberfinanzdirektion bei den Firmen HDW und Ingenieur-Kontor Lübeck ergeben.

Nach Informationen der WELT brachte eine vorläufige Überprüfung der von den Firmen gelieferten Unterlagen durch das Verteidigungsministerium Klarheit darüber, daß sich dabei geheimhaltungsbedürftige Verschlußsachen nicht befanden.

Seite 4: Entwarnung

Kreml: Keine Neujahrsbotschaft

DW. **Moskau**

Die westlichen Hoffnungen auf eine Öffnung der sowjetischen Gesellschaft haben jetzt einen Dämpfer erhalten. Moskau hat eine Wiederholung des Austausches von Neujahrsbotschaften Gorbatschows und US-Präsident Reagans im Fernsehen beider Länder, wie er von den Amerikanern vorgeschlagen worden war, abgelehnt.

Der Sprecher des Außenministeriums, Gerassimow, erklärte am Dienstag dazu, die derzeitige Stimmung in den Ost-West-Beziehungen sei für eine derartige Initiative „alles andere als günstig". Er fügte hinzu: „Warum sollten wir Illusionen erwecken?"

Seite 8: Rückkehr verschwiegen

Windelen über die Saar-Eingliederung

UR. **Bonn**

Die Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland vor 30 Jahren „war ein Sieg des Selbstbestimmungsrechtes". Heinrich Windelen, Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, wies in einem WELT-Interview darauf hin, daß „wir es (mit den Franzosen) allerdings mit einem Nachbarn zu tun hatten, der der gleichen Rechts- und Gesellschaftsordnung zugehörte, einer freiheitlichen Demokratie". Deshalb sei „dieses Modell einer Wiedervereinigung so nicht wiederholbar". Windelen räumte ein, daß der Freikauf aus der „DDR" „dazu beitragen kann, die dortigen Machtverhältnisse zu stabilisieren".

Seite 4: Ein Sieg

„Charta 77" – seit zehn Jahren Rufer in der Wüste

Bürgerrechtsbewegung sucht Dialog / Prag reagiert mit Verfolgung

DW. **Prag**

Vor zehn Jahren haben Intellektuelle und ehemalige Politiker in Prag die tschechoslowakische Bürgerrechtsbewegung „Charta 77" gegründet. Unter Berufung auf die KSZE-Schlußakte von Helsinki forderten die „Chartisten" am 1. Januar die Einhaltung der auch von der CSSR unterzeichneten Verpflichtung zur Wahrung der Menschenrechte. Wenige Tage später unterichtete die französische Zeitung „Le Monde" die westliche Öffentlichkeit zum ersten Mal über den Inhalt des Manifestes.

Doch statt der erhofften Anhörung durch die kommunistischen Politiker begann eine harte Verfolgung, obwohl die Befürworter der Charta versicherten, daß sie „keine Opposition" darstellten, sondern einen „positiven Dialog mit der politischen und staatlichen Macht suchen" wollten. Als erstes wurden drei führende „Charta 77"-Unterzeichner – die Schriftsteller Vaclav Havel, Ludvik Vaculic und der Schauspieler Pavel Landovsky – in der Prager Innenstadt festgenommen. Bei ihnen fand die Polizei schriftliches Material einschließlich des „Charta"-Textes, das bald gegen Dutzende weiterer Unterzeichner benutzt werden sollte.

Im Mai 1979 fand der größte politische Prozeß der CSSR seit der Erklärung von Helsinki statt, in dem mehrjährige Strafen für eine Reihe Angeklagter ausgesprochen wurden - wie etwa viereinhalb Jahre für Havel. Nach Darstellung aus tschechoslowakischen Exilkreisen hat die Verfolgung der Charta-Anhänger seitdem nicht aufgehört. Eines der ersten Opfer, der damals fast 70jährige Philosoph und Heidegger-Schüler Jan Patocka, der im März 1977 starb, soll als Folge der Verhöre einen Schlaganfall erlitten haben.

Die „Charta 77" hat nicht nur im Westen ein großes Echo gefunden, sondern auch unter Gleichgesinnten in Osteuropa, wie etwa bei Kontakten mit der polnischen Gewerkschaftsbewegung Solidarität. Bis heute hat die Charta die Funktion eines Mahners und häufig eines „Rufers in der Wüste". Sie ist keine klassische „Widerstandsbewegung" des Volkes.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Pawelczyk kann nicht weg

Von Uwe Bahnsen

In Hamburg hat ein Berg gekreißt. Nach etlichen Wochen der Geheimgespräche, Koordinierungstreffen und ähnlicher SPD-interner Hinterzimmerveranstaltungen ist die Maus geboren: Der Innensenator Alfons Pawelczyk, der dieses Amt loswerden wollte, koste es, was es wolle, bleibt im Amt. Und der Energiesenator Jörg Kuhbier wird Chef der Umweltbehörde.

Welche Erkenntnisse sind aus dieser Kreisbewegung zu gewinnen? Erstens: Die sehr triftigen persönlichen Gründe, die Pawelczyk auf Entbindung von seiner Aufgabe als Innensenator hatten drängen lassen, haben seine Senatskollegen völlig kalt gelassen. Jeder hat nur an die eigenen Perspektiven gedacht. Denn die politische Last, nämlich die Verantwortung für die Innere Sicherheit, die Polizei, die Bereinigung des Themas Hafenstraße – die wollte keiner der Genossen übernehmen. Dieser Senat wird sich künftig schwertun mit der Behauptung, er fühle sich dem Gemeinwohl verpflichtet.

Zweitens: Bürgermeister Klaus von Dohnanyi hat zwar kein Weisungsrecht, ist primus inter pares. Aber normalerweise ist für den Regierungschef das Gewicht der Persönlichkeit und der Amtsautorität so groß, daß er nicht in die Lage kommt, sich reihenweise Körbe abzuholen. Genau das aber ist Dohnanyi widerfahren. Seine Stellung im Senat, in der Partei, in der hamburgischen Politik ist seit dem Wahlabend des 9. November in einem Ausmaß angeschlagen, das von Woche zu Woche deutlicher wird.

Drittens: Die GAL hat Pawelczyk „geschafft", und nur der politische Egoismus der Rathausgenossen hat bewirkt, daß ihr der Triumph öffentlicher Bestätigung vorerst versagt blieb. Er selbst war bereit, und Dohnanyi war bereit, der GAL diesen *Erfolg zu bewilligen. Diese Überlegung gehört auch zur Bewer*tung der „Senatsumbildung", die Dohnanyi gestern mittag im Rathaus verkündete. Sie läßt interessante Schlüsse auf die Widerstandsfähigkeit dieser beiden Spitzengenossen gegenüber den grün-alternativen Politstrategen zu. Werden diese beiden Genossen noch das „Börnern" lernen? In das neue Jahr geht Dohnanyis Senat wie eine Gruppe von Wanderern im Moor. Ein falscher Tritt – und das Verhängnis ist da.

Japans Balanceakt

Von Fred de La Trobe

Seit zehn Jahren veranstaltet die japanische Regierung alljährlich bei der Aufstellung des Verteidigungsetats einen Eiertanz, um die Militärausgaben unter einem Prozent des *Bruttosozialprodukts zu halten. Mit dem Anfang dieser Woche* beschlossenen Budget ist diese Schallmauer auf 1,004 Prozent durchbrochen. Mit dieser winzigen Stelle hinter dem Komma sehen die rüstungsfeindlichen japanischen Oppositionsparteien eine heilige Kuh geschlachtet.

Die Ein-Prozent-Klausel stellte die Regierung Miki 1976 zu einer Zeit des hohen Wirtschaftswachstums recht willkürlich auf. Inzwischen ist der Zuwachs nur noch gering und damit die Begrenzung der Verteidigungsausgaben enger. Der amerikanische Bundesgenosse drängt Japan schon seit Jahren, einen höheren Beitrag zum Schutze der pazifischen Region zu leisten. Ministerpräsident Nakasone plädierte seit langem dafür, das Ein-Prozent-Limit aufzuheben. Verteidigungsminister Kurihara setzte sich jetzt mit dem Argument durch, daß der neue fünfjährige Verteidigungsplan (1986–90) infolge gestiegener Kosten für moderne Waffensysteme und Personal anders nicht eingehalten werden könne.

Damit ist zwar ein Tabu durchbrochen worden, von einer überstürzten Aufrüstung kann aber keine Rede sein. Japans Verteidigung bleibt im Rahmen des selbstgesteckten Ziels, „ein Minimum an Verteidigungspotential in einer Periode des Friedens" zu schaffen. *Im Vergleich zu den anderen Staaten* Süd- und Ostasiens gibt das Inselreich den niedrigsten Prozentsatz des Bruttosozialprodukts für Rüstungszwecke aus. Im benachbarten Südkorea sind es fast acht Prozent.

Zahlenmäßig sind die 245 000 Mann starken, konventionell ausgerüsteten japanischen Streitkräfte mit nur 40 000 Reservisten nicht eindrucksvoll. Angesichts der sowjetischen Hochrüstung in der pazifischen Region ist die Anhebung des Etats um mehr als fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr jedoch ein wichtiges Signal. Hätte Tokio die Ein-Prozent-Klausel jetzt nicht durchbrochen und damit sein Verteidigungsprogramm in Frage gestellt, so wäre mit einer ernstlichen Verstimmung seines amerikanischen Bündnispartners zu rechnen gewesen.

Der „Prawda"-Ausbruch

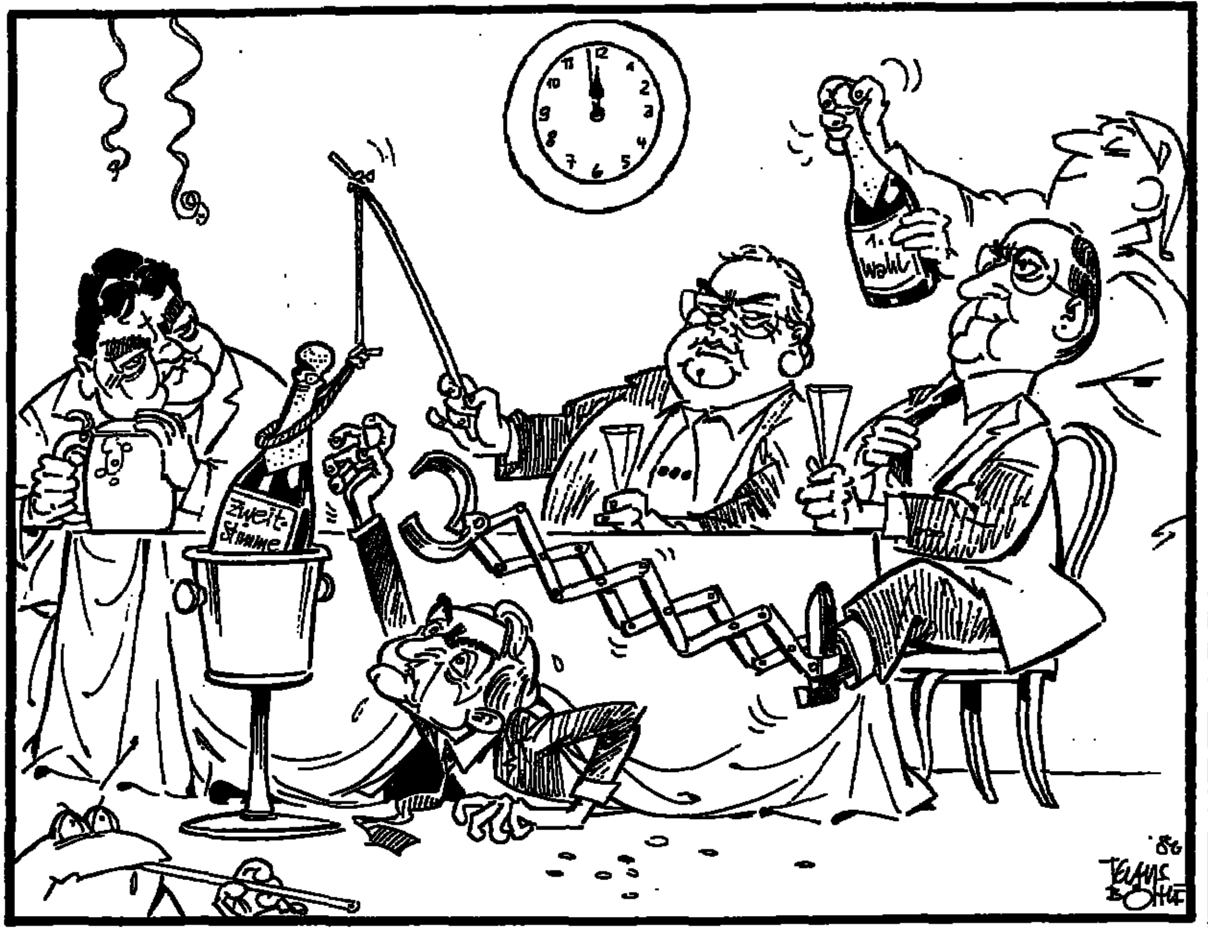
Von Enno v. Loewenstern

Zunächst mag man es eher komisch finden, daß die „Prawda" den CDU-Abgeordneten Jürgen Todenhöfer einen „würdigen Schüler" von Goebbels schmäht. Eben erst hatte die UdSSR sich darüber aufgeregt, daß Gorbatschow in einem Atemzug mit Goebbels genannt worden war; nicht einmal der wiederholte Ausdruck des Bedauerns schien ihr zu genügen. Nun schlägt sie selbst (wieder) diesen Ton an, obendrein parteiamtlich, denn die „Prawda" ist das Organ der KPdSU.

Jedoch ist der Anlaß nicht geeignet, die Sache als bloße Entgleisung zu behandeln, oder als Beispiel für Umgangsformen, die diese Art von Regime nun einmal für sich in Anspruch nimmt. Der Wutausbruch gilt einer Anzeige, die Todenhöfer zum siebenten Jahrestag des Überfalls auf Afghanistan aufgegeben hat (WELT vom 13./14. Dezember). Er wirbt darin für Spenden, um afghanische Fernsehreporter auszurüsten, *damit sie Berichte über ihre gequälte Heimat in die Weltöffentlichkeit tragen können.*

Es ist ein bequemes Axiom, daß die Amerikaner in Vietnam an ihrem Fernsehen gescheitert seien, während die UdSSR in Afghanistan freie Hand habe, weil sie keine Fernsehreporter zulasse und damit keine Kritik ermögliche. Diese Betrachtungsweise ist oberflächlich, aber nicht nur deshalb, weil Todenhöfers „Reporter für den Frieden" ohnehin nicht ins Sowjetfernsehen *kommen. Man kann nur hoffen, daß sie* wenigstens ins westliche Fernsehen kommen – das könnte heute schon viel mehr für Afghanistan tun, wenn es wollte.

Das eigentlich Interessante an der „Prawda"-Attacke ist *vielmehr der hysterische Ton, mit dem das* Parteiblatt auf den Gedanken reagiert, die vom Parteichef selbst propagierte „Glasnost" (Transparenz) nach Afghanistan zu tragen. Dorthin also, wo das Sowjetsystem sich selbst auf den Prüfstand stellt. Wo der Kreml täglich Tröstungen ausstreut, er sei *ja abzugsbereit,* wo gewisse Hoffnungen doch durch die Rückkehrerlaubnis für Sacharow geweckt wurden. Diese schrille Angst vor den Augen der Weltöffentlichkeit indiziert keinen Abzugswillen, das ist transparent. Hoffen darf man, wirklich Durchgreifendes erwarten darf man noch lange nicht.


KLAUS BÖHLE

Zuversichtliche Republik

Von Manfred Schell

In der Silvesternacht, wenn wir mit Freunden zusammensitzen, Blei ins Wasser gießen und aus den gerinnenden Figuren Schlüsse für unsere Zukunft ziehen, dann wünschen wir uns Glück für das neue Jahr 1987. Gesundheit zuallererst, Frieden in den Familien, zwischen den Generationen, Erfolg in der Ausbildung, beim Staatsexamen oder im Beruf. Und in diese guten Wünsche werden sehr konkrete Hoffnungen eingebracht. Eine unaufschiebbare Operation möge gelingen, der Ehemann wieder Arbeit finden, vielleicht ein Kind aus der Rauschgift-Hölle zurückgeholt werden können, ein Angehöriger, der als Polizeibeamter für die demokratische Gemeinschaft im Kampf gegen den Terrorismus steht, unversehrt bleiben. Das alles ist uns menschlich sehr nahe; aber man denkt auch über den Familienkreis hinaus.

Häufig wird in der Silvesternacht die Bemerkung fallen: wir sind zufrieden, wenn es bleibt, wie es ist, wenn es nicht schlechter wird. Instinktiv begreifen wir in solchen Situationen des Übergangs, daß es nicht nur auf uns selbst, auf unsere Leistung, unseren Willen ankommt, sondern daß wir Teil einer komplizierten Industriegesellschaft sind, die Rahmenbedingungen für unser Leben, eben für unser Glück, setzt.

Glück, das ist inzwischen auch das Verständnis der Deutschen, soll nicht als Gnade, sondern als Erfüllung eines Anspruchs erlebt werden können. Ideologie oder geschickte Semantik können zwar Glücksgefühle vorgaukeln, aber nur eine kurze Zeitspanne. Dann greifen wieder die Realitäten, und sie entscheiden nach bisheriger Erfahrung auch über das politische Führungsmandat in Bonn.

Die Bundestagswahl am 25. Januar wird das herausragende politische Ereignis im neuen Jahr sein. Die Demoskopen nehmen uns mit ihren Prognosen die Spannung. Sie *sagen der bisherigen Koalition unter* Bundeskanzler Helmut Kohl einen deutlichen Wahlsieg voraus. Von dieser sicheren Warte aus leisteten sich CSU und FDP in den zurückliegenden Wochen häßliche Ausfälle. Aber dabei ging es ja schon darum, wer stärker wird. Denn dies bestimmt wiederum die Ausgangspositionen, wenn es um die Zahl und die personelle Besetzung von Ministerien geht.

Der Kanzler braucht sich beim Rückblick auf seine vierjährige Regierungszeit nicht zu quälen. Die statistischen Daten, vor allem die *wirtschaftlichen Orientierungszeichen,* sehen positiv aus. Das ist ein Verdienst der Bürger und der Politik, die Barrieren wegräumte, zur Initiative ermunterte. Die Arbeitslosigkeit freilich setzt nach wie vor einen bitteren Akzent. Es wird noch lange dauern, bis sie parallel zu einer aufstrebenden Wirtschaftsentwicklung mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze heruntergedrückt werden kann.

Die Hauptbotschaft des Bundeskanzlers – „Mut zur Zukunft" –, anfangs von manchen mit einem Lächeln begleitet, ist angekommen. Im Prinzip und im Detail. Die Menschen schauen wieder mit Zuversicht in die Zukunft. Auch die Angst vor der Arbeitslosigkeit hat sich reduziert. Die große Mehrheit bejaht das Leistungsprinzip, und die Umfragen zeigen auch, daß die vielgescholtene Jugend, der immer wieder „null Bock" auf Arbeit nachgesagt wird, in ihrem Leistungswillen kaum hinter der älteren Generation zurückbleibt.

Das Wohlbefinden ergibt sich jedoch nicht nur aus der besser gewordenen materiellen Situation. Wer dies behauptete, würde den Deutschen unrecht tun. Sie registrieren sehr genau, daß auch das „äußere Umfeld" keine besonderen Risiken aufwirft. Solange das Bündnis funktioniert und die Großmächte im Gespräch sind, ist das allgemeine Sicherheitsgefühl


Zuverlässige Freundschaft: Kohl, Reagan FOTO: AP

ausgeprägt. Europa hat glücklicherweise seit mehr als vierzig Jahren keinen Krieg erleben müssen. Die Bundesregierung nutzt ihren *Platz als anerkannter Partner* an der Seite der USA, europäische Interessen bei den Abrüstungsverhandlungen einzubringen. Aus der Position eines zuverlässigen Freundes heraus fällt dies eben leichter. Die Bürger spüren keine akute Gefahr, was sich übrigens auch an der schwächer gewordenen Resonanz der Friedensbewegung zeigt. Auch im problembeladenen innerdeutschen Verhältnis hat es die von den Sozialdemokraten prognostizierte „Eiszeit" nicht gegeben. Nie zuvor sind mehr Deutsche von hüben und drüben zusammengekommen als in der Amtszeit des Kanzlers Kohl.

Der Kanzler hat seiner Politik kein visionäres Bild gegeben. Er spricht schlicht von der „Rückkehr zur Normalität". Diese „Normalität" zeigt Wirkung: Am Ende dieses Jahres ergibt sich das Bild eines zuversichtlich gestimmten, von Ängsten wenig umgetriebenen Landes.

Dies heißt aber nicht, daß keine Herausforderungen bestehen. Der Terrorismus im Inneren gehört dazu. Der Bundespräsident sieht Anzeichen für einen Sinneswandel, vielleicht für eine Abkehr von Gewalt. *Das ist einstweilen nur eine Hoffnung.* Die Morde an dem Wissenschaftler Beckurts und dem Diplomaten von Braunmühl, die Serie der Brandanschläge und der Sachbeschädigungen sprechen gegen eine solche Einschätzung. Eine zweite Herausforderung ist der Umweltschutz. Der geschundenen Natur muß Entlastung verschafft werden. Die Mehrheit der Bürger traut der Marktwirtschaft zu, daß sie dieses Problem, von dem der Zustand des Rheins ja nur ein Teil ist, in den Griff bekommen kann.

Willy Brandt hat den Zuspruch für die Koalition und das andauernde Tief der SPD damit begründet, vor allem die Union habe sich im *Vorwahlkampf* besser *dargestellt* als die SPD. Mit einer solchen Einschätzung liegt Brandt daneben: Die mündigen Bürger, von denen er so oft spricht, können sehr wohl zwischen Public Relations und Inhalten der Politik unterscheiden. Letztere werden den Ausgang der Bundestagswahl bestimmen; die SPD wird sich danach überdies fragen müssen, was sie Positives für ihren Kandidaten getan hat.

IM GESPRÄCH Gutierrez Menoyo

Des Kriegers Heimkehr

Von Günter Friedländer

Die junge Frau von dreiundzwanzig Jahren war für den Mann, der in Madrid mit einem Flugzeug aus Kuba ankam, eine Unbekannte, obwohl er ihr Vater ist. Eloy Gutierrez Menoyo (53) hatte seine Tochter zum letzten Mal in Miami gesehen, als sie erst sechs Monate alt war.

Sein eigener Vater, der ihn lehrte, das Leben dem Kampf für seine Ideale zu widmen, hatte im Spanischen Bürgerkrieg mit einem älteren Sohn, Antonio, für die Republik gekämpft. Antonio fiel, der Vater floh nach Francos Sieg nach Kuba. Ein anderer Sohn, Carlos, verlor später in Castros Reihen das Leben.

Auch Eloy schloß sich in den fünfziger Jahren Fidel Castro an und schuf in den Bergen von Escambray die „Zweite Front", die er kommandierte. (Die „Erste Front" befehligte Castro in der Sierra Maestra.) Eloy wird von seinen damaligen Kampfgenossen als ein Mann mit liberalen Anschauungen geschildert, der den Kommunismus als tyrannisch haßt. *Er merkte erst, wem er sich verschrieben hatte,* als Fidels Bruder Raul ihn kurz nach dem Einzug in Havanna in Fidels Plan einweihte, in Kuba eine einzige politische Partei zu schaffen, *weil die Revolution sich den Luxus* freier Wahlen nicht erlauben könne.

Eloy war nie ein Mitglied von Castros Organisation „26. Juli" und sagte Raul, daß er mit seinen Freunden nicht in diese Partei eintreten werde. Er begriff, daß Castro mit ihm brechen werde. Anfang 1961 kam er auf einem Fischerboot mit Gesinnungsgenossen auf Südfloridas Insel Key West an. Uniform und Waffen hatte er nicht abgelegt – er wollte sie weitertragen. Knapp vier Jahre später kehrte er heimlich nach Kuba zurück, um den Kampf gegen Castro aufzunehmen. Er wurde gefangen und zum Tode verurteilt. Die Strafe wurde von Castro in 55 Jahre Gefängnis umgewandelt. Auch im Gefängnis blieb er *sich treu: Er weigerte sich, die* Gefängnisuniform zu tragen und an den


Mehr als zwei Jahrzehnte in Castros Gefängnissen: Eloy Gutierrez Menoyo (mit Tochter) FOTO: DPA

ideologischen Umschulungskursen teilzunehmen.

Die Welt hörte nichts mehr von dem Mann, der Castro zur Macht verholfen hatte und nun in Castros Gefängnissen durchgeprügelt wurde, ohne ärztliche Hilfe zu bekommen. Er sieht nur noch mit einem Auge und hört nur noch auf einem Ohr. Aber in Spanien lebende Kubaner hatten ihn nicht vergessen und drangen in Spaniens Ministerpräsident Felipe González, sich für den Sohn Spaniens einzusetzen, der in einem Gefängnis in Kuba verrottete. González bat bei seinem Besuch in Kuba im November um seine Befreiung.

Bei seiner Ankunft in Spanien verriet er den ihn erwartenden Journalisten das Geheimnis seines Lebens: „Ich lernte, daß die Widerstandskraft des Menschen ungeheuer ist, viel größer, als man glaubt." Für ihn schloß sich der Kreis mit der Rückkehr nach Spanien, rechtzeitig zur Hochzeit seiner Tochter. Nun wartet man auf ein Buch, das der Welt erzählt, was er in mehr als zwei Jahrzehnten in Castros Gefängnissen sah. Er hat viel zu erzählen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

HESSISCHE ALLGEMEINE

Die Kasseler Zeitung schreibt zum Stichwort Goebbels:

Der CDU-Abgeordnete Jürgen Todenhöfer ist zu hohen „Ehren" gekommen. Die „Prawda" nennt ihn einen „würdigen Schüler" des Reichspropagandaministers Joseph Goebbels, was, wie wir aus dem Munde des Bundeskanzlers wissen, nicht beleidigend gemeint sein muß ... Wenn die „Prawda" als „ungeheuerliche Lüge" brandmarken will, was von der gesamten Weltöffentlichkeit in Afghanistan gesehen und verurteilt wird, *macht sie sich unglaubwürdig und* lächerlich.

FLENSBURGER TAGEBLATT

Es meint zu Staatsbürgerinnen in Uniform:

Wer Gleichberechtigung als Wahlfreiheit der Frauen bejaht, ihren Lebensweg selber zu bestimmen, kann eigentlich im Prinzip gegen einen freiwilligen Dienst weiblicher Soldaten in einer Friedens- und Verteidigungsarmee nichts einzuwenden haben.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie bemerkt zur Gewalt im Fernsehen:

Auf deutschen Bildschirmen wird täglich erdolcht, erdrosselt, gesteinigt, verbrannt, gehäutet, gequält. Wenn Bayerns Staatsminister Stoiber dagegen wettert, hat er Besseres verdient als den Spott, ein „medialer Luftschutzwart" zu sein. Ob freilich Anti-Gewalt-Kommissare, wie Stoiber sie sich in den öffentlich-rechtlichen Anstalten ARD und ZDF wünscht, das Übel an der Wurzel packen können, das ist eine andere Frage. Eigentlich macht dieser Vorschlag nur deutlich, wie wenig bisher alle Ermahnungen gefruchtet haben.

KURIER

Die Wiener Zeitung hat Fragen zum Fall Vanunu:

Was immer der frühere Atomtechniker über Israels Kernwaffenprogramm verraten haben mag, es entschuldigt nicht jenes dramatische – und diesmal institutionalisierte – Außerkraftsetzen bisher gültiger Spielregeln: ein Arrestantenwagen mit weiß übermalten Fenstern, ein *Angeklagter mit Jutesack vor* dem Gesicht – nur um zu verhindern, daß endlich Licht in eine gewaltsame, vom Staat sanktionierte Entführung aus Europa kommt ... Dazu noch die *wochenlange Zensur, die jedes Wort,* jedes Bild dieses Mannes in Israels Medien verbot.

LIBERATION

Die Pariser Zeitung hält eine Franc-Abwertung für wahrscheinlich:

Neun Monate nach dem Treffen von Ootmarsum in Holland, wo die von der am 16. März gewählten französischen Regierung beantragte Währungsanpassung beschlossen wurde, zeichnet sich immer klarer die Aussicht einer neuen Entwertung des Franc ab. Sie würde wie ein Eingeständnis des Scheiterns der bisherigen Wirtschaftspolitik der Pariser Koalition wirken ... Noch am 16. Dezember hatte Wirtschafts- und Finanzminister Balladur diese Hypothese kategorisch zurückgewiesen und behauptet, daß es „keine Abwertung des Franc in den nächsten sechs Monaten geben wird". Seitdem tut der Streik der Eisenbahner sein Werk, und der Franc ist erheblich geschwächt.

Frankreichs vierte Gewalt ist die Straße

Eine unruhige Nation und eine wieder verdüsterte Zukunft / Von Peter Ruge

Der Ruf nach einem starken Arm wird in Frankreich wieder hörbar: Das Anwachsen der Kriminalität, die Überfremdung mit afrikanischen Einwanderern, die Jugendproteste, den Streik im Transportbereich – das alles würde es bei stärkerer Regierung nicht geben, sagt der sprichwörtliche Mann auf der Straße.

Vor neun Monaten, bei den Parlamentswahlen im März, zog die Nation aus ihrem damaligen Unbehagen nach fünf Jahren sozialistischen Experimentierens die Konsequenz: Ihr Held hieß Jacques Chirac. Allerdings mußte der bürgerliche Premier einen sozialistischen Staatschef ertragen – was vielen Franzosen aber nur recht war, wurde doch damit das Machtgefüge sozusagen „austariert". Tiefe Konflikte schienen ausgeschlossen, Frankreichs Weg in eine blühende Zukunft also sicher.

„Die Regierung soll regieren, ich werde die Wächterrolle übernehmen", *sagte François Mitterrand,* und so machten sich die Bürgerlichen ans Werk, in einem atemberaubenden Tempo. Jacques Chiracs Popularität stieg. Die Beliebtheitskurve der Linken fiel dagegen steil.

Da sagte der „Schiedsrichter" dreimal „nein": zur Privatisierung, zur Wahlrechtsreform, zur Arbeitszeitregelung. Aber Regierungschef Chirac umschiffte diese ihm vom Staatspräsidenten aufgetürmten Felsbrocken elegant und siegessicher: Statt im Schnellgang mittels „Ordonnancen" Reformen durchzuziehen, wurden diese Untiefen der Cohabitation durch ein beschleunigtes Gesetzgebungsverfahren im Parlament bewältigt, so daß Mitterrand seine Unterschrift nicht mehr verweigern konnte.

Die Wirtschaft faßte wieder Tritt. Liberté im Wettbewerb hieß die Parole, nieder mit der Preisblockade, die die Sozialisten als Barrikade gegen die Inflation errichtet hatten. Erste Erfolge zeigten sich. Frankreich, mit einer der höchsten Arbeitslosenquoten in Europa und einer gefährlichen Inflationsrate, erfreute sich eines wiedergewonnenen internationalen Vertrauens.

Doch das vorrangige Ziel hieß: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Dem diente vor allem die Entfesselung der Kräfte im Wirtschaftsbereich. Dazu zählte auch die Neuordnung des Erziehungswesens, das offensichtlich mangelhafte Ergebnisse produzierte: Nur die Hälfte aller Studienanfänger beendet die Universitäten mit einem Diplom – von den Diplomierten aber findet nur einer von vieren einen entsprechenden Arbeitsplatz.

Das wollte der „Plan Devaquet" des Hochschulministers ändern durch: Orientierung vor dem Studium, neue Zugangsbestimmungen, Auslese. Dagegen brach Anfang Dezember der Aufstand los. Die Regierung wurde überrascht, reagierte erst mit Härte, suchte dann den Ausgleich, mußte schließlich nachgeben: „Ein toter Student wiegt mehr als ein bißchen Tinte auf einem Stück Papier."

Diese erste Kraftprobe *hinterließ* mehr als nur einen Scherbenhaufen: Jacques Chirac opferte einen Minister, aber auch seine Reputation erlitt Schaden. Vom Reformer-Schwung blieb nicht viel übrig. Sein gutgemeintes Wort von der „Denkpause", die die Regierung jetzt einlegen wolle, wurde erneut als Schwäche angesehen. In diese Periode des Atemholens hinein rollten die Traktoren französischer Bauern – Mitte Dezember.

Ein erneuter Aufruhr drohte nach den Agrarbeschlüssen von Brüssel. Den losbrechenden Sturm unterlief die Regierung mit einem Subventionsgeschenk von zwei Milliarden Franc. Die Bauern trollten sich zurück auf ihre Höfe. Dafür erhoben sich andere soziale Gruppen, zur Nachahmung ermutigt. Am Donnerstag vor Weihnachten brach ein „wilder" Streik bei den Eisenbahnern aus, nachdem befristete „reguläre" Arbeitsniederlegungen bei der Fluggesellschaft Air-Inter, der Pariser Métro und den Dockarbeitern den Sozial*konflikt eingeleitet* hatten. Dieser dritten Herausforderung nachzugeben, die u. a. auf eine bedingungslose Zurücknahme der neuen Lohnskala abzielt, hieße, alle Schleusen im öffentlichen Dienst zu öffnen. Es wäre das Ende einer neunmonatigen Stabilitätspolitik. So sucht jetzt ein unabhängiger Schlichter den Ausweg.

Die Krise hat scheinbar nur einen Gewinner: François Mitterrand. Die Sozialisten seien wieder im Kommen, heißt es. Aber was besagt das schon angesichts eines Phänomens, dem sich in Frankreich bis jetzt Linke wie Rechte ausgesetzt sehen: dem Aufmarsch einer vierten Gewalt, die vorübergehend zwar, aber dennoch bestimmend, die Geschicke dieses Landes in die Hand nimmt.

Von 1789 usw. über den Putsch der Algerienoffiziere 1958, den Mai-Aufstand 1968, den Sommer 1984, als die Linke zum Regierungswechsel gezwungen wurde, zeigt sich die Straße als Faktor. Mit, jedesmal, dem Ruf nach einem *starken Mann.* Ein Ausdruck innerer Stärke ist das nicht unbedingt.

Contragate: Für die Sandinisten ein Grund zum Feiern

Die Mehrheit der Nicaraguaner hat sich mit den Sandinisten arrangiert, denn kaum jemand rechnet mehr mit einem Sieg der Contras oder einem Einmarsch der US-Amerikaner. So geht das Leben in Managua seinen sozialistischen Gang. Lange Schlangen vor den Geschäften zeugen von Mangel; die Unternehmer schwanken zwischen Resignation und Frust.

Von WERNER THOMAS



„Supermarkt des Volkes": Schlangestehen für zwei Plastikspielzeuge aus Taiwan FOTO: STEPHAN WAGNER

Die Medien Managuas feiern das Washingtoner Selbstzerfleischungsdrama um die Waffengeschäfte mit Iran und seine Verbindungen zu den Contras. „Contragate" nennen sie es. Kein Tag vergeht ohne neue Schlagzeilen, die ein Gefühl der Schadenfreude und des Triumphes reflektieren. Der Feind Ronald Reagan wird als angeschlagener, verwirrter Riese geschildert. „Panik im Weißen Haus", verkündete der „Nuevo Diario".

Zum ersten Mal seit der Machtübernahme der Sandinisten im Juli 1979 erweckt die nicaraguanische Hauptstadt nicht mehr den Eindruck der Ungewißheit. Die marxistisch gefärbten Comandantes werden wohl, darüber sind sich fast alle einig, noch lange das Schicksal dieser Nation bestimmen. „Die Revolution sei irreversibel", hatte Daniel Ortega oft versichert, aber viele seiner Landsleute blieben skeptisch. In den letzten Wochen konnte der Präsident selbst einige seiner schärfsten Kritiker überzeugen.

„Eine einfache Rechnung", erläutert ein lateinamerikanischer Diplomat. „Die Invasion amerikanischer Marine-Infanteristen wird nicht stattfinden. Diese Schlußfolgerung läßt sich bereits aus der Krise in Washington ziehen. Da kaum jemand an einen Sieg der Contras glaubt, wäre dies die einzige Möglichkeit eines Systemwechsels gewesen."

Vertreter aller Bevölkerungsschichten stellen sich auf die Status-quo-Situation ein. Der neue Nuntius Paolo Giglio kam mit der päpstlichen Order nach Managua, entspannend zu wirken im Konflikt zwischen Kirche und Staat. „Wir müssen mit den Sandinisten leben", erklärte Giglio einem europäischen Botschafter.

Bei einem Bierabend im Deutschen Klub rätseln die vorwiegend den Privatsektor repräsentierenden Mitglieder, was sie tun sollen. Bleiben oder gehen? Die Stimmung reicht von Resignation bis Frustration und entspricht nicht dem Namen des reichlich konsumierten Gerstensaftes, „Victoria", Sieg.

Ein Unternehmer sagt: „Die Würfel sind gefallen. Jetzt werde ich die Koffer packen." Übereinstimmung herrscht darüber, daß Geschäftsleute keine Zukunft haben, wenn die Sandinisten die Revolution institutionalisieren. Enrique Bolanos, der mit Enteignungen bestrafte Präsident des Privatsektorverbandes Cosep, urteilt ähnlich: „Die gemischte Wirtschaft ist eine Illusion. Die Regierung kontrolliert schon heute alles." Alles, das sind die Banken, der Handel, die Devisen, die Preise, die Löhne, die Materialzuteilung.

Der Institutionalisierungsprozeß macht rasche Fortschritte. Die Nationalversammlung verabschiedete gerade eine Verfassung, die den Vorstellungen der „Nationalen Sandinistischen Befreiungsfront" (FSLN) und besonders Daniel Ortegas entspricht: Das Dokument, das am 9. Januar in Kraft tritt, gestattet die Wiederwahl eines Präsidenten. Innenminister Tomás Borge, der älteste Comandante und das einzige überlebende Gründungsmitglied der FSLN, mußte seine letzten Hoffnungen auf die Führungsposition begraben.

Daniels Bruder Humberto Ortega, der starke Mann im Hintergrund, der die größten Streitkräfte Mittelamerikas kommandiert (120 000 Soldaten und Reservisten), trägt den Generalstitel. Rote Fahnen tauchen neben den schwarz-roten Farben der Befreiungsfront auf. Wandaufschriften fordern den „Aufbau des Sozialismus". Seit die für die Sandinisten lästige „Prensa" im Juni endgültig verboten wurde, besitzen die Comandantes auch das absolute Meinungsmonopol.

„Neues aus Moskau" und bulgarische Busse

Der Ostblock-Einfluß wächst weiter, wie das Fahrzeug-Bild verrät. Ifas und Nivas, Maz und Kraz, Ladas und Kamas heißen die klobigen Modelle. Rundlich geformte bulgarische Busse auf hohen Rädern lindern die Transportprobleme. Das Zeitschriftenangebot des Hotels „Camino Real" umfaßt die Publikation „Novedades de Moscu", Neues aus Moskau. Die Hotelpyramide „Intercontinental" offeriert Khadhafis grünes Büchlein.

Ost-Berlin errichtete draußen an der nördlichen Ausfallstraße Carretera Norte das bisher sichtbarste Entwicklungshilfeprojekt: Das Krankenhaus Karl Marx. Ein Baracken-Komplex mit 80 entsandten Fachkräften, der den Ruf genießt, die beste medizinische Behandlung in Managua zu bieten. Bereits am frühen Morgen stehen die Patienten Schlange.

Menschenschlangen. Eine andere Erinnerung an die sozialistische Welt. Die „höllische Wirtschaft" (Daniel Ortega) dominiert die Gespräche in Managua. Die Frau eines westlichen Beraters berichtet: „Man unterhält sich ständig darüber, wo es was gibt." Zur Zeit verläuft die Suche nach Fleisch, Eiern oder frischem Obst gewöhnlich erfolglos. Die „Tarjeta", die Rationierungskarte, garantiert dagegen den Kauf von Zucker, Salz, Reis und Öl. Qualitätsklagen sind jedoch weit verbreitet: Der Reis enthalte Käfer, das Speiseöl verstimme den Magen. Kurz vor Weihnachten konnten die staatlichen Angestellten je zwei Plastikspielzeuge aus Taiwan kaufen. Vor dem „Supermarkt des Volkes" an der Carretera Sur standen die Leute kilometerweit. Manche warteten bis zu acht Stunden.

Die „Dolarización" macht Fortschritte. Die erneut erweiterten „Tienda Diplomática"-Geschäfte, die nicaraguanische Version der Intershops, bieten fast alles – gegen Dollars. In diesen Hallen, wo Fotografieren verboten ist, zücken auch sowjetische Entwicklungshelfer die grünen Scheine des Klassenfeindes. Schwarzhändler zahlen für den Dollar heute 3100 Cordobas. Der offizielle Umtauschkurs beträgt 1:70. Vor einem Jahr bewegte sich der Schwarzmarkt-Kurs der US-Währung bei 1000 Cordobas.

Die monatlichen Arbeiter-Löhne liegen zwischen 27 000 und 50 000 Cordobas. Im Einkaufszentrum „Centro Comercial Managua" kostet eine Herrenhose 37 000 Cordobas. Landwirtschaftsminister Jaime Wheelock, einer der neun Vertreter des sandinistischen Politbüros, schätzte die Inflationsziffer im vergangenen Jahr auf 2600 Prozent.

Dennoch mündet die Unzufriedenheit nicht in Unruhe. Geduld gehört zum Überleben. „Wir können sowieso nichts ändern", erläutert ein Taxifahrer, der erst nach sorgfältigem Abtasten seiner fremden Passagiere offener redet. Die meisten Nicaraguaner hätten sich deshalb mit dem System arrangiert. Ein Mitglied des Deutschen Klubs bekennt einen Lernprozeß: „Vor sieben Jahren habe ich behauptet, daß sich die ‚Nicas' nicht für sozialistische Experimente eignen. Ich nehme diese Behauptung zurück."

Die Frage ist, wie es weitergeht, nachdem die Comandantes fester denn je im Sattel sitzen. Werden die Zügel gelockert oder gestrafft? Erhalten die Guerrilla-Bewegungen der Region nun wieder eine verstärkte Unterstützung Managuas, eine von dem salvadorianischen Präsidenten José Napoleon Duarte geäußerte Befürchtung? Und wie mögen wohl die Sowjets reagieren?

Warten auf einen Besuch Gorbatschows

Sie können nun langfristiger planen. Nicaraguas Außenhandelsminister Henry Ruiz, gerade von einem Moskau-Besuch zurückgekehrt, verkündete: „Unsere Nationen haben wirtschaftliche und technische Abkommen von großer Bedeutung unterzeichnet." Die „Barricada", das sandinistische Parteiorgan, bezifferte die sowjetische Hilfe im kommenden Jahr auf 300 Millionen Dollar. Die Sandinisten hoffen, daß der sowjetische KP-Chef Gorbatschow 1987 bei seiner Lateinamerika-Reise (Mexiko, Argentinien, Uruguay, Brasilien, Kuba) auch Nicaragua berücksichtigt.

Die östlichen Entwicklungshelfer waren sich ihres Einsatzgebietes nie recht sicher. Ein tschechischer Experte erzählt, daß er in der Vergangenheit kostspielige Anschaffungen scheute. Evakuierungspläne des osteuropäischen Kontingentes nach Costa Rica für den Fall einer amerikanischen Invasion hätten ihn daran gehindert.

Die heimlichen Waffenlieferungen der Reagan-Regierung an den Iran und der offenbar illegale Gelder-Transfer an die antikommunistischen Contra-Rebellen haben das sandinistische System stabilisiert, wahrscheinlich endgültig konsolidiert. Die Stimmungslage der Comandantes signalisiert die derzeit meiststrapazierte Wortschöpfung: „Contragate".

„Amerikas Manager sind risikoscheu und einfallslos"

Immer mehr Amerikaner kaufen immer mehr ausländische Waren. Die Folgen: ein riesiges Handelsdefizit und der Verlust von Arbeitsplätzen. Schuld an dieser Misere sind – das meinen zumindest zwei Minister der Regierung Reagan – nicht die exportierenden Japaner und Europäer, sondern die „aufgeblasenen, risikoscheuen und uneffizienten" US-Manager.

Von GERD BRÜGGEMANN

Amerikas Manager waren bisher erfolgsgewohnt und erfolgsverwöhnt, und nicht ohne Grund. Ihre Leistung hat wesentlich dazu beigetragen, daß die Vereinigten Staaten zum mächtigsten Land der Erde werden konnten und ihre viel gerühmten Methoden haben überall auf der Welt Nachahmer gefunden. Um so schmerzlicher muß es diese Elite der amerikanischen Wirtschaft getroffen haben, daß die ehedem so neidlose Anerkennung zunehmend barscher Kritik Platz macht.

Diese Kritik kommt auch keineswegs nur von jenen ewig besserwisserischen, professionellen Nörglern, denen die ganze Richtung nicht paßt. Die Vorwürfe stammen von der Regierung und betreffen eine wichtigere Sache als siebenstellige Manager-Gehälter und aufwendigen Lebensstil.

Die Sache ist der Verlust der einstmals so überlegenen amerikanischen Wettbewerbsfähigkeit. Er wird sichtbar in dem riesigen Handelsdefizit des Landes, das in diesem Jahr die unvorstellbare Rekordhöhe von 170 Milliarden Dollar erreichen wird. Das bedeutet nichts anderes, als daß amerikanische Unternehmen in großem Umfang Marktanteile an ausländische Konkurrenten abgeben mußten.

Ganze Branchen wie Stahl, Bergbau, Unterhaltungselektronik, selbst der Automobilbau, in denen die Amerikaner vor nicht allzu langer Zeit noch führend waren, sind von Verfall bedroht. Millionen von Arbeitsplätzen gingen dem Land verloren, weil die Amerikaner zunehmend ausländische Erzeugnisse kaufen, seien es nun Autos, Fernsehgeräte, Stereoanlagen, Textilien, aber auch Maschinen und Industrieausrüstungen, nicht etwa, weil sie soviel billiger wären als die im Lande hergestellten – das ist oft gar nicht der Fall –, sondern weil sie qualitativ überlegen sind.

Diese Entwicklung, die Hand in Hand geht mit einer wachsenden Auslandsverschuldung des Landes und die, wenn sie nicht bald gebremst wird, der Beginn seines Niederganges sein kann, ist es, die den amerikanischen Wirtschaftsführern angelastet wird. Ihr einst makelloses Image hat so viel Glanz eingebüßt, daß über ihren Stand schon Witze gemacht werden. Diese Witze sind nicht besonders originell, aber typisch. Einer geht so: Ein Kannibalenhäuptling, der zwei Manager, einen Amerikaner und einen Japaner gefangen hält, verspricht demjenigen der beiden, der ihm die überzeugendste Selbstdarstellung gibt, das Schicksal im Kochtopf zu ersparen. Da bittet der Amerikaner um seinen Tod. Er wolle lieber sterben, als sich die Geschichte der Tüchtigkeit eines japanischen Managers anhören zu müssen.

Inzwischen sind es Mitglieder der eigenen Regierung, die die Geschichte ständig wiederholen. Der erste in Washington, der öffentlich aussprach, was bis dahin nur in privaten Zirkeln erzählt wurde, war der stellvertretende Finanzminister Richard G. Darman. Und er wählte gleich eine deutliche Sprache. In einer Rede vor asiatischen Geschäftsleuten nannte er die amerikanischen Manager „aufgeblasen, risikoscheu, uneffizient und einfallslos". Er warf ihnen vor, für ihre hohen Bezüge zu wenig zu arbeiten und ihre Aufgaben in den Unternehmen zu vernachlässigen. Statt über neue Produkte nachzudenken und über die Verbesserung der vorhandenen, gelte ihr eigentliches Interesse privaten Nebensächlichkeiten wie der Verringerung ihres Handikaps beim Golf.

Eine Diskussion kam in Gang unter den Be- und Getroffenen. Am heftigsten reagierte Erfolgsmanager und Chrysler-Chef Lee Iacocca. Er antwortete auf Darmans Rundumschlag mit gleicher Münze (WELT vom 11. 12. 1986), indem er der Regierung nun Bürokratie und Unfähigkeit vorwarf. Aber es gab auch nachdenkliche Stimmen. Und Harvards emeritierter Ökonomie-Star, John Kenneth Galbraith, ein eingefleischter Liberaler, fand sich zu seiner Verwunderung an der Seite der ansonsten verabscheuten republikanischen Administration: „Auch das Unternehmertum unterliegt einem Alterungsprozeß", so befand er, „und der kann es im Laufe der Zeit schwächen, wenn nicht ständige Selbstkritik das verhindert."



Minister R. G. Darman: Die US-Manager vernachlässigen ihre Aufgaben FOTO: CAMERA PRESS

Ein Teil der gescholtenen Unternehmer aber hoffte ganz offensichtlich, Präsident Ronald Reagan, den sie fest auf ihrer Seite wähnten, werde sie vor weiterer Kritik schützen. Die „New York Times" berichtete auch von einem hohen Beamten, der davon gesprochen haben soll, „auf der höchsten Ebene des Weißen Hauses" sei man konsterniert über Darmans Äußerungen. Aber da der Beamte Wert darauf legte, anonym zu bleiben, kann das auch ebensogut erfunden worden sein. Tatsächlich wurde Darman, der sein Manuskript vorher seinem Chef, Finanzminister James Baker, vorgelegt hatte, nicht zurückgepfiffen.

Im Gegenteil. Wenige Tage später nahm Handelsminister Malcolm Baldrige den Faden auf. Kurzsichtige Unternehmerentscheidungen hätten, so sagt er in der Hauptstadt, ganz wesentlich zum Verlust der amerikanischen Wettbewerbsfähigkeit beigetragen: „Es gibt keine Entschuldigung dafür und die Schuld trifft allein die Manager, nicht die Regierung und nicht die Gewerkschaften."

Baldrige freilich beließ es nicht bei der Beschimpfung. Er stieg ein wenig tiefer in das Problem ein und fand heraus, daß vor allem eine Hinwendung der Manager zu den Bereichen von Finanzierung und Marketing, wo das schnelle Geld verdient werde, zu einer Vernachlässigung des mühevollen und arbeitsintensiven Produktionsprozesses geführt hätte. Das sei eine erhebliche Ursache für die Misere der amerikanischen Wirtschaft.

Diese Entwicklung habe auch etwas mit Ausbildung und Bezahlung zu tun. Es gehörte zu den wesentlichen Aufgaben eines Chefs, so Baldrige, die besten Leute an die wichtigsten Plätze zu stellen, sie angemessen zu bezahlen und zu wissen, wo die wichtigsten Plätze im Unternehmen sind. Die Ansicht, sie seien in den Finanz- und Marketingabteilungen, habe sich als falsch erwiesen. Selbst erstklassige Finanz- und Marketingleute nützten nur wenig, wenn die Produkte nichts taugten.

Aber der Handelsminister hat auch Hoffnung. Von den vielen hundert Unternehmern, mit denen er spreche, hätten eine ganze Reihe schon begriffen, worauf es ankomme. Aber es gebe immer noch zu viele, die sich den großen, geschlossenen amerikanischen Markt der sechziger und siebziger Jahre zurückwünschten, als ausländische Konkurrenz nur eine unbedeutende Rolle spielte. Das seien diejenigen, die von der Regierung protektionistische Maßnahmen forderten. Aber, so Baldrige: „Das löst die Probleme nicht, es macht sie nur schlimmer."

Diese Haltung der Reagan-Administration ist nicht neu; aber Konflikte mit Big Business hat sie bisher vermieden. Wenn das jetzt anders geworden ist, so hat das auch mit dem Ergebnis der Kongreß-Wahlen im November zu tun, die von den oppositionellen Demokraten auf überzeugende Weise gewonnen wurden. Die Demokraten haben die Rückgewinnung der amerikanischen Wettbewerbsfähigkeit zu einer der wichtigsten innenpolitischen Aufgaben erklärt. Offenbar will sich die Regierung darin aber nicht übertreffen lassen. Den Managern stehen also harte Zeiten bevor.

Bei den Grünen Dissens über Koalitionsfrage

dpa, Bonn

Die von der Vorstandssprecherin der Grünen, Jutta Ditfurth, ausgesprochene „kategorische Absage" an eine Koalition mit der SPD nach der Bundestagswahl (WELT v. 29.12.) sei deren persönliche Auffassung. Das betonte gestern das Vorstandsmitglied der Grünen, Norbert Kostede. Die Delegiertenversammlung der Grünen habe in Nürnberg beschlossen, der SPD Verhandlungen anzubieten, falls es das Wahlergebnis zulasse. Er räumte allerdings ein, daß die jüngsten Wahlergebnisse und die Voraussagen für die Bundestagswahl einen Regierungswechsel in Bonn nicht wahrscheinlich erscheinen ließen. Vor allem die Absage von Johannes Rau an jede Zusammenarbeit mit den Grünen habe den „Wahlkampf der SPD ruiniert". Die Grünen sollten aber die „Politik der kategorischen Absagen" Rau überlassen.

Mehr bleifreies Benzin verkauft

HH. Bonn

Der Absatz bleifreien Benzins in der Bundesrepublik hat sich 1986 gegenüber dem Vorjahr von 0,2 auf 2,6 Millionen Tonnen erhöht. Der Anteil am Gesamtabsatz von Vergaserkraftstoff in Höhe von 24,0 (1985: 23,1) Millionen Tonnen ist damit von einem auf elf Prozent gestiegen, erklärte Wirtschaftsstaatssekretär Martin Grüner (FDP). Besonders erfreulich sei die Entwicklung im Jahresverlauf 1986: Von fünf Prozent im Januar auf über 18 Prozent im Dezember (Normalbenzin 30 gegenüber Superbenzin zehn Prozent). Die Bleiemission sei damit um 450 Tonnen gesenkt worden. Der Absatz bleifreien Benzins könne allerdings noch weit höher sein, denn rund die Hälfte aller Autofahrer könnten heute bereits bleifreies Benzin ohne Schaden für den Motor tanken und bei einem Preisvorteil von drei Pfennig je Liter sogar noch Geld sparen.

Süssmuth gibt Tips zur Aids-Vorsorge

AP, Bonn

Bundesgesundheitsministerin Rita Süssmuth (CDU) hat vor der Ausbreitung der Immunschwächekrankheit Aids gewarnt. Niemand müsse an Aids erkranken, wenn einige „einfache wie lebenswichtige" Gebote eingehalten würden. So sollten ungeschützter Geschlechtsverkehr mit wechselnden Partnern und die Benutzung gemeinsamer Nadeln bei Drogenabhängien vermieden werden. Außerdem sollten Risikogruppen Tests und Beratung nutzen. In beiden Fällen erfolge keine Meldung, versicherte die Ministerin.

Strauß mahnt Gewerkschaften

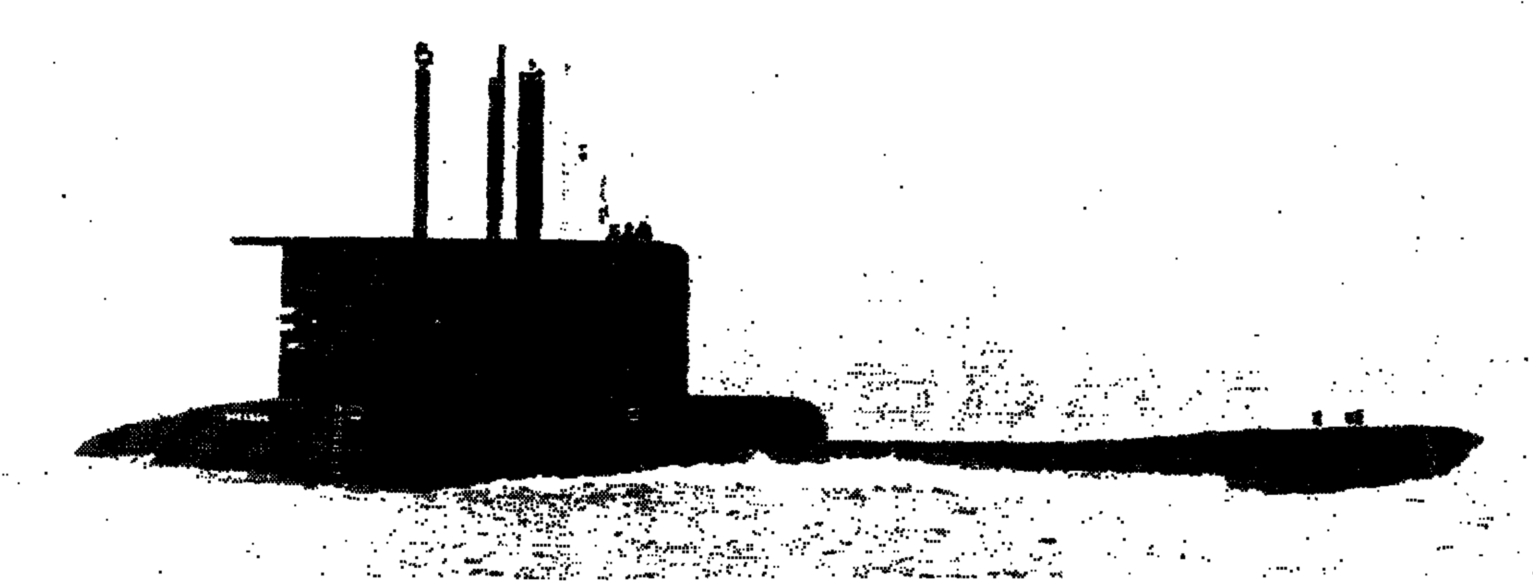
DW. München

Die Gewerkschaften trügen eine besondere Verantwortung für die Erhaltung einer nationalen deutschen Flotte. Darauf hat Bayerns Ministerpräsident Strauß in einem Schreiben an die Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Monika Wulf-Mathies, hingewiesen. Anlaß war die Ausflaggung mehrerer Schiffe der Hansa-Linie Aktiengesellschaft Bremen nach Togo. Strauß betonte, deutsche Reeder reagierten mit derartigen Aktionen auf die unbefriedigende Kostensituation. Steigende Personalkosten könnten offensichtlich nicht mehr durch Produktivitätssteigerung aufgefangen werden. Die Gewerkschaften als Tarifpartner sollten dieser Entwicklung Rechnung tragen.

Grüner Hacker im Adenauer-Haus

dpa, Bonn

Durch Zufall hat der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Jo Müller, nach eigenen Angaben den Computer der Bonner CDU-Parteizentrale „geknackt". Beim nächtlichen Hantieren mit seinem Computer habe er plötzlich „mit Entsetzen" festgestellt, daß er sich im System des Bonner Konrad-Adenauer-Hauses befand. Dort habe er Texte vorgefunden, aus denen hervorgeht, daß eine „Schmutzkampagne" gegen die Grünen vorbereitet werde. Aus den Speichern des CDU-Computers habe er sich deshalb „verschämt" wieder verabschiedet.



Begehrter Exportartikel: Das U-Boot vom Typ 209 FOTO: KNIPPERTZ/WEREK

Experten signalisieren Entwarnung für Hardthöhe

Rüstungsfachleute: U-Boot-Materialien nicht geheimhaltungsbedürftig / Unterlagen des betreffenden Typs für insgesamt 20 Länder

Von RÜDIGER MONIAC

Mehr als zwei Wochen Zeit werden die Fachleute aus der Rüstungsabteilung „Rü V" des Bonner Verteidigungsministeriums im neuen Jahr noch brauchen, um endgültig sagen zu können, ob bei der Lieferung von Konstruktionsplänen für deutsche U-Boote an die Republik Südafrika Geheimnisverrat begangen wurde oder nicht. Dann werden sie das ins Ausland transferierte Material Zeichnung für Zeichnung, Ordner für Ordner und Mikrofiche für Mikrofiche nach geheimhaltungsbedürftigen Informationen durchforstet haben. Die vorläufige Durchsicht von mehr als 4000 Werkstattzeichnungen und zahlreichen Akten durch die Rüstungsexperten hat allerdings jetzt schon klargemacht, daß die Lieferung des Materials mit sehr großer Wahrscheinlichkeit kein Fall für den Staatsanwalt und den Paragraphen 353b StGB (Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht) sein dürfte, sondern allenfalls für die Finanzbehörden, die den belasteten Unternehmen wegen der Verletzung des Außenwirtschaftsgesetzes möglicherweise ein Bußgeld abverlangen werden, weil sie die Transaktion ohne Genehmigung der Bundesregierung abwickelten.

Am 7. Januar nächsten Jahres will der parlamentarische Untersuchungsausschuß, den vor allem die SPD-Fraktion zur Durchleuchtung der in ihren Reihen vermuteten Machenschaften der jetzigen Bundesregierung kurz vor Ende der Legislaturperiode ins Leben rief, auch die Kieler Oberfinanzdirektion (OFD) hinter verschlossenen Türen über den Stand der Ermittlungen in dem von ihr angestrengten Bußgeldverfahren gegen die Unternehmen Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) und das Ingenieurkontor Lübeck (IKL) hören. Die OFD hatte bereits am 28. November des jetzt zu Ende gehenden Jahres dem Bundesfinanzministerium in einem „Zwischenbericht" dargelegt, welche Unterlagen durch HDW und IKL ohne Genehmigung durch das nach dem Außenwirtschaftsgesetz zuständige Bundeswirtschaftsministerium den Weg nach Südafrika genommen haben. Am 16. Dezember hat Staatssekretär Günter Obert aus dem Bonner Finanzministerium nicht nur das Verteidigungsministerium, sondern auch das Auswärtige Amt und das Wirtschaftsministerium um Stellungnahme zu der Frage, in welcher Weise der Transfer der nun der OFD bekannten Konstruktionsunterlagen Gesetze oder Verordnungen verletze.

„Keine Beeinträchtigung der nationalen Sicherheit"

Noch vor Weihnachten machten sich nach Informationen der WELT Fachleute der Unterabteilung „Rü V" (Wehrmaterial See) des Verteidigungsministeriums daran, die nach Südafrika transferierten Unterlagen zu sichten und nach sicherheitssensiblen Informationen zu überprüfen. Ihr Urteil, das sie Minister Wörner noch vor seiner Abreise in den Weihnachtsurlaub und Staatssekretär Timmermann eröffneten, bedeutete für die Hardthöhe Entwarnung: Das Material, so die Experten, sei nicht geheimhaltungsbedürftig. Wenn es im Besitz einer fremden Macht sei, bedeute dies keine Beeinträchtigung der nationalen Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Überdies verletze die Transferierung des Materials keine Geheimschutzabkommen, die Bonn mit Drittstaaten geschlossen habe.

Dies freilich ist das vorläufige Urteil der Rüstungsexperten. Im neuen Jahr werden zwei oder drei Angehörige der Hardthöhe bei IKL in Lübeck und HDW in Kiel nochmals die mehr als 4000 Werkstattzeichnungen und zahlreichen Mikrofiches sowie Akten im Detail durchsehen, um sicher zu sein, daß ihr vorläufiges Urteil über die Unbedenklichkeit des nach Südafrika gegangenen Materials im Lichte eines möglichen Geheimnisverrats und der deutschen Sicherheitsinteressen sich in ein endgültiges verwandeln läßt.

Wenn sich ihr Urteil erhärten sollte, was aufgrund der vorliegenden Informationen zu erwarten ist, schrumpft die U-Boot-Affäre möglicherweise auf eine Größenordnung, die das politische Interesse in Bonn schnell abflauen lassen dürfte. Denn Fehler wären bei den Politikern kaum noch auszumachen, allenfalls bei den Verantwortlichen von HDW und IKL, die, was inzwischen unumstößlich festzustehen scheint, ohne eine amtliche Genehmigung ihr Wissen und Können zum Bau von U-Booten an Südafrika weitergaben. Wie schwerwiegend ihr Fehlverhalten sein wird, dürfte sich aus der Höhe der Bußgeldes ableiten lassen, das die OFD Kiel gegen die verantwortlichen Manager verhängen wird.

Fest steht aber schon jetzt, daß die Unterlagen zum Bau von U-Booten des Typs 209 – im übrigen über viele Jahre vor allem auch unter der Regierungsverantwortung der SPD von Bonn genehmigt – an mehr als zwanzig Länder gegangen sind und künftig gehen könnten.

Verantwortung der früheren SPD-Regierung

Von dem U-Boottyp 209, über den Konstruktionsunterlagen nach Südafrika gegangen sind, wurden seit 1971 insgesamt 35 Stück auf verschiedenen deutschen Werften gebaut und an Marinen in der ganzen Welt geliefert. Unter den Empfängerländern sind unter anderem Argentinien (erste Lieferung 1974), Brasilien (1987), Chile (1984), Ecuador (1977), Griechenland (1971), Indien (1986), Indonesien (1981), Kolumbien (1975), Peru (1974), Türkei (1975) und Venezuela (1976). Exportverhandlungen werden unter anderem mit folgenden Staaten geführt: Ägypten, Australien, Kanada, Südkorea, Saudi-Arabien und Thailand. Der Typ 209 verfügt nach Expertenmeinung über weit geringere militärische Fähigkeiten als das von der deutschen Marine benutzte U-Boot des Typs 206. Dazu zählt amagnetischer Stahl, ein sehr geräuscharmer Antrieb sowie eine zielgenaue Torpedolenkung.

„Jungen Grenzschützern fehlen die Perspektiven"

Interessenvertretung kritisiert „blockierten Werdegang"

HANS KRUMP, Bonn

Der „blockierte Werdegang", Überalterung und mangelhafte Besoldung sind nach Ansicht des Bundesgrenzschutz-Verbandes (BGV) derzeit die größten Probleme bei der Polizeitruppe des Bundes. Durch den Erlaß des Bundesinnenministeriums, mit dem die Verweildauer beim Bundesgrenzschutz (BGS) von acht auf zwölf Jahre verlängert wurde, ist, so BGV-Vorsitzender Helmut Pfeffer in einem WELT-Gespräch, die Frage der Überalterung nicht gelöst worden. Die längere Verweildauer mit der verlängerten Ungewißheit über die künftige Verwendung zusammen mit der Besoldungsbegrenzung auf höchstens A7 („Meister") in den zwölf Jahren nehme jungen, qualifizierten Menschen die Zukunftsperspektive. „Die Tatsache, daß ein Viertel der Grenzschützer in der Ausbildungs- und Probezeit – durchaus auch fähige Leute – den BGS verläßt, sollte Warnung genug sein für die Verantwortlichen in Bund und Ländern, hier Abhilfe zu schaffen", sagte Pfeffer.

Nach dem BGS-Personalstrukturgesetz von 1976 sollten die Länder jährlich rund 1000 Grenzschutzbeamte übernehmen, um einer Überalterung der Polizeitruppe des Bundes entgegenzuwirken. Mit der später vom Bund verfügten Besoldungsbeschränkung sollten zudem mögliche Übernahmehindernisse abgebaut werden. Tatsächlich lag aber die Einstellungsquote der Länder wegen des unverbindlichen Charakters der Bund-Länder-Vereinbarung in den vergangenen Jahren nur bei rund 500. „Der Personalverbund mit den Ländern macht den Grenzschutz zu sehr abhängig und läßt konkrete Planungen nicht zu", kritisierte Pfeffer.

BGS als Flughafenpolizei

Als mögliche Lösung schlägt der Bundesgrenzschutz-Verband, mit 10 000 Mitgliedern größte Interessenvertretung im BGS, Übernahme-Übereinkünfte mit Bundesbehörden wie dem Bundeskriminalamt oder dem Zoll vor bzw. den verstärkten Einsatz von Grenzschützern im Einzeldienst (Flughafensicherung, Terrorzielfahndung).

Zur besseren Abwehr von Gefahren für die Flugsicherheit und Terrorakten sollten, so BGV-Chef Pfeffer, die „Zuständigkeitsverhältnisse auf den Flughäfen vereinfacht und die gesamte Luftaufsicht in bundeseigene Verwaltung" übernommen werden. Dem BGS müsse dabei die Rolle einer Flughafenpolizei zur Prävention am Boden übertragen werden. Mit dem Aufbau eines eigenen Grenzschutzamtes Flughafen Frankfurt sei ein erster Schritt zum Aufbau einer BGS-Flughafenpolizei getan.

Ein Nebeneinander verschiedener Kräfte wie bisher sei der Sicherheit nicht dienlich. In diesem Zusammenhang steht auch die alte Forderung der Grenzschützer, die grenzpolizeilichen Aufgaben auf den BGS zu konzentrieren statt sie – wie bisher – aufzusplitten in Zoll und Grenzschutz. Der BGV-Vorsitzende sprach sich für den Abzug der rund 1800 Zollbeamten entlang der innerdeutschen Demarkationslinie aus.

Personaldefizit

Trotz der Einrichtung von mehr als 1000 Planstellen in den nächsten Jahren sieht der Grenzschutz-Verband weiter ein empfindliches Personaldefizit beim BGS, vor allem im mittleren Dienst. Dies könne nur durch die Einstellung von 2000 weiteren Kräften ausgeglichen werden. Vor allem komme es dem BGS darauf an, als „Polizei des Bundes zukünftig mehr Verantwortung zu erhalten als bisher", sagte Pfeffer. Der Grenzschutz sei geschlossene Einsätze gewöhnt und liebe es nicht, wenn von Länderseite in seine Taktik „hereingeredet" werde. „Die Länder müssen auch einmal über ihren Schatten springen und nicht immer auf ihrer Länderkompetenz beharren." Hintergrund dieser Forderung dürften die Erfahrungen beim BGS-Einsatz in Wakkersdorf im Sommer 1986 gewesen sein, als es zu offensichtlichen Koordinierungproblemen mit der Länderpolizei gekommen war.

Nach Ansicht des BGV wird das Verhältnis zwischen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und dem BGS auch nach dem Führungswechsel mit Hermann Lutz an der GdP-Spitze gespannt bleiben. Die Präsenz der GdP bei den Grenzschützern seit einigen Jahren habe eher gewerkschaftliche Hintergründe. Der Dissenz zwischen dem Grenzschutz mit seinem – aus dem Aufgabenbereich heraus notwendigen – Truppencharakter und der GdP-Fixierung auf den „zivilen Polizeibeamten" sei, so Pfeffer, auch unter dem CDU-Mann Lutz nicht zu versöhnen.

‚Saar-Eingliederung – Sieg des Selbstbestimmungsrechts'

Am 1. Januar 1957 wurde das Saarland wieder in das deutsche Territorium eingegliedert. Es ist der bisher einzige Akt deutscher Wiedervereinigung nach dem Zweiten Weltkrieg. Ulrich Reitz sprach mit dem Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen.

Adenauer hat 1951 die Aufnahme des Saarlandes in die Montan-Union blockiert – ein nationales Signal. 1954 hat er dem Saar-Statut zugestimmt und damit einer Europäisierung. War das ein Widerspruch?

Windelen: Das mag wie ein Widerspruch erscheinen. Der Wunsch der Saarländer, zurückzukehren, war erkennbar ungebrochen, aber die Chancen dafür waren bei der Haltung Frankreichs sehr begrenzt. Adenauer sah offensichtlich die einzige Möglichkeit, das Saarproblem zu lösen, indem man dort mit dem Weg nach Europa begann. Er hoffte, in überschaubarer Zeit die Einigung der Staaten Europas zu einem europäischen Bundesstaat erreichen zu können.

Adenauer stand also hinter der Politik von Ministerpräsident Johannes Hoffmann, der der Christlichen Volkspartei (CVP) angehörte?

Windelen: Ich glaube, so kann man es nicht ausdrücken. Denn Hoffmann wollte von seinen Befugnissen als Ministerpräsident nicht gern etwas abgeben. Er trat ja für den Status quo ein: die Beibehaltung der Zugehörigkeit zu Frankreich als ein besonderes Gebiet, in dem er Ministerpräsident war und auch bleiben wollte.

Aber er focht doch dann für das Saar-Statut?

Windelen: Er trat in der Abstimmung für das Saar-Statut ein – gegen die Mehrheit der Bewohner jener Region, die den Anschluß an die Bundesrepublik Deutschland wollten.

Wie war die Haltung der Franzosen?

Windelen: Die Saar wurde überwiegend aus wirtschaftlichen Erwägungen von Frankreich in sein Staatsgebiet einverleibt. Damals spielte die Montan-Industrie noch eine erhebliche Rolle. Die großen Kohlevorkommen waren für die lothringische Stahlindustrie von großer Bedeutung. Aber schon damals zeichnete sich ab, daß die Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges eher abnehmen würde. Zudem standen die Franzosen vor der Frage, wie sie dem Wollen der Saarländer nachkommen könnten. Für Paris erschien es als erträglicherer Kompromiß, den Zugriff auf die wirtschaftlichen Quellen zu behalten, aber dem Drängen der Bevölkerung entgegenzukommen, indem es einer Europäisierung zustimmte. Das Saarstatut hätte den Einfluß und den wirtschaftlichen Zugriff, den Frankreich sich vorbehalten hatte, um nichts gemindert.

War Adenauer bereit, für die Wiedergewinnung der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland das Saarland preiszugeben?

Windelen: Ich glaube nicht, daß es hier einen unmittelbaren Zusammenhang gab. Selbstverständlich hat Adenauer mit aller Kraft die Rückgewinnung der Souveränität angestrebt. Ich glaube aber, daß seine Erwägungen zur Behandlung der Saar-Frage die allgemeine Bereitschaft der Franzosen, die Zustimmung zur Erlangung der Souveränität zu geben, positiv beeinflußt haben.

Der frühere gesamtdeutsche Minister Jakob Kaiser unterstützte die damals von der CVP illegal abgespaltene Saar-CDU gegen die CVP, die von Adenauer gestützt wurde. Gab es in der Saar-Frage zwischen Minister Kaiser und Kanzler Adenauer unterschiedliche Auffassungen?

Windelen: Davon muß man ausgehen. Wir wissen, daß Bundeskanzler Adenauer die einzige Chance, Bewegung in die Saar-Frage zu bringen, das heißt dafür die Zustimmung der Franzosen zu bekommen, in einer Europäisierung sah. Und deswegen wollte er offenbar alles vermeiden, was bei den Franzosen den Eindruck erweckte, daß er in Wirklichkeit mehr wollte, nämlich die Loslösung des Gebietes von Frankreich. Bei Kaiser spielte dagegen die nationale Komponente ein sehr viel größere Rolle als bei Adenauer, der stärker als Europäer dachte.

Sind aus dieser Zeit in der CDU Narben geblieben?

Windelen: Das ist ein langer und schmerzhafter Prozeß gewesen, der natürlich auch das politische Klima nachhaltig belastet hat. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, daß in den ersten Jahren Abgeordnete aus dem Saarland nicht der CDU, sondern der Saar-CSU angehörten. Das waren jene, die der Hoffmann-CVP angehört hatten und denen es dann verständlicherweise schwerfiel, sich der CDU anzuschließen. Sie verstanden sich ähnlich wie die CSU als eine regionale Partei. Es hat Jahre gedauert, bis es dann zur Überwindung der Spaltung gekommen ist.

1935 gab es schon einmal eine Volksabstimmung. War dieses Plebiszit eine Abstimmung für die Nation oder für den Nationalsozialismus?

Windelen: Es war zweifellos eine Abstimmung für die Nation. Sie wäre sicher ähnlich ausgegangen, wenn die Regierungsverhältnisse im damaligen Deutschen Reich andere gewesen wären. Aber selbstverständlich hat Hitler die Möglichkeit genutzt, die Heimkehr der Saar als ein großes nationales Ereignis zu feiern, um damit gleichzeitig auch seine persönliche und politische Position zu stärken. Die Rahmenbedingungen bei der zweiten Volksabstimmung waren völlig anders. Die Mehrheit der Saarländer entschied sich im Jahre 1935 nicht deshalb für die Rückkehr, weil sie sich als Nationalsozialisten fühlte. Sondern man muß eher sagen, die Menschen haben sich so entschieden, obwohl sie sich nicht als Nationalsozialisten fühlten. Aber natürlich hat die Möglichkeit, zum Reich zurückzukehren, bei vielen Bedenken gegen Hitler in den Hintergrund geschoben.

Wenn die nationalen Kräfte so stark waren, hätte dann überhaupt eine Europäisierung eine Chance gehabt?

Windelen: Das kann man nachträglich natürlich so sehen und es wäre dann nicht nur eine Fehleinschätzung von Hoffmann, sondern auch von Adenauer gewesen. Ich kann mich aber noch sehr gut an die große Euphorie hinsichtlich der Möglichkeiten und auch des Zeitablaufs einer europäischen Einigung erinnern, als damals junge Menschen aus Westeuropa nach Straßburg gingen und die Schlagbäume niederrissen. Es herrschte eine große Aufbruchstimmung. Man kann im Nachhinein sagen, sie war illusorisch. Für uns Deutsche war die Europäisierung zugleich die große Chance, wieder gleichberechtigt in die europäische Völkerfamilie zurückzukehren. Aus der damaligen Sicht heraus war es nicht unrealistisch zu hoffen, daß dem Beispiel Saar dann auch andere folgen würden.



Können die Deutschen aus der Rückkehr des Saarlandes Lehren für die „große Wiedervereinigung" ziehen? Der Rückblick des Ministers für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), beinhaltet zugleich Perspektiven für die Gegenwart. FOTO: SVEN SIMON

Im Zusammenhang mit der Eingliederung des Saarlandes ist von einer „kleinen Wiedervereinigung" gesprochen worden. Ist dieser Ausdruck legitim?

Windelen: Ich glaube schon. Ein Teil Deutschlands kam in den deutschen Hoheitsbereich zurück. Dies war ein erster Schritt und vor allem war es ein Sieg des Selbstbestimmungsrechtes: Ausdruck der Tatsache, daß man auf die Dauer ein Volk gegen den Willen der Bevölkerung nicht getrennt halten kann. Allerdings hatten wir es hier mit einem Nachbarn zu tun, der der gleichen Rechts- und Gesellschaftsordnung zugehörte, einer freiheitlichen Demokratie. Hier liegt der entscheidende Unterschied bei den Rahmenbedingungen.

Deshalb die Frage nach der Legitimität dieses Begriffs, der ja eine Vergleichbarkeit der Bedingungen voraussetzt.

Windelen: Ich sagte schon, daß die Rahmenbedingungen völlig unterschiedlich sind: Dieses Modell einer Wiedervereinigung ist so nicht wiederholbar.

Ist also die historische Lehre, die man aus dem Saar-Beispiel ziehen muß, die, daß eine Wiedervereinigung demokratische Systeme auf beiden Seiten voraussetzt?

Windelen: Dies ist sicher nicht zwingend. Aber Voraussetzung ist die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes. Im Osten ist man der Auffassung, daß die jetzigen Zustände dort Ausdruck des Selbstbestimmungsrechtes seien. Wir dagegen sagen, daß die Menschen dort – im Gegensatz zu den Saarländern oder den Österreichern – keine Gelegenheit hatten, ihr Selbstbestimmungsrecht wahrzunehmen.

Wie realistisch ist dann eine Ostpolitik, die die Grundfesten des Regimes drüben unangetastet läßt?

Windelen: Weil wir nicht wissen, wann wir die Chance haben werden, in freier Selbstbestimmung wieder vereint zu werden, müssen wir die Zeit der Trennung überbrücken. Wir müssen denen, die besonders von der Trennung betroffen sind, ihr Leben erleichtern. Die Bewahrung des Zusammengehörigkeitsgefühls ist Voraussetzung für unser Fernziel, die deutsche Einheit wiederzugewinnen. Würden wir nicht unsere Möglichkeiten nutzen, Brücken zu bauen oder zu verstärken, müßten wir befürchten, daß das Bewußtsein von der Einheit der Nation immer schwächer würde und schließlich austrocknet. Aber Nation kann nur sein, was Nation sein will. Und deswegen sind menschliche Erleichterungen zur Milderung der Teilungsfolgen, so widersprüchlich es erscheinen mag, Voraussetzung dafür, daß es überhaupt eine realistische Chance für unser Ziel der nationalen Einheit gibt.

Ist der Freikauf nicht ein willkommenes Ventil für die „DDR"?

Windelen: Es ist richtig, daß all das, was wir in diesem Zusammenhang tun, natürlich auch dazu beitragen kann, die dortigen Machtverhältnisse zu stabilisieren. Auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit kann diese Wirkung haben. Dennoch haben wir keine Alternative. Es wäre für uns unverantwortlich, etwa zu Lasten unserer Landsleute in der DDR zu sagen, laßt sie im eigenen Saft schmoren. Dies würde die Chance einer Veränderung der Lage nicht vergrößern.

Wir wissen, daß autoritäre Regime auf die Bevölkerung wenig Rücksicht nehmen, wenn es gilt, das System zu erhalten. Wir haben ja unsere Erfahrungen gemacht in Ungarn, in Polen, im Prager Frühling und auch am 17. Juni 1953 in der DDR. Wir halten es für sinnvoller, den friedlichen Wandel zu fördern. Das Gefühl der Abhängigkeit der Völker und Staaten voneinander wird weiter wachsen, unabhängig von Systemen. Denken Sie nur an die Umweltbelastungen und an Tschernobyl. Und deswegen scheint mir eine vernünftige Kooperation im Interesse der Menschen der bessere Weg zu sein. Sie stärkt zugleich das Zusammengehörigkeitsgefühl und erhält das Bewußtsein von der Einheit der Nation. Das ist besser als scharfe Kontroversen und Konfrontationen, die ja auch große Gefahren für die friedliche Entwicklung dieser Welt in sich bergen.

Die Kontinuität zwischen der innerdeutschen Politik der 70er Jahre und der seit dem Regierungswechsel scheint sehr stark zu sein...

Windelen: Es ist unvermeidlich, daß eine Regierung von dem ausgehen muß, was sie vorfindet. Wir haben verbindliche Verträge vorgefunden. Ich erinnere daran, daß auch die vorherigen Regierungen, daß Adenauer, Erhard und Kiesinger, den Weg des Ausgleichs trotz unüberbrückbarer Gegensätze zwischen den Gesellschaftssystemen gegangen sind. Den Weg der Kooperation, der Verständigung und des Gewaltverzichts. Es gab auch schon vor der sogenannten neuen Ostpolitik intensive Kontakte und Vereinbarungen mit unseren östlichen Nachbarn. Es gab keinen Widerstand gegen Gewaltverzichtsverträge, es gab schwere Bedenken gegen die Art, in der Herr Bahr die Verträge ausgehandelt hatte, gegen das Tempo, gegen Unklarheiten und Dissense und gegen die Unausgewogenheit von Leistung und Gegenleistung. Hier lagen die Vorbehalte und hier gibt es auch nach wie vor Probleme. Aber die Verträge sind völkerrechtlich wirksam geworden: Auch diese Regierung wird sie buchstabengetreu einhalten. Sie versucht jetzt, daraus das beste zu machen. Und wir stellen fest, daß uns dies in vielen Bereichen sehr viel besser gelingt als unseren Vorgängern. Man beachte nur die Besucherzahlen, die Entwicklung der wirtschaftlichen Verbindungen und den Abbau von Schikanen. Wir haben mit dem unzureichenden Instrument dieser Verträge ein Optimum an Ergebnissen erzielt. Kontinuität in dieser Hinsicht ist ja durchaus wünschenswert.

Moskau rügt „Schlamperei“ in der Provinz

rtr, Moskau

Der Oberste Sowjet hat nach einer Meldung der Regierungszeitung „Iswestija“ Provinzbehörden wegen „Schlamperei“ bei der Bekämpfung von Kriminalität scharf kritisiert. In der Gegend um Kaluga, rund 200 Kilometer südwestlich von Moskau, hätten die Behörden es versäumt, für Recht und Ordnung zu sorgen, hieß es. Die zahlreichen Fälle von Unterschlagung, Rowdytum und Jugendkriminalität hätten besondere Besorgnis ausgelöst, meldete „Iswestija“ weiter.

Honduras warnt die Sandinisten

AFP, Tegucigalpa

Der honduranische Präsident José Azcona hat mit einem Angriff der honduranischen Streitkräfte auf nicaraguanische Stellungen gedroht, wenn die sandinistische Armee „erneut honduranisches Gebiet angreift“. Der Staatschef betonte zugleich, seine Regierung habe „kein Interesse daran, Nicaragua anzugreifen“ und schloß „jede Möglichkeit eines Krieges“ aus. Nicaragua nütze ein Krieg nichts, „da wir einen starken Verbündeten (USA) in der Nähe haben, während ihr Verbündeter (UdSSR) weit weg ist“.

Walesa kündigt neue Komitees an

AFP, Warschau

Der polnische Arbeiterführer und Friedensnobelpreisträger Lech Walesa hat die Gründung zweier neuer nationaler Ausschüsse der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ angekündigt. Walesa hat die beiden ehemaligen Führungsmitglieder der „Solidarität“, Tadeusz Jedynak und Wladyslaw Frasyniuk mit der Leitung der Ausschüsse beauftragt. Eines der Gremien solle sich mit wirtschaftlichen Fragen befassen, das zweite mit dem sozialen Leben in Polen.

Weinberger will höheren Etat

dpa, Washington

US-Verteidigungsminister Weinberger hat beim Kongreß für das bereits laufende Haushaltsjahr 1987 zusätzlich 2,8 Milliarden Dollar angefordert. Das Ministerium kommt nach eigenen Angaben mit den bewilligten 289,4 Milliarden Dollar nicht aus. Unter der nachgeforderten Summe sind 500 Millionen Dollar für die Erforschung der Raketenabwehr im Weltraum (SDI) vorgesehen.

Umbesetzung in der ungarischen KP

AFP, Budapest

Der Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik im Zentralkomitee der ungarischen KP, Laszlo Ballai, ist von seinem Posten abgelöst worden. Nachfolger Ballais wurde dessen bisheriger Stellvertreter Miklos Nemeth. Beobachter werteten diese Umbesetzung als Zeichen für den Willen der ungarischen Führung, die Wirtschaftsreform voranzutreiben.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Erstmals seit 1976 überschreitet Japan „magische Grenze“ beim Rüstungsetat

Ausgaben bisher auf ein Prozent des BSP beschränkt / Erhöhung trotz starker Opposition

FRED de LA TROBE, Tokio

Die japanische Regierung hat gestern beschlossen, den Etat für die Verteidigungsausgaben im Fiskaljahr 1987 um 5,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu erhöhen. Damit wird im kommenden Jahr die „magische Grenze“ von höchstens ein Prozent des Bruttosozialprodukts für die Militärausgaben erstmals seit 1976 durchbrochen.

Diese Begrenzung war während der letzten zehn Jahre infolge starken Widerstands gegen die Abschaffung seitens der Oppositionsparteien und auch breiter Kreise der regierenden Liberaldemokraten stets eingehalten worden.

Die hohe Staatsverschuldung und die Ebbe in den Kassen hatten ebenfalls eine große Aufstockung der Verteidigungsausgaben verhindert.

Entscheidend für die höheren Aufwendungen war das Argument, daß der neue fünfjährige Verteidigungsplan (1986–90) nur verwirklicht werden könne, wenn die Ausgaben ein Prozent des Bruttosozialprodukts übersteigen würden (im neuen Budget 1,004 Prozent). Auch die USA haben Japan seit geraumer Zeit gedrängt, *den Verteidigungsetat* zu erhöhen.

Höhere Kosten werden vor allem für moderne Waffensysteme, Soldaufbesserungen, größere japanische Beteiligung an den Stationierungskosten für die amerikanischen Truppen im Lande und für eine im nächsten Jahr einzuführende neue Umsatzsteuer anfallen.

Ministerpräsident Nakasone hatte sich in den letzten Jahren stets für eine Abschaffung der Ein-Prozent-Grenze eingesetzt. Diesmal taktierte er jedoch zurückhaltend, da er mit starkem Widerstand der Oppositionsparteien und auch von Teilen seiner eigenen Partei rechnete. Ihm liegt vor allem daran, eine von ihm angeregte Steuerreformvorlage durchs Parlament zu bringen, gegen die die Opposition ebenfalls starke Bedenken angemeldet hat.

Nach Verabschiedung der Gesetzesvorlage durch das Kabinett sagte Nakasone nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Kyodo, eine Überschreitung der Ein-Prozent-Grenze des BSP sei unumgänglich, um das „Potential und die Arbeitsbedingungen“ der Verteidigungskräfte zu verbessern. Eine Militärmacht werde Japan aber nicht.

Japan unterhält seit 34 Jahren *„Selbstverteidigungsstreitkräfte“*, die ihren einschränkenden Namen aus der im Artikel 9 der Verfassung verankerten Absage zur Unterhaltung einer bewaffneten Macht zu Land, Wasser und in der Luft beziehen. Das auf 245 000 Mann angewachsene Militär existierte somit lange am Rande der Legalität, hat aber inzwischen durch verschiedene Gerichtsurteile den Auftrag, als Verteidigungstruppe zu bestehen, zugestanden bekommen.

Auch die Oppositionsparteien erkennen diesen Auftrag an, die Sozialisten treten aber immer noch für einen allmählichen Abbau der Streitkräfte ein. Die Begrenzung der Rüstungsausgaben auf ein Prozent des Bruttosozialprodukts war bisher für die Opposition eine wichtige Bedingung für die Beibehaltung des defensiven Charakters des japanischen Militärs.

Unter den geplanten Anschaffungen im kommenden Fiskaljahr sind zwölf neue „F 15 Eagle“-Abfangjäger, neun „P3 C“-U-Boot-Aufklärer, eine „*Patriot*“-*Boden-Luft*-Raketeneinheit, 22 Mittelstrecken-Antitank-Raketen, 17 „HSS 2 B“-Anti-U-Boot-Hubschrauber, zwei Minensuchhubschrauber und zwei Fregatten. Drei von der Marine beantragte Zerstörer wurden dagegen nicht bewilligt.

(SAD)

Harold Macmillan – ein Gentleman und Rebell

REINER GATERMANN, London

Als am 9. Oktober 1963 Harold Macmillan, seit sechseinhalb Jahren Großbritanniens Premierminister, auf Anraten seiner Ärzte das Regierungsruder aus der Hand gab, war er ein gesundheitlich stark angeschlagener und gebrechlicher Mann. Aber „Supermac“ trotzte den Leiden und genoß noch 23 weitere Lebensjahre, bevor er Montag abend im Alter von fast 93 Jahren „nach kurzer Krankheit friedvoll“ entschlief.



Starb im Alter von fast 93 Jahren: Harold Macmillan
FOTO: DPA

Damit hat der Mann das Irdische verlassen, der – neben Clement Atlee – als erfolgreichster Nachkriegspolitiker Großbritanniens gilt. Er stellte die Weichen für einen weitgehend friedlichen Abschied seines Landes vom Kolonialismus und wandte es Europa zu, er machte Großbritannien zu einer Atommacht und war Mitinitiator des Atomwaffen-Testverbots von 1963. Innenpolitisch beschritt er erfolgreich den „Weg der Mitte“ und propagierte eine Kombination aus freiem Unternehmertum und staatlicher sozialer Verantwortung. 1959 konnte er mit der Parole „Nie ist es den Briten besser ergangen“ in den Wahlkampf gehen.

Für viele hat es in dem politischen Leben des Harold Macmillan nur einen großen Nachteil gegeben: daß er erst im Alter von 62 Jahren, 1957, Premierminister wurde. Daß ihm dies nicht früher gelang, lag in erster Linie an seinem sozialen Verantwortungsbewußtsein, insbesondere für die Arbeitslosen, das traditionellem Tory-Glauben widersprach, und an seinem offenen Widerstand gegen die britische Regierungspolitik unter Chamberlain gegenüber Hitler. Erst Winston Churchill verhalf ihm 1951 als Staatssekretär im Ministerium für Wohnungsbau auf die politische Karriereleiter. Nie mehr sind in England in einem Jahr so viele Wohnungen gebaut worden wie unter Macmillans Regie.

Dann ging alles sehr schnell: 1954 Verteidigungsminister, ein Jahr später Chef des außenpolitischen Ressorts, 1956 Schatzkanzler, um schließlich am 10. Januar 1957 Anthony Eden in der Downing Street 10 abzulösen. Zu Churchill sagte er einmal, beide hätten Hitler etwas zu verdanken: daß Churchill Premierminister und er, Macmillan, ins Wohnungsbauministerium einziehen konnte.

Schließlich bedurfte es jedoch noch eines weiteren Krieges, um Macmillan ans Regierungsruder zu bringen: den Suez-Krieg. Erst war er vorbehaltlos für die militärische Auseinandersetzung mit Nasser, dann, als die amerikanische Unterstützung ausblieb, wollte er gar durch seinen Rücktritt einen Waffenstillstand erzwingen. „Erster rein, erster raus“, beschrieb später Harold Wilson diese Politik.

Mit der ihm eigenen charmanten Hartnäckigkeit lehnte er es wiederholt ab, in den Adelsstand erhoben zu werden. Erst 1984, als er 90 Jahre alt wurde, gab er seinen Widerstand auf und kehrte als Lord Stockton nach Westminster zurück. Bis ins hohe Alter blieb Harold Macmillan im Grunde ein Rebell, wenn auch ein sehr eleganter.

EG-Vorsitz für Belgien in schwieriger Zeit

htz. Brüssel

Wenn die belgische Regierung am 1. Januar turnusgemäß – nach den Briten – für die nächsten sechs Monate die EG-Präsidentschaft übernimmt, geschieht dies nicht nur im 30. Jubiläumsjahr der Römischen Verträge, sondern auch in einer schwierigen Phase der EG.

Denn nach wie vor lasten auf der Gemeinschaft die gigantischen Überschußprobleme und die damit verbundenen Kosten des hoch subventionierten Agrarmarktes. Immer drückender werden aber auch die Defizite der EG, in deren 72-Milliarden-Mark-Haushalt bereits umgerechnet acht Milliarden Mark fehlen.

Belgiens Finanzminister Mark Eyskens hat daher im Vorfeld der Präsidentschaft durchblicken lassen, daß die Regierung Martens beabsichtige, weitere Initiativen in Richtung einer Liberalisierung des europäischen Kapitalmarktes zu ergreifen.

Auch vor der eigenen Haustür will man dabei kehren. Der mit 25 Prozent in Belgien im europäischen Vergleich hohe Mehrwertsteuersatz soll im Zug weiterer steuerlicher Harmonisierung angeglichen werden. Offen ließ Eyskens, ob er sich mit dem Versuch, an der europäischen Mehrwertsteuerschraube zu drehen – aus deren Säkkel sich die EG ja hauptsächlich finanziert –, gleichzeitig auch an das diffizile Problem einer Beitragsänderung oder -erhöhung wagen will.

Neue Impulse sind von Belgien auch bei der Realisierung des EG-Binnenmarktes zu erwarten. In der Außen- und Sicherheitspolitik könnten vor allem von einem Europäer der ersten Stunde, Außenminister Léo Tindemans, neue Anstöße kommen. In einem Interview zeigte er sich vor kurzem überzeugt davon, daß seit dem amerikanisch-sowjetischen Gipfel in Reykjavik das Bedürfnis der Europäer zugenommen habe, eigene sicherheitspolitische Perspektiven zu diskutieren und zu entwickeln. Tindemans könnte sich diese Einschätzung durchaus zunutze machen.

Wie Khadhafi sich in Schwarzafrika „Freunde“ kauft

Mit Waffen- und Finanzhilfe Einfluß zurückgewonnen / Ziel sind abgewirtschaftete Staaten / Propagierung des Islam

W. LÜTZENKIRCHEN, Kampala

Im Norden Ugandas überfielen Rebellen die Städte Gulu und Kitgum, in der Provinz Karamoja übernahmen Stammeskämpfer die Macht, in der Hauptstadt Kampala kam es zu heftigen nächtlichen Feuergefechten mit Regimegegnern und Banditen. Der Nordteil Ugandas geriet erneut in den Strudel eines blutigen Krieges, die Einheit des Landes stand auf dem Spiel. Die Rettung für den bedrängten Präsidenten Yoweri Museweni wurde noch in derselben Woche in einer Zeltstadt in der libyschen Wüste eingefädelt. Bei süßem Tee und Datteln versprach Libyens Revolutionsführer Khadhafi seinem Verbündeten Museweni massive wirtschaftliche und *militärische Soforthilfe*.

Ausbildung in Libyen

Nach offizieller Darstellung erhält das von Terror und Bürgerkrieg ruinierte Uganda aus Tripolis Erdöl, Stahl, Traktoren, Maschinen und Baustoffe; im Gegenzug wird Libyen mit Tee, Kaffee und Zucker versorgt. Doch wichtiger noch waren andere Zusagen für Museweni, der sich auch in der Umgebung Kampalas nur mit mehr als 60 Mann Begleitschutz bewegen kann. Auf dem Luftweg liefert Libyen sofort Waffen und militärisches Gerät für die Armee Musewenis. Ugandische Soldaten werden in Libyen ausgebildet. Das Eingreifen libyscher Militärberater wird jedoch von der Regierung in Kampala heftig bestritten.

Generöse Hilfe gewährt Khadhafi auch dem neuen Regime in Sudan unter Sadik el Mahdi, dessen Macht in den drei Südprovinzen unter den Angriffen der „Sudanesischen Volksbefreiungsfront“ (SPLF) des John Garang zerbröckelt. Nach dem Sturz des mit den USA verbündeten Präsidenten Numeiri hatte Khadhafi im vergangenen Jahr die Hilfe für die Rebellen in Südsudan eingestellt. Eine überraschende Wendung: Seit Jahren hatte der libysche Führer die „Marionetten“ von Khartum bedroht und eingeschüchtert, am Sturz Numeiris gearbeitet und eine Invasion angekündigt („Sudan ist unser“).

Die Schaukelpolitik Sudans scheint sich auszuzahlen: Das von Bürgerkrieg und Verschuldung (12 Milliarden Dollar) gelähmte Riesenland erhielt aus Tripolis erst Hungerhilfe, dann Waffen. Auf dem Stützpunkt El Fascher (Faschoda) in der Westprovinz Darfur sollen libysche Jagdbomber stationiert sein.

Versorgt werden die Bomber über die südlibyschen Kufra-Oasen, die auch als Zentrum für die libyschen Militäroperationen im Norden Tschads dienen. Zeitweise hatte Libyen im nördlichen Tschad 6000 bis 8000 Soldaten stationiert und war in direkte Kämpfe mit französischen Truppen geraten, die die Regierung von Hissène Habré in Ndjamena stützen.

Im Westen als Drahtzieher und Finanzier des internationalen Terrorismus geächtet, ist dem libyschen Führer in Afrika eine überraschende politische Offensive gelungen. Im Schlepptau Khadhafis bewegen sich nicht nur Uganda und Sudan, sondern auch Ghana und Burkina Faso (früher Obervolta); deutliche Sympathien zeigen auch die Machthaber in Benin, Burundi und Madagaskar.

Werben für „dritten Weg“

Im Afrika südlich der Sahara konnte Khadhafi wieder Einfluß zurückgewinnen, vor *allem in abgewirtschafteten*, finanziell zerrütteten Staaten. Linke Putschoffiziere und siegreiche „Befreier“ in den ärmsten Winkeln Afrikas folgen Khadhafis „drittem Weg“ zwischen den Blöcken und seinen Thesen der „wahren Volksrevolution“. „Politische Bankrotteure und von ihrer Opposition bedrohte Konkursverwalter sind die natürlichen Verbündeten von Oberst Khadhafi in Afrika“, urteilt ein Diplomat in Nairobi.

Noch Anfang der achtziger Jahre gingen viele Länder südlich der Sahara auf Distanz zu Libyen. Fast ein Dutzend *afrikanischer* Länder wies libysche Diplomaten aus oder brach die Beziehungen zu Tripolis ab, meist wegen subversiver Aktivitäten und Einmischung in innere Angelegenheiten. Nicht nur die offene Intervention in Tschad, die Unterstützung für die Polisario-Guerrillas in der West-Sahara, die Aufwiegelung der Tuareg- und Toubou-Nomaden im gesamten Sahelstreifen und der blutige Glaubenskrieg islamischer Sekten (von Tripolis angefacht) im Norden Nigerias hatten Khadhafi in schweren Mißkredit gebracht.

Seinen Verbündeten in Afrika beschert Khadhafi nicht nur Erdöl und Getreide, Stahl und Traktoren, Banken, Waffen, Techniker und Militärs. An den Krisenherden Afrikas propagiert er die Ausbreitung des Islams, wie schon *bei seinem damaligen* Verbündeten Idi Amin, der im Gegenzug für Khadhafis Finanzhilfe in Uganda einen Kirchenkampf entfachte und selber zum Islam übertrat.

Im „Kampf gegen den Imperialismus“ reicht Khadhafis Arm weit in den politischen Untergrund Afrikas: In Libyen werden militante Oppositions- und Widerstandsgruppen aus etwa 15 afrikanischen Ländern beherbergt, zum Teil auch militärisch ausgebildet. Hauptgegner Libyens in Afrika sind die prowestlichen oder gemäßigten Länder Zaire, Kenia, Senegal, Elfenbeinküste, Togo, Kamerun und Nigeria.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 8 85 714

Chancen der Innovation

„Nichts geht mehr ohne Innovation"; WELT vom 17. Dezember

Einige Ergebnisse der „Elitebefragung", die Professor Wittkämper vom Institut für Innovations- und Kommunikationsforschung Münster im Auftrag der WELT kürzlich durchführte, sind durchaus interessant.

So ist die positive Beurteilung des Innovationsklimas durch die Vorstandsvorsitzenden und Geschäftsführer der größten deutschen Unternehmen ein guter Ausgangspunkt für konstruktive tarifpolitische Gespräche im Jahre 1987. Auch die Einsicht in die Bedeutung von Produkt- und Verfahrensinnovationen bietet die Chance zur Weiterentwicklung der Betriebe und damit zur Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Schließlich ist auch das Modell des dynamischen Unternehmens, das seine Markt- und Wettbewerbssituation durch die Entwicklung seines innovativen Binnenklimas fördert, durchaus diskussionswürdig. Allerdings dürfen die Ergebnisse der „Elitebefragung" und die daraus gezogenen Schlüsse nicht den Blick auf die betriebliche Realität verstellen. Innovativ sein heißt heute in den meisten Betrieben immer noch, die Folgen von Rationalisierungsinvestitionen abzufangen.

Ziele einer solchen Prozeßinnovation sind zumeist die Einsparung von Zeit und Kosten, insbesondere von Lohnkosten. Das Konzept der arbeitnehmerorientierten Prozeßinnovationen bedeutet hingegen, Nutzungskonzepte für den Technikeinsatz zu entwickeln, die von der tayloristischen Arbeitsteilung wegführen, hin zu einem Produktionsprozeß, der als ein in Arbeitsgruppen gegliederter Lernprozeß organisiert ist, in dem der qualifizierte Arbeitnehmer wieder Mittelpunkt der Produktion ist.

Da viele der neueren Technologien und Produkte nicht nur Auswirkungen auf die Zahl und Qualität der Arbeitsplätze haben, sondern auch Konsequenzen für die Lebensbedingungen außerhalb von Fabrik und Büro nach sich ziehen, muß außerdem verstärkt geprüft werden, was und wofür produziert wird.

Es geht also auch darum, gemeinsam mit den von technisch-wirtschaftlichen Veränderungen Betroffenen nach Produkten und Produktionsverfahren zu suchen, mit denen sowohl Arbeitsplätze erhalten als auch Arbeits- und Lebensbedingungen dauerhaft verbessert werden können.

Hierfür bieten sich zahlreiche Ansatzpunkte bei neuen rohstoff-, energie- und umweltschonenden Technologien, durch die Arbeitsplätze in großer Zahl geschaffen werden und gleichzeitig Lebenshaltungskosten in Arbeitnehmerhaushalten (zum Beispiel Heizkosten) sowie Gesundheitsrisiken verringert werden können.



Siegfried Bleicher

Siegfried Bleicher,
Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied IG-Metall,
Frankfurt

Erschüttert

„Tauziehen um ein altes Sonderrecht des DGB"; WELT vom 23. Dezember

Ich hätte eine derartige Ungeheuerlichkeit nicht für möglich gehalten und bin erschüttert: Eine Gruppe, die weder politisch noch weltanschaulich neutral ist und nur höchstens ein Drittel der Arbeitnehmer vertritt, hat mehr als ein unverbindliches Vorschlagsrecht!

Dr. Klaus Hardebeck,
Hermannsburg

Wort des Tages

»Patriotismus ist die Liebe zu den Seinen. Nationalismus ist der Haß auf die Anderen.«

Romain Gary, französischer Autor (1914–1980)

Zur Ablenkung?

„Ein sanftmütiger Kämpfer kehrt ungebrochen nach Moskau zurück"; WELT vom 24. Dezember

Sehr geehrte Redaktion,

Sacharow wird nun voraussichtlich Interviews am laufenden Band geben, was von der sowjetischen Führung insgeheim freudig begrüßt werden wird. Denn damit lenkt sie die Aufmerksamkeit der freien Welt auf sich und von den unzähligen politischen Verbannten in den GULags, den sowjetischen Konzentrationslagern, ab, um die sich keine empörte Lobby lautstark bemüht.

In der freien Welt wird nun der Eindruck entstehen, daß auch in der Sowjetunion letztlich Demokratie und Rechtsstaat obsiegt haben, ein durchaus beabsichtigter Effekt. Denn eine vorsätzliche Ungerechtigkeit durch Ungleichbehandlung kann man sich hier schwerlich vorstellen.

Die Sowjetunion kann sich einen frei umherlaufenden Sacharow als Feigenblatt ihrer Toleranz gut leisten – mehr Liberalität darf von ihr aber nicht erwartet werden.

Mit freundlichen Grüßen
Victor Hölterling,
Ludwigsburg

*

Sacharows Rückkehr nach sieben Jahren Verbannung ohne Gerichtsurteil, ohne Rehabilitierung und materielle Wiedergutmachung wirft die Frage auf: Was muß das für ein Regime sein, das seine Kritiker „in die Wüste" schickt und freiläßt, wenn es ihm politisch nützt? Mehr noch: Was für eine Welt, die über Genugtuung der Freilassung das unsagbare seelische und körperliche Leid der Betroffenen vergißt.

Walter Kettmann,
Neu-Isenburg 2

Ohne Vielfalt

„Beim Pilotprojekt bleiben viele auf der Strecke"; WELT vom 8. Dezember

Der vorletzte Satz in dem Artikel des Herrn Neander über das Pilotprojekt Ludwigshafen: „Fernsehvielfalt ist viel weniger schlimm als befürchtet", kann ja wohl nur als „Freudsche Fehlleistung" bezeichnet werden. Vermutlich wollte der Verfasser damit sagen, daß die Vielzahl der neuen Kabelprogramme in dem Pilotprojekt letztendlich nicht zu dem befürchteten erhöhten Fernsehkonsum der Teilnehmer geführt hat, aber seine Feststellung trifft auch auf etwas ganz anderes zu, daß es nämlich mit der versprochenen Vielfalt der Programmanbieter gar nicht so weit her ist, wie es uns von den Befürwortern der neuen privaten Rundfunkprogramme versprochen wurde.

Betrachtet man die sogenannte publizistische Vielfalt, die uns da von den Verlegern Springer, Bauer, Burda, Holtzbrinck, FAZ, Bertelsmann, Gruner und Jahr, der WAZ-Gruppe und vielen anderen Verlagen mit den Programmen SAT 1 und RTL-plus über das Kabel kommt, kann man dem Verfasser nur zustimmen, daß diese Fernsehvielfalt gar nicht so „schlimm" ist.

Ilse Hoppe,
Ilsede 4

Nicht kapiert

„Blasphemie"; WELT vom 20. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben recht mit Ihrer Kritik: Die schändliche Verunglimpfung der Weihnachtsgeschichte durch Herrn Udo Lindenberg läßt sich nicht als bloße Geschmacklosigkeit abtun. Sie ist niederträchtig.

Herr Lindenberg hält sich selbst für einen Kulturschaffenden. Komischerweise tut das auch ein großer Teil unserer Medien. Daß dies ein handgreiflicher Irrtum ist, sollte nun auch dem letzten Irrenden – Herrn Lindenberg wohl ausgenommen – klar geworden sein. Intoleranz, zumal wenn sie sich in gehässiger Form äußert, und Kultur schließen einander aus.

Vom Kind von Bethlehem mag Herr Lindenberg denken, was er mag und kann. Gedanken sind zollfrei. Er mag das Kind von Bethlehem, weil es sich seinem Verständnis entzieht, auch ablehnen. Wenn er diese Ablehnung jedoch öffentlich äußert, so muß er sich schon der selbstverständlichen Umgangsformen von Menschen guten Willens („bonae voluntatis") bedienen. Das Recht der freien Meinungsäußerung ist kein Freibrief für Gemeinheiten. Das begreifen auch Menschen einfachen Zuschnitts. Herr Lindenberg hat es offenbar noch nicht kapiert. Hier jedenfalls hat er sich in einer Weise geäußert, die denen, die das Dritte Reich erlebt haben, nicht unbekannt ist.

Hoffentlich ziehen unsere Fernsehanstalten die nötigen Konsequenzen nicht nur gegenüber den für die Sendung des Bayerischen Fernsehens Verantwortlichen, sondern auch gegenüber Herrn Lindenberg persönlich.

Rudolf Hüttenmeister,
Butjadingen

Personen

MUSIK

Nach **Clemens Krauss, Willy Boskowsky** und **Lorin Maazel** dirigiert dieses Mal **Herbert von Karajan** die Wiener Philharmoniker beim traditionellen Neujahrskonzert im Großen Musikvereinssaal in Wien. Auf dem Programm des Konzerts, das durch Eurovision direkt übertragen wird, stehen vor allem Werke von Johann Strauß Vater und Sohn, darunter die Ouvertüre der „Fledermaus", der Kaiserwalzer und „An der schönen blauen Donau" sowie die Annen-Polka und der Radetzky-Marsch.

GEBURTSTAGE

Renato Guttuso lebt zurückgezogen in seinem römischen Palazzo. Freunde des bekanntesten lebenden italienischen Malers, der am Freitag 75 Jahre alt wird, berichten, daß der Künstler seit dem Tod seiner Frau Mimise Anfang Oktober fast jeden Kontakt mit der Außenwelt abgebrochen habe. So als wolle er einen Schlußstrich ziehen, hatte Guttuso im November 1986 dem italienischen Staat elf seiner bedeutendsten Werke im geschätzten Wert von 7,5 Millionen Mark vermacht. Darunter



Renato Guttuso

befindet sich das Bild „Kreuzigung" aus dem Jahre 1941, das als Paradebeispiel des Realistischen Expressionismus des sizilianischen Malers gilt. Als „expressiver Schrei der Wut, der Liebe, der Gerechtigkeit" hatte Guttuso damals diese Arbeit bezeichnet, die ihm die Kritik der Kirche zuzog und eine lebhafte Künstlerdebatte auslöste. Der bei Palermo geborene Guttuso stand in seinen Jugendjahren unter dem Einfluß des Kubismus und Expressionismus, suchte dann aber einen eigenen Weg des gegenständlichen Realismus, in den er auch seine „Träume" hineinmalte. Mit deutlichen Einflüssen von Picasso, mit dem er befreundet war, De Chirico als Meister achtend und auf Anregungen durch Werke von Michelangelo, Goya, Géricault und Caravaggio zurückgreifend, hat Guttuso eine realistische Kunst mit sozialkritischen Bezügen geschaffen.

*

Heinrich Fries, katholischer Theologe und emeritierter Professor für Fundamentaltheologie an der Universität München, wird heute 75 Jahre alt. Fries, dem wegen seines ökumenischen Engagements bescheinigt wurde, „Brücken gebaut und Grenzen überschritten" zu haben, lehrte von 1958 bis 1979 an der Universität München. Sein Werk umfaßt mehr als 1000 Veröffentlichungen, darunter 40 Monographien. 1983 legte er zusammen mit dem katholischen Theologen Karl Rahner das Buch „Einigung der Christenheit – reale Möglichkeit" vor, das zu Kontroversen Anlaß gab und gibt. Als eine Zusammenfassung des Wirkens von Fries in Forschung und Lehre erschien 1985 seine „Fundamentaltheologie". Fries gab das „Handbuch Theologischer Grundbegriffe" heraus. Er ist Herausgeber der „Newman-Studien" sowie der Reihe „Wegbereiter und Wege". Als Nachfolger von Karl Rahner, der 1984 starb, betreut Fries die „Quaestiones disputatae", die zu den derzeit angesehensten theologischen Reihen zählt.

EHRUNGEN

Für ihren jahrelangen Einsatz auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung ist in Düsseldorf die Gründerin der „Arbeitsgemeinschaft Sozialpädagogik und Gesellschaftsbildung" (ASG), **Maria Hölters**, mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt worden. Frau Hölters, die am Heiligen Abend ihr 76. Lebensjahr vollendete, nahm die hohe Auszeichnung aus der Hand des nordrhein-westfälischen Kultusministers **Hans Schwier** entgegen.

*

Werner Glesner, Technischer Direktor und stellvertretender Intendant des Saarländischen Rundfunks (SR), ist für seine besonderen Verdienste um die katholische Kirche von Papst **Johannes Paul II.** mit dem Komturkreuz des Silvesterordens ausgezeichnet worden. Der Weihbischof in Trier, **Alfred Kleinermeilert**, wird Glesner den Orden am 7. Januar in Saarbrücken überreichen.

SPORT

Der Bürgermeister von Barcelona, **Pasqual Maragall**, hält große Stücke von deutscher Technologie- und Organisationsvermögen. Vorbild für die Olympischen Spiele 1992



Pasqual Maragall

in der katalanischen Hauptstadt sind für ihn die Olympischen Spiele von 1972 in München. Es war nicht zuletzt seinem Engagement zuzuschreiben, daß seine Stadt vom IOC den Zuschlag erhielt. Im WELT-Report „Katalonien" vom 18. Dezember war leider durch ein Versehen anstelle des Bürgermeisters von Barcelona ein spanischer Politiker abgebildet, der ein Namensvetter Maragalls ist.

WAHL

Der Marburger Soziologe und Dekan des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften und Philosophie an der Philipps-Universität, Professor Dr. **Ralf Zoll**, ist im südfranzösischen Le Lavandou zum Gründungspräsidenten der Europäischen Forschungsgruppe Militär und Gesellschaft gewählt worden. Die sozialwissenschaftliche Vereinigung, der Wissenschaftler aus elf europäischen Ländern angehören, hat es sich zum Ziel gesetzt, Fragen von Sicherheit und Militär, von Konfliktentstehung und Konfliktlösung kontinuierlich und im internationalen Verbund empirisch zu erforschen.

Finitum non capax infiniti
Johannes Calvin

Die Bundeszahnärztekammer hat die traurige Pflicht, mitzuteilen, daß ihr Präsident

Sanitätsrat

Dr. Horst Sebastian

Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse

am 25. Dezember 1986 bei einem tragischen Unfall tödlich verunglückt ist.

Sein rastloser Einsatz für die Zahnärzte, zahnärztlichen Organisationen und Patienten wird uns Vorbild bleiben. Er hat unser Ansehen gestärkt. Seine Arbeit im In- und Ausland prägte Freundschaften. Er hat sich um die Zahnärzteschaft verdient gemacht.

Adolf Schneider
Vizepräsident

Dr. Gallus F. Sauter
Vizepräsident

Prof. Dr. Dr. Peter Schulz
Verbandsdirektor

Die Trauerfeier findet in engstem Familienkreis statt.

Im Sinne des Verstorbenen werden Spenden für das Hilfswerk Deutscher Zahnärzte für Lepra- und Notgebiete erbeten.
Postscheckamt Hannover 5400-301.

In Trauer nehmen Vorstand und Beirat der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung Abschied von ihrem treuen Freund

Sanitätsrat

Dr. Horst Sebastian

Präsident der Bundeszahnärztekammer

Jahrzehntelang galt sein Wirken dem Wohle der deutschen Zahnärzteschaft. Es wird lange dauern, die Lücke, die sein Tod hinterläßt, zu schließen. Gedanken des Dankes und der Freundschaft begleiten in dieser Stunde den Verstorbenen und seine Familie.

Wilfried Schad
Vorsitzender

Dr. Friedrich Albers
Stellv. Vorsitzender

Dr. Burkhard Tiemann
Hauptgeschäftsführer

FUSSBALL

Igor Belanow ist Nachfolger von Michel Platini

sid, Düsseldorf

„Ein Teufelskerl, den man keine Sekunde aus den Augen verlieren darf." Mit diesem Lob bedachte Belgiens Torwart Jean-Marie Pfaff schon Mitte Juni den Sowjetrussen Igor Belanow. Ein halbes Jahr nach dem WM-K.o. der UdSSR, den der Stürmer aus Kiew trotz seiner drei Tore gegen Pfaff beim 3:4 im Achtelfinale von Leon nicht verhindern konnte, wurde Belanow zu „Europas Fußballer des Jahres 1986" gekürt.

Mit 84 Punkten setzte sich der 26jährige bei der alljährlichen Abstimmung der französischen Fachzeitung „France Football" unter Journalisten aus 26 Ländern klar vor Englands WM-Torschützenkönig Gary Lineker (62) und Spaniens Goalgetter Emilio Butragueno (59) durch. Belanow, mit Dynamo Kiew im Mai Europacup-Gewinner, trat die Nachfolge des Franzosen Michel Platini an, der als erster dreimal hintereinander zur Nummer eins in Europa gewählt wurde. Kölns Torwart Harald Schumacher kam mit vier Stimmen auf den 17. Rang.

Daß er einmal in die Fußstapfen seiner berühmten Landsleute Lew Jaschin und Oleg Blochin, Europas Fußballer der Jahre 1963 und 1975, treten würde, hätte Belanow vor einem Jahr nicht im Traum erwartet. Das aus Odessa stammende Talent kann in seiner Karriere keineswegs auf eine schnurgerade Erfolgskurve zurückblicken.

Der Mann, der in Mexiko den Beinamen „Hochgeschwindigkeits-Stürmer" erhielt, war bei aller Begabung eher ein Spätstarter. Am Schwarzen Meer begann Belanows Laufbahn. Nach dem Training bei Tschernomorets Odessa winkten die dortigen Fachleute ab. Das „schmalbrüstige und schmächtige Bürschlein" entsprach nicht ihren Vorstellungen.

Belanow ließ sich nicht entmutigen, spielte weiter in Straßen-Mannschaften. 1981 schaffte er beim früheren Nationaltrainer Nikita Simonjan den Sprung ins Tschernomorets-Team. Vier Jahre später wurde Dynamo Kiew vorstellig. Erneut hatte Belanow zunächst Probleme. „Als ich das erste Training absolviert hatte, wollte ich sofort wieder die Koffer packen. Die anderen hatten mir beim Lauftraining eine Runde abgenommen".

WELT-Interview zum Jahresabschluß mit Teamchef Franz Beckenbauer

„Ehrliche Arbeit in Mexiko ließ Fans die Liebe am Fußball neu entdecken"

● Für den deutschen Fußball geht ein ereignisreiches Jahr zu Ende. Höhepunkt war die Fußball-Weltmeisterschaft in Mexiko, wo die deutsche Mannschaft überraschend ins Finale vorstieß und von Argentinien mit 3:2 besiegt wurde. Selbst Teamchef Franz Beckenbauer (Foto) hatte nicht damit gerechnet, daß der deutsche Fußball so schnell aus der Krise herausfinden würde. Die WELT sprach mit dem Teamchef, der eine Jahres-Bilanz zieht und einen Ausblick wagt. Das Gespräch mit Franz Beckenbauer führte WELT-Mitarbeiter Bernd Weber.



Das Jahr 1986 mit dem Höhepunkt der Fußballweltmeisterschaft in Mexiko war eines in jedem Fall – aufregend bis hochdramatisch sogar. Wenn Sie heute Bilanz ziehen, was steht unter dem Strich?

Beckenbauer: Ungeheure Zufriedenheit. Der zweite Platz, den wir bei der WM in Mexiko geschafft haben, war das Optimale. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß auch immer mehr Leute dabei sind, das zu begreifen.

Auf dem Weg ins Endspiel hat es aber ohne Frage eine Menge unnötiger Querelen gegeben.

Beckenbauer: Das will ich nicht wegdiskutieren. Auch nicht, daß ich die Situation zuweilen dadurch verschärft habe, weil ich zuweilen sehr aus der Haut gefahren bin. Aber wichtiger war doch, daß die Mannschaft zu einem echten Team geworden ist und sich super verkauft hat.

Das wird in der Öffentlichkeit aber offenbar nicht ganz so gewertet. Bei den Wahlen zu den Sportlern des Jahres war kein Fußballer vorn. Und als Mannschaft des Jahres 1986 haben die Journalisten die Fechter gewählt.

Beckenbauer: Es ist zu bezweifeln, ob die Medien immer die Meinung einer wirklich breiten Öffentlichkeit widerspiegeln. Ich will den Erfolg der Fechter weiß Gott nicht schmälern. Aber ich möchte andererseits doch daran erinnern, wie sehr wir in Frankfurt gefeiert worden sind, als wir von Mexiko zurückkamen. Diese Begeisterung hat für meine Begriffe eindeutig aufgezeigt, daß die Fußballfans sehr wohl in der Lage waren, unsere Leistung im ungewohnten Höhenklima von Mexiko richtig einzuordnen. Ich wiederhole noch einmal, was ich schon tausendmal gepredigt habe – den zweiten Platz dort bewerte ich höher, wesentlich höher sogar, als unseren Titelgewinn 1974 im eigenen Land.

Wenn Sie speziell an das Endspiel denken, an den Patzer von Toni Schumacher, der zum ersten Tor führte, an den eigentlich auch völlig unnötigen dritten Treffer der Argentinier – beschleicht Sie da nicht doch manchmal die Wut?

Beckenbauer: Überhaupt nicht. Natürlich mußte die Niederlage nicht sein. Selbstverständlich hätten wir, nachdem wir das 0:2 in ein 2:2 umgebogen haben, gewinnen können. Doch wenn man die Dinge mit dem jetzt vorhandenen zeitlichen Abstand und fair betrachtet, kann man nur zu dem Schluß kommen, daß Argentinien verdient Weltmeister geworden ist. Über die gesamte Distanz waren die Südamerikaner die beste Mannschaft. Sie hatten mit Diego Maradona den auffälligsten Individualisten in ihren Reihen. Sie haben ungeheuerlich konsequent und wuchtig gespielt, den modernsten Fußball eben. Insgesamt, das möchte ich auch noch einmal heraussstellen, haben wir eine faszinierende WM erlebt.

Die auch ihre Ausstrahlung auf die Bundesliga gefunden hat?

Beckenbauer: Wer das ernsthaft bestreiten wollte, dem ist nicht zu helfen. Ich habe jedenfalls in dieser Meisterschaftsserie viele hervorragende Spiele gesehen. Ich habe erlebt, wie das Publikum seine Liebe zum Fußball neu entdeckt hat. Daß die Zuschauerzahlen klar nach oben gegangen sind, ist in erster Linie das Ergebnis unserer ehrlichen Arbeit in Mexiko.

Und es ist die Basis für Sie gewesen, Ihren Vertrag beim DFB bis 1990 zu verlängern?

Beckenbauer: Ich hatte lange Zeit Zweifel, ob ich diesen Schritt tun sollte. Und es ist ja auch kein Geheimnis, daß vor allem der DFB-Präsident Hermann Neuberger mich gedrängt hat, weiterzumachen. Aber entscheidend war ein anderer Punkt: Es wäre einfach unlogisch gewesen, nach der Europameisterschaft 1988 Schluß zu machen und dann einem Nachfolger aufzubürden, innerhalb von zwei Jahren ein schlagkräftiges WM-Team aufzubauen. Der Neuaufbau muß sozusagen aus einem Guß erfolgen. Da bringt es nichts, auf halber Strecke halt zu machen.

Das heißt in der Konsequenz, die EM ist, wenngleich sie im eigenen Lande stattfinden wird, nur eine Zwischenstation zur WM 1990 in Italien?

Beckenbauer: Genauso sehe ich es. Wobei natürlich trotzdem klar ist, daß wir 1988 alles daransetzen werden, den Titel zu holen.

Sie sprachen vom Neuaufbau. Ist denn das Spielerreservoir groß genug, um ihn mit Erfolg in Angriff zu nehmen?

Beckenbauer: Was für eine Frage. Wir haben mit Lothar Matthäus den Mann, der zwar nicht unbedingt Spielmacher, aber auf Jahre hinaus der Chef in der Nationalmannschaft sein kann. Daß der Lothar bei Bayern verlängert hat, daß er mir also weiterhin uneingeschränkt zu Verfügung stehen wird, war – sportlich gesehen – das schönste Geschenk zum Abschluß dieses Jahres. Wir haben mit Thomas Berthold, mit Uwe Rahn, mit Wolfram Wuttke, mit Olaf Thon, mit Herbert Waas und Jürgen Kohler, um nur einige Namen zu nennen, Spieler im allerbesten Fußballalter. Sie sind aber noch längst nicht ausgereift. Wir brauchen überhaupt keine Zukunftsangst zu haben.

SPORT-NACHRICHTEN

Galopprennen: Absage

Düsseldorf (sid) – Die für kommenden Sonntag in Neuss vorgesehenen Galopprennen wurden abgesagt. Ausschlaggebend war das unzureichende Nennungsergebnis. Schon für Silvester und Neujahr in Neuss und Dortmund hatten die Rennvereine mühsam starke Starterfelder zusammengebracht.

Lendl weiter vor Becker

Arlington (dpa) – In der neuesten Tennis-Weltrangliste gab es an der Spitze keine Veränderungen: Ivan Lendl (CSSR) ist weiterhin die Nummer eins vor Wimbledonsieger Boris Becker aus Leimen. Die Preisgeldliste führt ebenfalls Lendl mit 1 987 537 Dollar vor Becker mit 1 434 324 Dollar an.

Burgsmüller verlängerte

Bremen (sid) – Der 37 Jahre alte Stürmer Manfred Burgsmüller wird seinen zum Saisonende beim Fußball-Bundesligaklub Werder Bremen auslaufenden Vertrag um ein weiteres Jahr verlängern. Mit Sidka, Herrmann, Ordenewitz und Schaaf verhandeln die Bremer noch über Vertragsverlängerungen.

Italien: Geld genehmigt

Rom (dpa) – Die italienische Regierung hat umgerechnet rund 920 Millionen Mark zum Ausbau und zum Neubau von Sportstadien in den zwölf Stadien zur Verfügung gestellt, in denen 1990 die Spiele der Fußball-Weltmeisterschaft stattfinden. Die Genehmigung des Geldes erfolgte als letzter Punkt der letzten Kabinettssitzung dieses Jahres.

CSSR besiegt Kanada

Calgary (sid) – Ex-Weltmeister CSSR bezwang beim „Canada-Cup" in Calgary Gastgeber Kanada mit 6:3 (3:1, 1:1, 2:1). In der Olympiastadt der Winterspiele 1988 setzten die Tschechoslowaken vor allem auf Nachwuchsspieler.

ZAHLEN

TENNIS

Damen-Turnier in Brisbane, zweite Runde: Balestrat (Australien) – Betzner (Bundesrepublik Deutschland) 6:1, 6:1. Kelesi (Kanada) – Porwick (Bundesrepublik Deutschland) 6:2, 4:6, 6:4.

VOLLEYBALL

Vierländer-Turnier in Hamburg: Bundesrepublik Deutschland – Polen 1:3 (12:15, 7:15, 15:11, 4:15), damit Polen Turniersieger vor der Bundesrepublik.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 616 732,60 Mark, 2: 78 865,00, 3: 6356,70, 4: 110,10, 5: 8,70. – **Toto:** 1: 30 860,30, 2: 817,40, 3: 57,80. – „6 aus 45": 1: unbesetzt, Jackpot: 151 312,05, 2: 25 218,60, 3: 4728,50, 4: 58,90, 5: 5,70. – **Rennquintett:** Rennen A: 1: 1643,10, 2: 186,70. – Rennen B: 1: 139,20, 2: 101,40. – Kombinationsgewinn unbesetzt, Jackpot: 8215,60.

(Ohne Gewähr)

EISHOCKEY / Leiser Abschied des Torwart-Stars Jiri Kralik in Rosenheim

Nachfolger Karl Friesen übernahm die komplette Luxuswohnung und das Auto

M. STOESSINGER, Rosenheim

Mit offenen Armen, einer Luxuslimousine und einer Komfortwohnung war er vor eineinhalb Jahren empfangen worden. In einem Zweiter-Klasse-Abteil der Deutschen Bundesbahn, Frau und Kinder auf den Nebensitzen, die Illusionen im Gepäcknetz, vollzog sich am 20. Dezember sein Abgang. Jiri Kralik ist heimgekehrt nach Gottwaldov in die Tschechoslowakei. Und wenn in diesen Tagen alle Welt vom guten und erfolgreichen Neuen Jahr spricht, gute Vorsätze 1987 verwirklichen will, so muß dies dem 35 Jahre alten Eishockey-Torhüter wie Hohn vorkommen.

Erfolgreiches Neues Jahr? Vielleicht doch nicht einmal so zynisch, wie es zunächst klingt. Denn für Kralik kann es nur besser werden. Der Mann, der am 3. Mai 1985 mit der CSSR in Prag den langgehegten Traum vom sechsten Weltmeistertitel wahrmachte, wurde in Rosenheim ausgemustert, ohne je Vorwürfe gehört zu haben.

Mit 35 Jahren aber ist er in seiner Sportart an jener Schwelle, wo man schnell in Vergessenheit gerät, wenn man allzu lange aus dem Geschäft ist. Und ob er noch einmal in den Westen darf – ursprünglich hatte er drei Jahre bleiben wollen – ist mehr als fraglich.

Kraliks Abschied ging unter in der Euphorie und Freude um die Rückkehr von Karl Friesen, der im Gegensatz zu Kralik aus sportlichen Gründen in den USA bei den New Jersey Devils scheiterte. Unter ging auch, daß der Tschechoslowake nun sportlich isoliert ist. Denn vor zwei Jahren hat der tschechoslowakische Verband verfügt, daß Rückkehrer während einer laufenden Meisterschaftssaison wegen der Wettbewerbs-Verzerrung nicht mehr eingesetzt werden dürfen. So muß sich Kralik Monate lang auf das Training beschränken.

Nicht gut, nicht schlecht: Keine der üblichen Bewertungen gab den Ausschlag für die Trennung vom Sportbund Rosenheim kurz vor Weihnachten. Der zeitweise kriselnde Verein war auf der Suche nach einer guten Zukunft einfach in der Vergangenheit fündig geworden, holte mit Karl Friesen jenen Mann zurück, mit dem die beiden Meistertitel 1982 und 1985 verbunden sind.

Seit Saisonbeginn schon kursierte das Gerücht, der Publikumsliebling würde zurückkehren. Das Trikot für Friesen war längst angefertigt, als Kralik über seine Ausmusterung in Kenntnis gesetzt wurde. Niemand konnte ihm in die Augen schauen, als er die Kabine und anschließend die Wohnung in Schloßberg räumte. Es war kein Platz mehr für den untadeligen, integren Kralik. Denn mit der Rückkehr von Friesen wurde zugleich ein Problem gelöst, das unter den Nägeln brannte. Neben Kralik standen dessen Landsmann Vincent Lukac und der Kanadier Ron Fischer unter Vertrag. Drei aber sind nach den Verbands-Statuten einer zuviel.

„Ich bin sehr enttäuscht", waren vier der wenigen Worte, die der wie Friesen zurückhaltende Kralik verlor, als er mit seiner Familie in das Hotel „Schweiger Hof" übersiedelte. Am gleichen Tag noch zog Friesen in Kraliks Wohnung ein, übernahm von der Polstergarnitur bis zur Spülmaschine alles und vier Tage später auch die Limousine – als der Kollege endgültig die Republik verließ.

Todenhöfer weist den Vergleich mit Goebbels zurück

DW. Hamburg

Mit der Bemerkung: „Der getroffene Hund bellt", hat Jürgen Todenhöfer, Abrüstungsexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die massiven Angriffe der „Prawda" gegen ihn zurückgewiesen. Die sowjetische Parteizeitung hatte Todenhöfer in ihrer Montagsausgabe als „würdigen Schüler" Goebbels bezeichnet. Den Vergleich mit dem nationalsozialistischen Propagandaminister traf „Prawda" nach Todenhöfers Äußerungen zur Afghanistan-Frage, die in Anzeigen deutscher Tageszeitungen – unter anderem auch in der WELT – zu lesen waren.

Auf die weltweite Kritik an ihrem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Afghanistan reagiere die UdSSR „wie ein ertappter Sünder", meinte Todenhöfer. Seiner Ansicht nach ist die überwiegende Mehrheit des sowjetischen Volkes im Gegensatz zum Politbüro der KPdSU gegen den Krieg in Afghanistan.

Iran-Affäre: Idee für Contra-Hilfe aus Israel?

dpa. Washington

Der im Zusammenhang mit der Iran-Affäre entlassene Oberstleutnant North soll die Idee für die Abzweigung von Profiten aus dem US-Waffengeschäft mit Iran von einem hohen israelischen Regierungsbeamten übernommen haben. Die „New York Times" berichtete am Dienstag, Justizminister Meese habe vor einem Kongreßausschuß erklärt, North habe ihm gegenüber entsprechende Aussagen gemacht. Israel hat mehrfach energisch bestritten, in die Umleitung von Geldern an die Contras in Nicaragua verwickelt zu sein.

Das Blatt meldete unter Berufung auf Kreise des Kongresses und des Justizministeriums, Meese habe ausgesagt, daß North ihm von einem Treffen mit dem israelischen Beamten vor etwa einem Jahr berichtet habe. Mehrere Informanten der Zeitung wollen sich daran erinnern, daß Meese den Namen des Israeli als David Kimche identifiziert habe.

Partnerschaften bleiben die „Ausnahme"

dpa. Eppelborn

Der Stand der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" gestatte es nicht, „in breitem Rahmen Städtepartnerschaften und kommunale Kontakte herzustellen und zu pflegen". Dies hat die Ständige Vertretung der „DDR" in Bonn dem Bürgermeister der saarländischen Gemeinde Eppelborn (Kreis Neunkirchen), Fritz Hermann Lutz, mitgeteilt. Die Aufnahme von Partnerschaften zwischen Städten in der „DDR" und der Bundesrepublik sei „deshalb nur als Ausnahmeregelung zu verstehen". Lutz hatte sich um eine Partnerschaft mit einer „DDR"-Gemeinde bemüht. In dem Schreiben hieß es, die „DDR" stehe kommunalen Kontakten grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber. Die Anknüpfung solcher Kontakte müßten „jedoch stets in den Gesamtzusammenhang der zwischenstaatlichen Beziehungen eingeordnet werden".

ADN meldet Herztod eines „DDR"-Reisenden

DW. Berlin

Ein 57jähriger Bürger aus der Bundesrepublik Deutschland ist nach einer Meldung der Ostberliner Nachrichtenagentur ADN am späten Montag nachmittag kurz nach der Einreise in die „DDR" an der Grenzübergangsstelle Wartha einem Herzinfarkt erlegen. Trotz sofortiger medizinischer Hilfe für den Reisenden, dessen Namen ADN mit Rolf Pelling angab, habe nur noch der Tod des Mannes festgestellt werden können, berichtet die Agentur.

Der Vorfall erinnert an den mysteriösen Herztod des Berlin-Reisenden Rudolf Burkert in einer „DDR"-Kontrollstelle am Übergang zu West-Berlin am 10. April 1983. Damals erklärte das Ostberliner Außenministerium, der Mann sei an Herzversagen gestorben. Bei einer späteren Untersuchung im Institut für Rechtsmedizin in Hamburg wurden allerdings fünf Verletzungen festgestellt, unter anderem eine Platzwunde am Kopf.

Den sowjetischen Bürgern verschweigen die Medien die Rückkehr Sacharows

Moskau benutzt Zeitungen im Westen als Sprachrohr / Vision von Meinungsfreiheit

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Während die westlichen Medien überschwenglich die Rückkehr des 65jährigen Atomphysikers Andrej Sacharow aus fast siebenjähriger Verbannung nach Moskau feiern, während der Nobelpreisträger seitdem die Schlagzeilen der westlichen Presse beherrscht und Interviews von ihm auf fast allen Fernsehkanälen der Welt ausgestrahlt werden, erfahren die sowjetischen Bürger von all diesen Vorgängen nichts.

Sie wissen bis heute auch nicht, daß Sacharow ungebeugt weiterhin seine Stimme gegen die Menschenrechtsverletzungen in der UdSSR erhebt; ebenso nicht, daß er den Krieg in Afghanistan geißelt und sich tief betroffen über den Tod Martschenkos zeigt. Die Nachrichten für die Bürger der Sowjetunion werden weiterhin gefiltert, sie selbst „unmündig" gehalten.

Nur eine kurze Meldung von der Rückkehr Sacharows ging am 19. Dezember über Tass. Die sowjetischen Zeitungen haben bis heute diese Tass-Meldung nicht veröffentlicht. Auch das Sowjetfernsehen ignorierte die Rückkehr des Bürgerrechtlers.

Unfälle verheimlicht

Die Verheimlichung von „gewissen" Ereignissen, zum Beispiel von Unfällen oder zumindest Unfallursachen und die Zahl der Opfer ist weiterhin die Regel. Eine Regel, die nur ganz sporadisch durchbrochen wird.

Trotz alledem hat es die Führung in Moskau erreicht, daß in vielen Köpfen im Westen derzeit die Vision herumgeistert, die Sowjetunion entwickle sich zu einem Staat, in dem Meinungsfreiheit herrsche. Hier zeigen sich offenbar erste Erfolge des Bemühens, die Interessen Moskaus verstärkt in westlichen Medien darzustellen.

Seit kurzem tauchen dort immer häufiger sowjetische Versatzstücke auf: Generalstabschef Achromejew gab dem „Stern" jüngst ein Interview, Walentin Falin, der Nowosti-Direktor, bedient sich neuerdings häufig des „Spiegel", und in der „Times" las man in der vergangenen Woche eine Stellungnahme des sowjetischen Generalmajors Rair Simonjan zu SDI. Von anderen westlichen Zeitungen wie der „New York Times", „USA Today" und dem englischen „Guardian" weiß man, daß sie des öfteren Leserbriefe von Nowosti erhalten, die von Fall zu Fall abgedruckt werden.

Die Erfahrungen westlicher Journalisten im Osten sprechen allerdings gegen die Vision einer „anbrechenden Meinungsfreiheit". Denn während sowjetische Korrespondenten ungehindert auf allen westlichen Medienklaviaturen klimpern können, bleiben den Journalisten aus dem Westen nicht nur in der UdSSR, sondern in allen sozialistischen Ländern noch immer viele Informationswege verschlossen. Anstelle von Meinungsfreiheit herrscht im sozialistischen Lager nach wie vor absoluter Meinungszwang.

Immer noch gelten die Regeln Lenins, der die drei politischen Funktionen für die Presse nannte, die inzwischen auf allen sowjetischen (und sozialistischen) Medien übertragen worden sind: Agitation, Propaganda, Organisation. Die Information ist nach Lenins Auffassung „Agitation durch Tatsachen". Die Auswahl der Nachrichten muß „wissenschaftlich" und stets „parteilich" sein.

Die sowjetische Führung fürchtet nach wie vor Journalisten wie Spione und unkontrollierte Nachrichten wie Dynamit. Alle Interviews, jeder Dialog mit dem Westen, wird von der „gesellschaftlichen" Agentur Nowosti (APN) gesteuert. Sie gibt sich als von vier sowjetischen Organisationen gegründete und unterhaltene Nachrichtenagentur aus. In Wirklichkeit betreibt sie Auslandpropaganda.

Nowostis Imagepflege

Die im Statut der Agentur vorgesehene Versorgung sowjetischer Medien mit Nachrichten über das Ausland spielt nur eine Nebenrolle. Nowosti geht es vor allem um das Image der Sowjetunion im Ausland. Dieser Imagepflege dienen auch rund 30 Zeitschriften, fünf Zeitungen und 25 Bulletins.

Seit 1973 erscheinen Zeitschriften in deutscher, englischer, französischer und spanischer Sprache, ebenso werden sie in tschechischer und ungarischer Sprache gedruckt. Kritik an innersowjetischen Verhältnissen sucht man darin vergebens.

An der Spitze von Nowosti steht seit Frühjahr 1986 Gromykos Musterschüler, der frühere Sowjetbotschafter in Bonn, Walentin Falin. In einer sowjetischen Buchveröffentlichung heißt es über die Agentur Nowosti (APN): „Indem sie die Devise der APN-Information für den Frieden, für die Freundschaft unter den Völkern verwirklichen, sehen die Journalisten der Agentur ihre Pflicht darin, die Maßnahmen des sozialistischen Fortschritts zu entlarven, unabhängig davon, ob es sich um gewöhnliche bourgeoise Sowjetfeinde oder neumodische Verleumder handelt."

Union bietet DGB „konstruktiven Dialog" an

UR. Bonn

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat an die Gewerkschaften appelliert, mit der Bundesregierung im kommenden Jahr „konstruktiv" zusammenzuarbeiten und in diesem Zusammenhang gefordert, der DGB müsse auf „parteipolitische Einseitigkeiten" verzichten. Rudolf Seiters, Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion, zeichnete ein positives Bild der Situation der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. Diese erwarteten 1987 „eine Fortsetzung des wirtschaftlichen Wachstums bei stabilen Preisen, steigendem Realeinkommen und zunehmender Beschäftigung". Seiters wies darauf hin, daß Umfragen und Wirtschaftsdaten die optimistische Grundhaltung „gerade auch bei den Arbeitnehmern" stützten.

Die DGB-Führung sei aufgefordert, „diese Entwicklung nicht durch ideologische Forderungen zu gefährden oder zu bremsen". Ohne den Namen des IG Metall-Chefs Steinkühler zu nennen, warnte Seiters vor der „Drohung mit Streiks".

Dagegen bemühte sich die IG Metall in einem Flugblatt ein negatives Bild der Situation der Arbeitnehmer zu zeichnen, um damit ihre Forderung nach der 35-Stunden-Woche und gegen die Flexibilisierung der Arbeitszeit zu untermauern. Unter der Überschrift „Auf ein Wort, liebe Mitbürger!" werden in einem Flugblatt eine Reihe von „Übeln" in der Arbeitswelt aufgeführt. Darunter die Belastungen am Arbeitsplatz und, bedingt durch Mikroelektronik und Computer, „größere Monotonie" und „Bewegungsarmut". Zur Flexibilisierung heißt es, „Arbeitnehmer sollen flexibel nach den Wünschen der Unternehmen arbeiten".

Positive Berichte über Reagan sind selten geworden

dws. Washington

Für Ronald Reagan war 1986 nicht das beste Jahr. Der Präsident, der noch am 4. Juli beim 100jährigen Jubiläum der Freiheitsstatue patriotische Hochgefühle weckte und auf sich konzentrieren konnte, bewegte sich am Jahresende deutlich auf durchschnittlichem Niveau.

Wollte die amerikanische Öffentlichkeit einst nur die positiven Seiten dieses Mannes sehen, so interessiert sie sich jetzt für seine Unzulänglichkeiten, für seine Schwächen.

Dabei ist die Bilanz, die die Reagan-Regierung für 1986 vorzuweisen hat, nicht ohne positive Aspekte. Die Inflationsrate, die beim Amtsantritt Reagans noch über zwölf Prozent lag, ist auf fast Null gesunken, und die Arbeitslosenquote ging übers Jahr langsam weiter zurück.

All dies verblaßte jedoch am 4. November, dem Tag, an dem Reagan bei den Wahlen zum Kongreß nicht nur die Mehrheit im US-Senat verlor, sondern auch eingestehen mußte, daß die Meldungen stimmen, nach denen Amerika mit Zustimmung des Präsidenten Waffen an den Iran geliefert habe. „Die Blaskapelle hörte plötzlich auf zu spielen", wie es eine Schlagzeile in der „Washington Post" formulierte.

Die Kommentare, die ihn verteidigen, sind seltener geworden. An politischen Stammtischen in der amerikanischen Hauptstadt wird sogar diskutiert, ob Ronald Reagan nicht gut beraten wäre, von sich aus zugunsten seines Vizepräsidenten George Bush zurückzutreten. Niemand nimmt solche Diskussionen wirklich ernst, aber sie zeigen, wie tief der Sturz des Ronald Reagan bereits ist.

(SAD)

Peking: Die meisten Studenten sind Patrioten

DW. Peking

In Peking ist es in der Nacht zum Dienstag wieder zu einer Studentendemonstration gekommen. Nach Angaben von Augenzeugen hatten sich bis zu 600 Hochschüler sowie mehrere Lehrer auf dem Universitätsgelände versammelt. Ein starkes Aufgebot bewaffneter Polizisten habe die Demonstranten jedoch daran gehindert, das Gelände zu verlassen. Nach Angaben des Pekinger Erziehungsministeriums haben sich an den Demonstrationen der vergangenen Tage rund 40 000 Studenten beteiligt. Dabei hätten sich zwar einige durch Emotionen und radikales Verhalten hervorgetan, die meisten Demonstranten seien jedoch Patrioten, die gewillt seien, sich der Modernisierung Chinas zu verschreiben, sagte der stellvertretende Leiter des Ministeriums und frühere Erziehungsminister He Dongchang. Einige der Studenten hätten einer „Verwestlichung" Chinas das Wort geredet und einige andere die „Viererbande" um die Witwe des verstorbenen Vorsitzenden Mao Tse-tung gelobt. Die Frage, ob gegen „konterrevolutionäre" Studenten Ermittlungen eingeleitet werden sollten, stelle sich jedoch „absolut nicht". Die Politik der Regierung bestehe darin, die Studenten „zu erziehen, zu beraten". Die kleine Minderheit der Demonstranten, die gegen die Verfassung verstoßen habe, werde bestraft. Studenten seien nicht darunter. He kündigte an, das Ministerium werde die ideologische Erziehung intensivieren. China werde jedoch an seiner Linie der Öffnung und der Reformen festhalten. Er bestätigte Gerüchte, wonach für den Neujahrstag wieder Demonstrationen geplant sind. Anträge auf eine Genehmigung lägen derzeit nicht vor.

Zwei Boulevard-Radios im Norden

mj./hs. Hannover/Hamburg

Mit einem Druck auf den Knopf gibt Bürgermeister Klaus von Dohnanyi heute um elf Uhr den Sendebetrieb für „Radio Hamburg" (RH) frei. Der erste Privatsender der Hansestadt will ein „Begleiter durch den Tag" sein; das Angebot richtet sich vornehmlich an die Gruppe der 15 bis 45 Jahre alten Hörer. Schwerpunkt ist die internationale Popmusik.

Der Sender, hinter dem Zeitungs- und Zeitschriftenverlage Hamburgs stehen, strahlt sein 24-Stunden-Programm zunächst über die UKW-Frequenz 95 MHz (100 Watt) aus. Vom 1. Juli an wird RH mit der deutlich höheren Leistung von 80 Kilowatt auf 103,6 MHz von Flensburg bis Hannover und von Wilhelmshaven bis Schwerin zu hören sein.

„Heiß und kalt"

Am Jahresletzten zur Mittagsstunde beginnt auch „Radio FFN" in Hannover. Heute, das hat der Rundfunkprofi Torsten Römling deshalb „in den Knochen", wird ihm beim Anblick des Mikrophons „heiß und kalt werden wie lange nicht mehr". Diese Erregung soll sich ausbreiten über Niedersachsen, auf UKW zwischen 100 und 104 MHz.

Die neue Welle aus dem Privatfunkhaus in Isernhagen muß „ansteckend" sein, verlangt Programmdirektor Römling sich selbst und seinen 25 Redakteuren ab. Es gilt einen Platz am nun eröffneten Rundfunkmarkt Niedersachsen, in Werbeeinnahmen-Konkurrenz hauptsächlich zum NDR, zu erobern. In drei bis vier Jahren möchten die Gesellschafter der Funk und Fernsehen Nordwestdeutschland GmbH (FFN), 56 Zeitungs- und 17 Zeitschriftenverlage aus Niedersachsen, schwarze Zahlen sehen.

Aufbruchstimmung, angesammelt in wochenlanger Programmsimulation, soll zum Ausbruch kommen, wenn FFN um zwölf Uhr mittags „plötzlich da ist". Der Chef selbst mischt auf im Rhythmus der jüngsten dreißig Jahre und versucht einen Sender-eigenen Witz- und Komik-Stil.

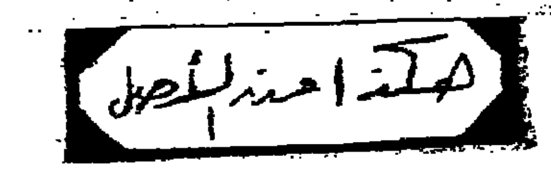
Radio FFN will, wie RH, vor allem Hörer zwischen 15 und 45 Jahren gewinnen; die FFN-Mannschaft selbst zählt im Durchschnitt 30 Jahre. Vom 2. Januar an alltägliche sieben Magazinblöcke reichen vom „Frühstart" bis zur „Nachtschicht". Ähnlichkeiten mit quicklebendigen anderen Programmen sind nicht rein zufällig. Römlings Stellvertreter Oliver Thoma wurde von Rias 2 eingekauft; von SWF 3 ist Gerd Leienbach zugewandert, Erfinder der Radio-Comicfiguren aus Baden-Baden.

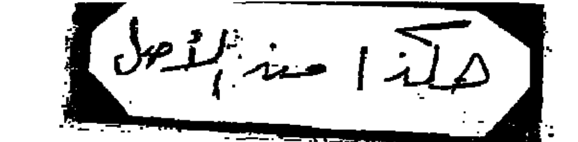
Über den Ernst des Lebens gibt's stündlich, morgens halbstündlich Nachrichten, zudem mittags und am frühen Abend den „Extrakt" mit Korrespondentenberichten zu Tagesthemen „aus Hannover, Bonn oder Honolulu". Wichtige Meldungen haben gleiche Dringlichkeit wie Verkehrsinformationen: „Sofort raus." So will „Radio FFN" der Konkurrenz eine Nasenlänge voraus sein; eben eine aktuelle „Radio-Zeitung im gehobenen Boulevardstil".

„Stimmen-Quiz"

Allabendlich um zehn, samstags nachmittags hat der Sport das Wort. „Die Sendung mit der Kirche" prägt den Sonntagmorgen vor neun, zwei Drittel evangelisch, eines katholisch. Drei Minuten sind das Höchstmaß jedes Wortbeitrags.

Für die Messung des Hörer-Erfolgs hat FFN sich ein täglich ausgestrahltes „Stimmen-Quiz" ausgedacht. In wöchentlichem Wechsel soll, mit Kreuzchen auf einer FFN-Quizkarte, unter mehreren Möglichkeiten eine hinreichend bekannte Stimme identifiziert werden. Erhältlich und abzugeben sind die Karten, so ist die Planung, bei den niedersächsischen Lotto-Annahmestellen. Was es zu gewinnen gibt? Für den Hörer, wenn er richtig tippt, eine Schallplatte.







ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

MÄRKTE & POLITIK

Japan: Erstmalig sind im gestern verabschiedeten Haushalt 1987 Verteidigungsausgaben vorgesehen, die einem Anteil von mehr als einem Prozent am Bruttosozialprodukt entsprechen.

Post: Wie in den Vorjahren sollen laut Minister Schwarz-Schilling auch 1987 die Gebühren für Briefe, Päckchen und Pakete stabil bleiben.

EG-Agrarmarkt: Die Landwirtschaft in der europäischen Gemeinschaft befindet sich nach Auffassung von Ernährungsminister Kiechle immer noch in einer schwierigen Anpassungsphase.

Reiselust: Insgesamt 56 Mill. Passagiere sind 1986 auf den zwölf Flughäfen der Bundesrepublik gestartet oder gelandet. Das sind 2,5 Prozent mehr als 1985.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	29. 12. 86	23. 12. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	157,50	159,00	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	88,00	88,00	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	139,00	133,00	104,00	226,00	84,00

FÜR DEN ANLEGER

WELT-Kurszettel: Wegen Änderungen im weihnachtlichen Flugplan können bis Anfang Januar nur in einem Teil der Auflage die Börsenkurse von New York und Toronto sowie der deutsche Optionshandel aufgenommen werden.

DM-Anleihe: Die Deutsche Bank Finance NV legt zwei Anleihen im Gesamtvolumen von 900 Mill. DM auf. 5,5prozentige Teilschuldverschreibungen über 600 Mill. DM werden zu 101 Prozent aufgelegt. Fälligkeit ist 30. Januar 1992. Für die zweite Tranche 6,25prozentiger Papiere über 300 Mill. DM, Endfälligkeit 30. Januar 1995, wurde ein Ausgabekurs von 100,75 Prozent festgelegt.

Bank of England: Nicht vollständig konnte die 2,5prozentige indexgebundene Anleihe über 600 Mill. Pfund plaziert werden, die im Tenderverfahren angeboten wurde.

Goldkurs
Londoner Vormittags-Fixing
Hoch 8.9.1986 = 419.00 $ je Feinunze
Tief 31.1.1986 = 326.00 $
$ 400 380 360
15 16 17 18 19 22 23 24 29 30
Dezember '86
DIE WELT

WELT-Aktien-Indizes:		
Gesamt:	277,21	(277,84)
Chemie:	167,32	(167,49)
Elektro:	357,15	(357,39)
Auto:	733,52	(740,37)
Maschinenbau:	135,90	(137,30)
Versorgung:	172,13	(172,42)
Banken:	405,13	(405,81)
Warenhäuser:	182,75	(181,81)
Bauwirtschaft:	532,19	(538,93)
Konsumgüter:	180,45	(179,56)
Versicherung:	1371,03	(1365,10)
Stahl:	120,66	(120,83)

Nachbörse: lustlos

Kursgewinner:	DM	+ %
Kolbenschm.	284,00	5,19
Aach.Münch.Vers.	1905,0	4,96
Vögele	112,30	4,95
Frankona Rück.	960,00	4,35
Thuringia Vers.	1690,0	4,32

Kursverlierer:	DM	− %
IVG	193,50	6,07
VGT	221,00	5,96
FAG Vz.	355,00	5,21
Binding Vz.	310,00	4,62
Otavi	105,00	4,46

(Frankfurter Werte)

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Hamburger Sparkasse: Das größte deutsche Sparkasseninstitut ist nicht an einer Beteiligung an der gewerkschaftseigenen Volksfürsorge interessiert. (S. 10)

Nordwest-Einkauf: Die stark vom Baumarkt abhängige Eisen- und Metallwarengemeinschaft hat sich 1986 nach eigenen Angaben gut behaupten können. Einbußen im Baubereich hätten in anderen Sparten ausgeglichen werden können. (S. 10)

Lufthansa: Laut einer Umfrage des Magazins „Capital" bevorzugen deutsche Manager diese Fluggesellschaft. 71 Prozent von 1753 befragten Managern nannten die Lufthansa ihre Lieblingslinie.

Credit Lyonnais: Einen nicht bezifferten Anteil der Telekommunikationsgruppe ITT-Alcatel soll die Geschäftsbank nach Zeitungsberichten übernehmen.

WER SAGT'S DENN?

Die Kunst des Ausruhens ist ein Teil der Kunst des Arbeitens.
J. Steinbeck

Die Bauwirtschaft wird auch in Zukunft ihre Beschäftigung finden

Zentralverband zur WELT: Bei öffentlichen Investitionen gibt es noch großen Bedarf

HANNA GIESKES, Bonn

„Die Realitäten sprechen für uns" – auf diesen Nenner bringt Wolfgang Barke, Hauptgeschäftsführer im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB), seine Sicht über die Zukunft am Bau. Anders als der Sachverständigenrat, der die Branche „ohne rechte Begründung" auf einen absteigenden Ast plaziert habe, glaubt er, daß die deutsche Bauwirtschaft auch in künftigen Jahren ihre Beschäftigung finden wird: „Uns braucht man immer", sagte Barke in einem Gespräch mit der WELT.

Seiner Ansicht nach kann „von einer Marktsättigung am Bau keine Rede sein", denn Sättgung sei immer nur „eine Frage des Preises." Anderslautende Behauptungen findet er unsinnig, „denn dann hätten auch die Hersteller von Radios ihre Produktion in dem Moment einstellen müssen, als jedermann ein Radio hatte". So könne die Tatsache, daß die deutsche Bevölkerung mit Wohnraum hinreichend versorgt sei, nicht als Begründung für die Prognose herangezogen werden, daß der Wohnungsbau, der für die im Zentralverband organisierten, vorwiegend mittelständischen Unternehmen das wichtigste Betätigungsfeld darstellt, in einigen Jahren brachliegen müsse.

„Wohnraum wird immer gebraucht", meint Barke, und er begründet das so: Erstens würden immer wieder überalterte Wohnungen abbruchreif, und zweitens werde die Zahl der Haushalte in den kommenden Jahren kräftig steigen. Drittens wachse der Bedarf an Modernisierungen; schon seit einiger Zeit sei eine Verlagerung vom Neubau in diesen „viel personalintensiveren" Bereich zu registrieren.

Ähnliche Perspektiven bietet nach Ansicht des Zentralverbandes auch der öffentliche Bau: „Unter dem Zwang der Verhältnisse muß da in den kommenden Jahren einiges passieren", meint der ZDB-Hauptgeschäftsführer, so etwa im Straßenbau oder bei Ausbau und Modernisierung von Kanalisationsanlagen. Diesen Zwang begründet er zum einen mit wachsenden Anforderungen an den Umweltschutz, zum anderen aber und vor allem damit, daß besonders die Gemeinden in den vergangenen Jahren ihre Bauinvestitionen drastisch zurückgefahren haben.

Im Bereich der Städtebauförderung sieht Barke ebenfalls noch beträchtlichen Bedarf; er versteht deshalb nicht, warum die Bundesregierung sich nach 1987 aus ihrer Finanzierung weitgehend zurückziehen will. Städtebauförderung sei, wie der Umweltschutz auch, eine Aufgabe, „deren Lösung nicht durch Programme zu haben ist". Derlei berge nämlich immer das Risiko von Strohfeuer-Effekten.

Die Bundesregierung möge außerdem noch einmal über ihren jüngsten Erlaß in Sachen Gewährleistung bei öffentlichen Aufträgen nachdenken, forderte der Bau-Geschäftsführer: Die Ausdehnung von zwei auf fünf Jahre „geht voll zu Lasten der Bauunternehmer". Ihre Gewährleistungsansprüche gegenüber den Lieferanten von Baustoffen verjährten nämlich schon nach sechs Monaten, gibt Barke zu bedenken. Und wenn dann außerdem noch die Gewährleistungsbürgschaften verlängert werden müßten, „dann kann jeder mittlere Bauunternehmer zumachen".

Neue Steuern für Anleger geplant

Zusätzlich zu Disagios bei Zerobonds auch Gewinne aus Optionsscheinen in der Diskussion

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

In Gesprächen zwischen dem Bundesfinanzministerium und den Ländern soll im Frühjahr 1987 geklärt werden, ob bei der Neuemission von Optionsanleihen gewährte Optionsrechte zum Bezug von Aktien und bei Optionsanleihen die Kursdifferenz zwischen dem niedrigen (theoretischen) Erwerbspreis und dem Einlösungspreis als Einkommen versteuert werden müssen.

Die Befürworter einer Besteuerung vertreten die Auffassung, Optionsscheine verkörperten einen zusätzlichen Ertrag zum laufend gezahlten Zins. Andere Fachleute, die den Optionsschein lediglich als verfallbare Chance zum Erwerb von Aktien betrachten, halten eine Besteuerung nur bei Ausübung der Option für gerechtfertigt.

Der Bankenverband, der über dieses Thema schon seit längerem Gespräche mit Bonn führt, plädiert dafür, nur den innerhalb der sechsmonatigen Spekulationssteuerfrist erzielten Gewinn aus dem Verkauf von Optionsscheinen der Einkommensteuer zu unterwerfen sowie bei der Optionsanleihe selbst zeitanteilig die Differenz zwischen Erwerbskurs und dem Veräußerungs- oder Einlösungskurs. Dabei geht der Bankenverband davon aus, daß der Anleger zwei verschiedene Wirtschaftsgüter erwirbt: einmal das Optionsrecht, zum anderen die Anleihe zu dem mehr oder weniger weit unter pari liegenden Marktkurs, der sich ohne Optionsschein ergeben würde.

Für den Zweiterwerber, der eine Optionsanleihe ex Optionsschein am Markt kauft, soll nach Vorstellungen des Verbandes die Kursdifferenz zwischen dem niedrigen Kaufkurs und dem höheren Einlösungs- oder Verkaufskurs ebenfalls steuerpflichtig sein. Das entspricht der für Zerobonds geltenden Regelung.

In einem Erlaß des Bundesfinanzministeriums ist inzwischen auch die von den Finanzverwaltungen überwiegend praktizierte Besteuerung des Emissionsdisagios (bei normalen Kuponanleihen) und des Emissionsdiskonts (bei Zerobonds) einheitlich geregelt worden. Danach ist im Privatvermögen der Emissionsabschlag vom Nennwert als Kapitalertrag zu versteuern, soweit er bestimmte Prozentsätze bei bestimmten Laufzeiten der Emission übersteigt.

Steuerfrei bleibt ein Disagio von einem Prozent bei Anleihelaufzeiten bis zu zwei Jahren, von zwei Prozent bei zwei bis vier Jahren Laufzeit, von drei Prozent bei vier bis sechs Jahren, von vier Prozent bei sechs bis acht Jahren, von fünf Prozent bei acht bis zehn Jahren und von sechs Prozent bei zehn Jahren Laufzeit und länger.

Weiterhin steuerfrei bleibt der Kursgewinn, der am Zweitmarkt beim Erwerb einer traditionellen Kuponanleihe zu einem niedrigen Kurs und dem Verkauf oder Einlösung zu einem höheren Kurs erzielt wird.

Bonn: Keine Abschottung des Fernmeldemarkts

VWD, Bonn

Energisch zurückgewiesen wird in Bonner Regierungskreisen der Vorwurf, die Bundesrepublik schotte den Markt für Fernmeldetechnik gegenüber amerikanischen Gesellschaften ab. Unter Hinweis auf die Gatt-Ausschreibungen wird in Bonn betont, daß sich alle Firmen an diesem System beteiligen könnten. Daß sich der Außenhandel auf diesem Sektor nicht eingleisig vollziehe, beweise der deutsche Import von Telefaxgeräten aus Japan und von Kommunikationstechnik aus Nordamerika. In Bonn wird auf deutsch-amerikanische Gespräche hingewiesen, bei denen festgestellt worden sei, daß bei seriöser Rechnung die USA keineswegs ein Handelsdefizit im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik haben, sondern eher die Bundesrepublik darüber klagen könne.

Die US-Fernmeldebehörde Federal Communications Commission (FCC) hatte zuvor beschlossen, für eine Blockierung des US-Absatzes von Erzeugnissen von ausländischen Telekommunikationsunternehmen zu votieren, deren Heimatländer Angebote der US-Hersteller „diskriminieren". Die FCC schlägt vor, daß ausländische Anbieter von Fernmeldeausrüstungen künftig mitzuteilen haben, welche Ausrüstungen sie in den USA verkaufen. Gleichzeitig sollen US-Fernmeldegesellschaften ihre Käufe aus fremden Ländern mitteilen.

AUF EIN WORT



„Mittel- und langfristig gesehen sind die Chancen der breiten Palette der Wunschenergie ‚Sonne' wesentlich besser als es viele Vertreter der konventionellen Energierichtungen sehen. Mittelfristig sind sie aber auf keinen Fall so gut, wie es die von Euphorie getragenen Verfechter der Solarenergie immer wieder vorbringen."

Ingo Wallner, Geschäftsführer des Bundesverbandes Solarenergie e. V. (BSE), Essen. FOTO: ALPHA

Preise für Rohöl ziehen auf fast 18 Dollar an

dpa/UPI, New York

Der Rohölpreis an den freien Ölmärkten zog zum Wochenbeginn deutlich an, nachdem Saudi-Arabien, Kuwait und Nigeria ihren Abnehmern in den USA mitteilten, daß sie vom 1. Februar 1987 an wieder vertraglich festgelegte Ölpreise verlangen. Britisches Nordseeöl verteuerte sich an den Spotmärkten um 45 Cent auf 17,75 Dollar je Barrel. Ware aus den Vereinigten Arabischen Emiraten legte sogar um 65 Cent auf 16,60 Dollar je Barrel zu.

Am 20. Dezember hatte sich die Opec in Genf nach langen Verhandlungen und fast einjähriger freier Preisgestaltung darauf verständigt, ihre gesamte Ölförderung in der ersten Jahreshälfte um sieben Prozent zu drosseln und einen offiziellen Richtpreis von 18 Dollar je Barrel (159 Liter) einzuführen.

Saudi-Arabien, der größte Opec-Produzent, und Nigeria haben nach Angaben aus der Ölindustrie den Barrelpreis für saudisches Öl (arab light) ab 1. Februar 17,52 Dollar und für nigerianisches Öl (principal bonny light) 18,92 Dollar festgelegt. Kuwait soll japanischen Abnehmern mitgeteilt haben, daß der offizielle Preis zum gleichen Zeitpunkt bei 16,67 Dollar liegt. Die Sowjetunion, die nicht der Opec angehört, kehrt nach Angaben der Ölindustrie ebenfalls zum vertraglich festen Preis von 18,30 Dollar je Barrel für sein Ural-Öl zurück.

USA wollen Exportembargo nach der UdSSR aufheben

Handelskonflikt mit der EG nimmt schärfere Formen an

gb./DW. Washington

Die amerikanische Regierung plant offenbar, das seit acht Jahren bestehende Embargo für den Export von Maschinen und Ausrüstungen zur Öl- und Erdgasförderung in die Sowjetunion in Kürze aufzuheben. Wie in Washington bekannt wurde, wird das Thema gegenwärtig von einer interministeriellen Arbeitsgruppe behandelt, deren Entscheidung Mitte Januar erwartet wird. Einwände gegen eine Aufhebung der Exportkontrollen, so ist zu hören, werden noch vom Verteidigungsministerium geltend gemacht.

Das Embargo hat sich, auch nach Ansicht von US-Experten, als weitgehend wertlos erwiesen, weil sich zur Enttäuschung der Amerikaner weder die westeuropäischen Länder noch Japan dem Lieferstopp anschlossen. Dies hat dazu geführt, daß der amerikanische Anteil an den Exporten solcher Produkte von mehr als 25 auf unter zwei Prozent gefallen ist. Die sowjetische Ölförderung hat unter dem Embargo kaum gelitten.

Im Handelsstreit mit der EG und Brasilien hat sich die US-Regierung offenbar zu neuen Sanktionen entschlossen. Gestern abend schien es sehr wahrscheinlich, daß der Handelsbeauftragte Clayton Yeutter noch vor Mitternacht entsprechende Entscheidungen bekanntgeben würde. Danach planen die USA gegenüber der EG, die Zölle für die Einfuhr von Gin und Cognac um 200 Prozent zu erhöhen. Grund ist, daß heute das am 2. Juli geschlossene Stillhalteabkommen ohne Ergebnis ausläuft, das zwischen beiden Handelspartnern im Zuge des durch die EG-Süderweiterung entstandenen Agrarkonflikts geschlossen worden war.

Druck auf dem Dollar

cd. – Der Dollar hat sich gestern ein wenig erholt. Aber er verharrt immer noch auf dem niedrigsten Niveau seit sechs Jahren; für 1986 summiert sich der Verlust damit auf knapp 21 Prozent. Aus der Dollarschwäche während der letzten Tage kann man sicherlich nicht auf die künftige Tendenz schließen. Dafür ist das Geschäft derzeit einfach zu dünn. Das Pendel kann rasch wieder etwas nach oben ausschlagen.

Denn es ist schon seit Monaten auf eine Diskontsenkung in den USA spekuliert worden, mit der auch eine weitere Dollarabwertung einhergehen würde. Wenn die US-Notenbank nicht bald handelt, werden sich die Baissespekulanten wohl zur Eindeckung ihrer offenen Positionen gezwungen sehen. Und derzeit spricht – vor allem vor dem Hintergrund der starken Geldmengenexpansion – nicht viel dafür, daß die amerikanischen Notenbankiers der Wirtschaft auch noch mit niedrigeren Zinsen unter die Arme greifen werden.

Derartige technische Betrachtungen schließen freilich nicht aus, daß der Dollar auch noch einmal unter Druck kommen kann, solange die US-Handelsbilanz keine nachhaltige Verbesserung signalisiert. Aber die Chancen einer Verringerung des außenwirtschaftlichen Defizits wachsen.

Aus deutscher Sicht wäre das nur zu begrüßen. Zwar wird nur ein kleiner Teil des Exports in Dollar fakturiert, so daß die deutsche Exportwirtschaft trotz Dollarabwertung noch einigermaßen über die Runden kam. Doch könnte ein Ende der Dollarschwäche auch in Europa die Mark von ihrem Aufwertungsdruck etwas befreien.

Im Öl geschwommen

Von JAN BRECH

Die Lage in der deutschen Mineralölindustrie hat sich 1986 merklich gebessert: Die Branche, die in jüngster Vergangenheit hohe Milliardenbeträge in den Sand gesetzt hat, arbeitete seit Herbst 1980 zum erstenmal wieder mit schwarzen Zahlen. Der aufgelockerten Stimmung kann auch der Umstand keinen Abbruch tun, daß in den Jahresbilanzen die Ertragsfortschritte nur bedingt ihren Niederschlag finden werden.

Der Preisverfall bei Rohöl und Produkten macht erhebliche Abwertungen bei den Beständen erforderlich. So wie in Zeiten steigender Preise Scheingewinne die Bilanzen aufschönen, so werden sie jetzt durch Buchverluste optisch eingetrübt.

Der Ölindustrie sind 1986 zwei Entwicklungen zugutegekommen: Sie profitierte von den fallenden Marktpreisen sowie vom Abschluß eines enormen Anpassungsprozesses.

Der Ölindustrie sind 1986 zwei Entwicklungen zugute gekommen. Einmal profitierte sie von den fallenden Preisen auf den internationalen Märkten. Das weltweite Überangebot, neue Formen der Lieferverträge, die das Preisrisiko fast ausschließlich bei den Produzenten belassen, sowie der Dollarsturz haben zu erheblich niedrigeren Einstandspreisen geführt. Kostete 1985 die Tonne Rohöl frei deutsche Grenze im Durchschnitt noch 622 DM, waren es 1986 im Schnitt nicht mehr als 260 DM.

In dieser Phase purzelnder Preise bestätigte sich eine alte Markterfahrung: Je schneller die Preisfront auf der Beschaffungsseite verfällt, desto leichter wird es, die Margen auf der Verkaufsseite aufzubessern. Da die Endverbraucherpreise nur mit Verzögerung zurückgenommen wurden, sprudelten erhebliche Erlösüberschüsse in die Kassen.

Die gefestigte Position verdankt die Branche zum anderen der glücklichen Fügung, daß die Wende am Markt mit dem Abschluß eines enormen Anpassungsprozesses zusammenfiel. Die bis Ende der siebziger Jahre auf Wachstum programmierte Ölindustrie hat sich in den letzten Jahren unter erheblichen finanziellen Schmerzen einer Abmagerungskur unterzogen. Die Kapazitäten, die 1979 mit fast 160 Millionen Tonnen Jahresdurchsatz einen Höchststand erreicht hatten, sind halbiert, der Anteil der Konversionsanlagen, die aus schweren leichte Ölprodukte machen, ist um ein Drittel erhöht worden. Die Organisation wurde unter personellen Opfern gestrafft, die Struktur verästelter und überdimensionierter Vertriebskanäle begradigt.

Wie notwendig der Schrumpfungsprozeß war, belegt sehr deutlich die Absatzentwicklung im Jahr 1986. Selbst bei Preisen, die pro Liter Mineralölprodukt um 30 bis 35 Pfennig unter denen von 1985 lagen, ist der Absatz nicht nennenswert gestiegen. Die Zeiten wachsender Absatzmengen am Ölmarkt sind endgültig vorbei. Darüber täuscht auch nicht hinweg, daß sich der Verkauf 1986 um sechs Prozent auf 108 Millionen Tonnen erhöhte.

Das Plus von vier Prozent bei Vergaserkraftstoff relativiert sich vor dem Hintergrund, daß 1985 der Verbrauch wegen des langen Winters und des regnerischen Sommers sehr niedrig war, und die zusätzliche Menge von neun Prozent beim leichten Heizöl ist nicht verbraucht worden, sondern lagert in den privaten Tanks der vorsorgenden Haushalte. Eine preisbedingte Bedarfssteigerung dürfte es allenfalls bei schwerem Heizöl gegeben haben.

Die Ölindustrie liegt mit der Prognose sicher richtig, wenn sie davon ausgeht, daß der Absatz 1987 eher sinken denn steigen wird. Auch ist ihre Vorsicht bei der Frage begründet, ob der Markt die gewaltigen internen Vorleistungen im nächsten Jahr noch einmal honoriert oder ob er nicht vielmehr neue Anpassungsmaßnahmen verlangen wird. Schon im zweiten Halbjahr 1986 bildeten sich die Margen bei steigenden Beschaffungskosten wieder zurück.

Wovon die Ölindustrie im ersten Halbjahr profitierte, verkehrt sich zusehends ins Gegenteil. Die Verbraucherpreise folgen auch bei steigenden Rohölpreisen nur sehr zögernd nach oben. Die Folge sind Erlöseinbußen. Die anfangs gute Stimmung ist zur Jahreswende denn auch wieder einer Skepsis gewichen. Der Versuch der Opec, den Ölpreis auf 18 Dollar zu bringen und von Lieferverträgen wegzukommen, die an erzielbare Produktpreise (netback) gekoppelt sind, hat die Ölmärkte verunsichert.

Wohin der Ölpreis 1987 endgültig tendiert, hängt von der Fähigkeit der Opec ab, ihre Beschlüsse zu realisieren. Ein Höhenflug ist allerdings nicht zu erwarten. Nach wie vor wird auf der Welt mehr Öl produziert, transportiert und verarbeitet, als die Märkte brauchen. In Anbetracht dieser Unsicherheiten schwimmt die deutsche Ölindustrie in ihrem Urteil, ob sie das „Tal der Tränen" hinter sich hat, oder ob 1986 nur ein positiver Ausrutscher war. Wechselnden Marktbedingungen kann sie heute sicher mit größerer Flexibilität begegnen, aber ob es reicht, auch 1987 auf dem Ölstrom wieder obenauf zu schwimmen, bleibt abzuwarten.

„Steuersenkung wird auch über Subventionsabbau hereingeholt"

HEINZ HECK, Bonn

Wirtschaftsminister Martin Bangemann hat die große Steuerstrukturreform in den Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Aufgaben für die kommende Legislaturperiode gestellt. Allein angesichts der erforderlichen Beratungen in Koalition und Parlament sowie der Vorbereitungen in der Steuerverwaltung sei sie nicht vor dem 1. Januar 1989 zu schaffen.

Bangemann hält es für realistisch, wie er in einem WELT-Gespräch erklärte, daß die Hälfte der Steuersenkung von insgesamt 40 bis 50 Milliarden Mark über Subventionsabbau hereingeholt werde. Dazu müsse man allerdings nicht nur an die Finanzhilfen, sondern auch an die zahllosen Ausnahmeregelungen von der Steuerpflicht, die Steuerprivilegien, herangehen. Bei einer kräftigen Steuersenkung erscheinen ihm auch solche Streichungen durchsetzbar.

Ein „Kernelement" auf der Entlastungsseite ist für Bangemann eine deutliche Erhöhung des Grundfreibetrags mit dem Ziel, nahe an die Steuerfreiheit des Existenzminimums heranzukommen (zur Orientierung verweist er auf die Höhe der Sozialhilfesätze). Der Progressionstarif soll linear ansteigen, um die Grenzbelastung in der Besteuerung (also die Belastung der zusätzlich verdienten Mark) zu entschärfen, und der Spitzensatz soll auf unter 50 (derzeit 56) Prozent gesenkt werden, damit die Progression insgesamt flacher ansteigt. Entsprechend müsse auch der Körperschaftsteuersatz auf unter 50 Prozent ermäßigt werden.

Die FDP befürworte auch die Streichung der Vermögensteuer auf das Betriebsvermögen und die – aufkommensneutrale – Beseitigung der Gewerbesteuer, sei aber hierüber mit der Union noch nicht einig (in der Union gibt es Stimmen für eine Senkung der Betriebsvermögensteuer).

Scharf kritisiert Bangemann den „nicht sehr marktwirtschaftlichen Kurs" der CSU, die nicht nur gegen Subventionsabbau plädiere, sondern auch die Privatisierung der Lufthansa verhindere und sich weigere, dem TÜV-Monopol durch private Gutachter Konkurrenz machen zu lassen.

Für Bangemann selbst bleibt die Privatisierung in der nächsten Legislaturperiode auf der Tagesordnung obenan. Das in seine Zuständigkeit gehörende Bundesunternehmen Deutsche Industrieanlagen GmbH (DIAG) werde voraussichtlich in der nächsten Legislaturperiode veräußert. Zuvor seien zwei Probleme zu lösen. Zum einen sei die DIAG von den Einnahmen her „nicht gerade eine strahlende Braut". Außerdem verfüge sie über „schwer zu bewertende Rücklagen" in beträchtlicher Höhe. Bei beiden Problemen habe es „gewisse Fortschritte" gegeben.

Für mehr Marktwirtschaft plädiert Bangemann auch im Handel. Er charakterisiert seine Position mit der Formel: Den Wettbewerb schützen, nicht die Wettbewerber. Er will die Bestimmungen des Ladenschlußgesetzes lockern. Zwar hält er eine Verlängerung der Gesamtöffnungszeiten nicht für notwendig, doch sei die bisherige Regelung zu starr.

Der Minister plädiert für ein bis zwei „Dienstleistungsabende" in der Woche, an denen aber auch Behörden und Dienstleistungsbetriebe wie Banken und Versicherungen ihre Schalter öffnen sollten. Er sieht in einer Lockerung erhebliche Vorteile für den mittleren und kleinen Einzelhandel, bedauert aber, daß die Betroffenen oft die Vorteile nicht sähen.

Bangemann beurteilt die weitere Konjunkturentwicklung auch im fünften Aufschwungjahr zuversichtlich. In der Verlagerung der Antriebskräfte vom Export auf die Binnennachfrage (sowohl Investition wie Verbrauch) sieht er einen „Normalisierungsvorgang". Mit der Verbreiterung der Basis lasse sich der Aufschwung besser gegen Risiken absichern. Zu diesen Risiken zählt er vor allem die Außenwirtschaft.

Zwar liege in den Schwierigkeiten mit den USA eine gewisse Bedrohung. Aber es gebe auch „ermutigende Zeichen" wie die bevorstehende Gatt-Runde, um deren Zustandekommen er sich sehr bemüht habe. Ungeachtet der starken Wechselkursveränderungen sei es bisher nicht zu einem „Exporteinbruch" gekommen. Die deutsche Wirtschaft müsse ihre Anstrengungen noch verstärken. Dabei komme ihr allerdings auch die Verbilligung der Importe zugute.

McDonnell baut den neuen Flugzeugtyp

fu, Bonn

Der amerikanische Flugzeughersteller McDonnell Douglas hat jetzt beschlossen, ein neues Großraum-Langstreckenflugzeug mit der vorläufigen Typenbezeichnung MD-11 zu bauen. Die endgültige Entscheidung ist gefallen, nachdem auch die italienische Fluggesellschaft Alitalia sechs Maschinen der erst auf dem Reißbrett existierenden MD-11 bestellt hat. Damit liegen nach Angaben von McDonnell Douglas bereits 52 feste Bestellungen sowie Optionen auf 40 weitere Maschinen vor.

Die MD-11 wird eine Weiterentwicklung des dreistrahligen Großraumjets DC-10 – verlängert und mit veränderten Tragflächen, neuen

Triebwerken und einem der neuesten Cockpit-Entwicklung angepaßten Pilotendeck. Der Stückpreis wird bei 100 Mill. Dollar liegen. Mit der Bauentscheidung werden, so die Firmenleitung, bis 1991 rund 6000 Arbeitsplätze in den Werken von McDonnell Douglas in Long Beach (Kalifornien) geschaffen. Die Gesellschaft hat in den letzten Jahren im zivilen Flugzeugbereich unter dem Ausbleiben von Aufträgen gelitten.

Ursprünglich war daran gedacht worden, gemeinsam mit dem europäischen Airbus-Konsortium ein Langstrecken-Großraumflugzeug zu entwickeln. Diese Pläne haben sich jedoch im Herbst zerschlagen. Entsprechend arbeitet die Airbus-Industrie inzwischen an ihrer eigenen Version, einer vierstrahligen Großraummaschine für überlange Strecken mit der Typenbezeichnung A 340.

Für die amerikanische MD-11 haben sich neben der Alitalia unter anderem British Caledonian (neun Festbestellungen), SAS (zwölf) und der ins Flugzeug-Leasing eingestiegene japanische Industriekonzern Mitsui (fünf) entschieden.

Internationale Finanzen

Royal Bank of Kanada: Zum Kurs von 107,603 Prozent inkl. aufgelaufener Zinsen will das Kreditinstitut seine 11,25prozentigen Wandelschuldverschreibungen mit Fälligkeit 9. Dezember 1991 am 30. Januar 1987 ablösen. Bis dahin können die Inhaber jeweils nominal 1000 Dollar Nennwert in 33 ⅓ Stammaktien tauschen.

Reederei-Aktien: Die Malaysian International Shipping Corp stellt 84,985 Mill. Aktien zum öffentlichen Verkauf. Bis 16. Januar werden Aktien im Nennwert von einem Ringgit zu je 2,40 Ringgit angeboten. Mit der Aktienausgabe wird die amtliche Notiz an der Börse *Kuala Lampur vorbereitet.*

Tilgung: Ihre erste Yen-Anleihe über rund 10,9 Mrd. Yen wird die Société Nationale des Chemins de Fer Francais (SNCF) vorzeitig zum 10. März 1987 zu einem Kurs von 101,50 Prozent tilgen. Die Tokioter Börse wird die Anleihe am 6. März streichen.

Morgan Guaranty Trust: Die in Nassau, Bahamas, ansässige Zweigstelle legt eine siebenprozentige Doppelwährungsanleihe über 16 Mrd. Yen zu 101,5 Prozent auf. Die Verzinsung von je 10 Mill. Yen soll bei sieben Prozent liegen, getilgt werden sie zu je 60,423 Dollar, wobei ein Wechselkurs von 165,5 Yen/Dollar festgelegt wurde.

PERSONALIEN

Dr. **Heinz Brenzel**, bis 1982 Vorstandsvorsitzender des Haftpflichtverbandes der Deutschen Industrie VaG in Hannover, begeht am 2. Januar seinen 70. Geburtstag.

Dr. **Georg Gräsel** und **Arno Neu** wurden von stellvertretenden zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern der Landesbank Saar Girozentrale ernannt.

Ulrich Claßen wurde mit Wirkung vom 1. Januar zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Deutschen Bau- und Bodenbank bestellt.

Hans E. Damisch, Direktor der Dresdner Bank, tritt in die Geschäftsführung der Beteiligungsgesellschaft für die deutsche Wirtschaft mbH, ein; er ist Nachfolger von Dr. **Hans Koller**, der heute in Ruhestand tritt.

Dr. **Werner Frese** scheidet nach Vollendung seines 72. Lebensjahres als geschäftsführender Teilhaber beim Bankhaus Delbrück & Co. aus. Er bleibt weiter an der Bank beteiligt und tritt in ihren Verwaltungsrat ein.

Sieben Millionen Eigenheimer werden entlastet

Von morgen an bringt die neue steuerliche Förderung des Wohneigentums auch eine Verwaltungsvereinfachung

HEINZ HECK, Bonn

Am 1. *Januar wird die steuerliche* Förderung der Wohneigentumsbildung geändert. Der Bauherrenparagraph 7b wird durch den neuen Paragraphen 10e des Einkommensteuergesetzes abgelöst. Das Wohnungsbauministerium hat die wichtigsten Verbesserungen zusammengestellt, die für selbstgenutztes Wohneigentum gelten, das nach dem 1. Januar 1987 fertiggestellt oder erworben wird.

◆ Die Grenze, bis zu der Bau- und Erwerbskosten steuerlich berücksichtigt werden, wird beim Einfamilienhaus von 200 000 auf 300 000 Mark erhöht. Somit kann der Bauherr eines Eigenheims künftig acht Jahre lang jährlich bis zu 15 000 (bisher 10 000) Mark von der Steuerbemessungsgrundlage abziehen.

◆ Eine wesentliche Verbesserung bedeutet die Einbeziehung der Hälfte der Grundstückskosten (bisher nur reine Baukosten, bei Erwerb Gebäudekosten). Ab 1987 kann die Hälfte der Grundstückskosten steuermindernd geltend gemacht werden, soweit die Grenze von 300 000 Mark nicht überschritten wird.

◆ Verbessert wird auch das „Baukindergeld". *Schon vom ersten (bisher vom zweiten)* Kind an können zusätzlich und parallel zur geschilderten Grundförderung jährlich 600 Mark je Kind von der Steuerschuld unmittelbar abgezogen werden.

◆ Die bisher praktizierte pauschalierte Nutzungswertbesteuerung beim selbstgenutzten Wohneigentum wird abgeschafft. Dies gilt auch für den Wohnungsbestand. Nach Angaben von Bauminister Oscar Schneider werden *damit* rund sieben *Millionen* Eigenheimer entlastet. Das sei von besonderer Bedeutung unter dem Gesichtspunkt der Eigentumsbildung als Beitrag zur Altersvorsorge. Zugleich bedeute es eine Verwaltungsvereinfachung.

Entscheidend für die Inanspruchnahme der verbesserten steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten ist, daß das selbstgenutzte Wohneigentum nach dem 1. Januar 1987 fertiggestellt oder erworben wird. Unter Fertigstellung ist der Zeitpunkt zu verstehen, von dem an das Gebäude benutzt werden kann. Im Falle des Erwerbs gilt der im notariellen Vertrag genannte Zeitpunkt der Übertragung *des wirtschaftlichen Eigentums.*

Von besonderer Bedeutung ist die Übergangsregelung für Eigentümer teilweise selbstgenutzter Zwei- oder Mehrfamilienhäuser, die vor dem 1. Januar 1987 fertiggestellt oder angeschafft wurden. *In diesen Fällen können* im Rahmen der Normalbesteuerung Werbungskosten, vor allem Abschreibungen und Schuldzinsen, in voller Höhe steuermindernd geltend gemacht werden.

Diese Eigentümer mitteln den Nutzungswert ihres Wohneigentums nach der Überschußrechnung. Sie saldieren fiktive Marktmiete und Werbungskosten. Dies ist bis einschließlich 1998 weiter möglich. *Allerdings haben diese Eigentümer* jederzeit die Möglichkeit, auch bereits früher den Fortfall der Nutzungswertbesteuerung zu beantragen. Dann sind sie jedoch an diese Entscheidung endgültig gebunden. Der Antrag muß mit der Steuererklärung gestellt werden und gilt von dem Veranlagungszeitraum an, für den die Steuererklärung abgegeben wird.

Der Antrag ist unwiderruflich, sobald der Steuerbescheid endgültig ist. Er empfiehlt sich in den Fällen, in denen die vom Finanzamt angesetzte ortsübliche Vergleichsmiete für die eigengenutzte Wohnung die tatsächlichen Werbungskosten übersteigt und in denen nicht in absehbarer Zeit mit *erheblichen Reparaturaufwendungen* zu rechnen ist, die wieder als Werbungskosten geltend gemacht werden könnten.

Am Beispiel einer Familie mit zwei Kindern und einem zu versteuernden Einkommen von etwa *50 000 Mark* verdeutlicht das Ministerium die Vorteile der neuen Regelung: Beim Erwerb eines gebrauchten Einfamilienhauses mit 250 000 Mark Gebäude- und 100 000 Mark Grundstückskosten *betragen die achtjährige Grundförderung* 36 000 (bisher 24 000) Mark, die achtjährige Kinderkomponente 9600 (4800) Mark und die Berücksichtigung von 12 000 Mark Werbungskosten in der Anschaffungsphase 3600 (3600) Mark, zusammen 49 200 (32 400) Mark. Beim Neubau eines solchen Objekts ist der Unterschied mit 49 200 (41 400) Mark nicht so ausgeprägt.

Ein „Big Bang" auf italienisch

Der Börsenmakler könnte seine bisherige Funktion einbüßen

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Auf Betreiben der amtlichen Börsenaufsichtskommission werden *die* zehn italienischen Börsen im Jahre 1987 zu einer einheitlichen Bildschirmbörse zusammengeschlossen, nachdem das seit Juli dieses Jahres laufende Experiment mit fünf Toptiteln die erhofften positiven Resultate erbracht hat. Der Zusammenschluß ist eine der von der Börsenaufsichtskommission gestellten Bedingung, um künftig alle Aktiengeschäfte innerhalb der Börse abzuwickeln. Die zweite ist die direkte oder indirekte Zulassung der Banken zur Kursbildung an der Börse.

Gegenwärtig werden 70 bis 80 Prozent der Aktienoperationen außerhalb der Börse abgewickelt, was die Transparenz des Marktes beeinträchtigt. Um künftig alle Aktienjobber an die Börse zu holen, ist daher die Gründung von Brokergesellschaften zwischen Maklern, Banken und Kommissionsfirmen vorgesehen, in die alle Beteiligten ihre Börsenaktivitäten *einbringen.*

Vorher müssen allerdings noch einige Hindernisse aus dem Wege geräumt werden. Die Kreditinstitute sind nur bereit, den Aktienhandel ihrer Wertpapierabteilungen aufzugeben, *wenn sie an der Kursbildung* beteiligt werden. Dabei geht es ihnen nicht so sehr um die Einsparung der Maklergebühren, als um die Erhaltung eines Kundenservices, der sich in den letzten Jahren zu einer wichtigen Säule des Bankengeschäfts entwickelt hat. Die Makler dagegen verteidigen ihr Kursbildungsmonopol und beharren darauf, in den künftigen gemischten Brokergesellschaften die Vormachtstellung zu behalten – nicht unbedingt hinsichtlich der Eigentumsstruktur, wohl aber in bezug auf die Betriebsführung.

Für die Makler steht viel auf dem Spiel. Kommt es zu den Brokergesellschaften, wird die Figur des Börsenmaklers in ihrer bisherigen Funktion weitgehend entkleidet. Seitens der Makler wird das Projekt vor allem mit dem Argument kritisiert, daß sie nicht nur vom Gesetz, sondern auch von der beruflichen Qualifikation und Unabhängigkeit her als einzige zur Kursbildung an der Börse befugt und befähigt sind. Demgegenüber weisen die Sprecher der Banken darauf hin, daß die Figur des Maklers in den letzten Jahren gerade im Hinblick auf ihre Unabhängigkeit einem starken Wandel unterlag. In der Praxis habe sich der Börsenmakler inzwischen aus einem reinen Agenten in einen Service- und Treuhandunternehmer verwandelt, der Portfolios Dritter verwalte oder gar als Berater (wenn nicht als Mitinhaber) von Investmentfonds-Gesellschaften auftrete.

Die von der amtlichen Börsenaufsichtskommission vorangetriebenen *Reformvorschläge folgen einer mittleren* Linie zwischen dem System der deutschen Börsen, das ganz von den Banken beherrscht ist, und dem der Londoner Börse. Diese „lateinisch inspirierte" Reform wird den Broker zum Mittelpunkt haben und sich an die Strukturen der Madrider und Pariser Börse anlehnen.

Gegen Volksfürsorge-Beteiligung

Hamburger Sparkasse: Als Investment nicht interessant

JAN BRECH, Hamburg

Der Vorstandssprecher der *Hamburger Sparkasse, Peter Mählmann,* hat sich gegen eine Beteiligung an der gewerkschaftseigenen Versicherungs-Gruppe Volksfürsorge ausgesprochen. Für die Hamburger Sparkasse, das nach eigenen Angaben größte Institut dieser Art in der Bundesrepublik, wäre eine solche Beteiligung weder als Investment interessant noch geschäftspolitisch wünschenswert. Die Haspa verfüge mit einer Lebensversicherung und der Öffentlichen Bausparkasse über *einen eigenen Dienstleistungsverbund,* der überdurchschnittlich im Markt liege.

Die Meinungsbildung in der Sparkassenorganisation über eine Mehrheits- oder auch nur Schachtelbeteiligung *an der Volksfürsorge* ist nach Angaben von Mählmann zurzeit noch völlig unübersichtlich. Er persönlich glaube nicht, daß es zu einem positiven Abschluß komme, werde sich dem aber nicht verschliessen, wenn es die Gesamtgruppe so wolle.

In dem Jahresabschlußgespräch der Haspa beurteilte Mählmann die wirtschaftlichen Aussichten im kommenden Jahr als außerordentlich positiv. Das Wachstum werde über zwei Prozent liegen, die Beschäftigung weiter steigen und der Geldwert von hoher Stabilität gekennzeichnet sein. Die Geldpolitik der Bundesbank nannte Mählmann dem Unfeld angepaßt.

Zum Geschäftsverlauf der Haspa im ablaufenden Jahr erklärte Mählmann, daß das Institut wieder erfolgreich abschließen werde. Die Bilanzsumme weitete sich um 3,7 Prozent auf 24 Mrd. DM aus – wobei das Wachstum vor allem von den Kundengeldern getragen wurde, die um vier Prozent auf knapp 20 Mrd. DM stiegen. Die größte Position auf der Passivseite bilden nach wie vor die Spareinlagen mit 10 Mrd. DM. Deutlich zugenommen haben die Termineinlagen, die sich um 4,6 Prozent auf 3,4 Mrd. DM erhöhten. Dieser positive Zuwachs sowie die überraschend hohen Tilgungen im Aktivgeschäft seien ein Zeichen dafür, daß sowohl *Firmen als auch Privatkunden* über außerordentlich gute Liquidität verfügten, erklärte Mählmann.

Im Kreditgeschäft müsse die Haspa heute vier Mark neu an Darlehen ausleihen, um den Bestand um *eine Mark zu erhöhen.* Besonders auffällig war die hohe Tilgungsbereitschaft der Kunden bei Baufinanzierungen. Während die Haspa für 1 Mrd. DM neue Zusagen erteilte, kam es lediglich zu einer Bestandsausweitung um 250 Mill. DM auf rund 8 Mrd. DM. Das gesamte Kreditgeschäft mit einem Volumen von rund 14 Mrd. DM bezeichnet Mählmann zwar als lebhaft, der Zuwachs hätte aber angesichts des hohen Mittelzuflusses höher sein dürfen.

Expansiv blieb bei der Haspa das Wertpapiergeschäft. Der Umsatz (ohne Eigenhandel) stieg um 15 Prozent auf 4,6 Mrd. DM. Zur Ertragslage erklärte Mählmann, daß der Zinsüberschuß bei rückläufiger Marge auf Vorjahreshöhe liege, der Provisionsüberschuß dagegen steigen werde.

Dorma erschließt neue Märkte

Automatische Türantriebe sorgen für Wachstumsimpulse

Py. Düsseldorf

Stabilisierung der Märkte, Ausschöpfung der vorhandenen Rationalsierungs- und Synergie-Effekte sowie Aktivierung der Wachstumsreserven in den neu erworbenen Produktfeldern sind die vordringlichsten Aufgaben, denen sich die Dorma-Baubeschlag GmbH & Co. KG, Ennepetal, nach zum Teil sprunghafter Umsatzentwicklung in den letzten Jahren gegenübersieht. Eng damit verbunden sieht Geschäftsführer Horst-Theo Schmidt für das laufende Geschäftsjahr 1986/87 (30. 6.) die weitere Stärkung der Eigenmittel.

Um die Abhängigkeit von der Entwicklung des Neubaugeschäfts zu vermindern, will sich das nicht publizitätspflichtige mittelständische Unternehmen mit dem Türschließer- und Baubeschlagprogramm verstärkt dem Nachrüstmarkt einschließlich Brandschutz zuwenden. Dabei verspricht man sich nachhaltige Wachstumsimpulse von automatischen Türantrieben, Automatiktüren und Garagentorantrieben sowie von der Sicherheits- und Glastechnik.

Die Dorma-Gruppe hatte 1985/86 einen Umsatzzuwachs von 8,3 (22,4) Prozent auf 286 Mill. DM, wobei der Auslandsanteil noch einmal leicht auf 65 (63) Prozent zunahm. Die Hauptgesellschaft steuerte zum Gruppenumsatz 155 Mill. DM (plus fünf Prozent) bei. Hier liegt der Exportanteil bei 51 Prozent.

Im klassischen Baubeschlagbereich *haben sich 1985/86* die Erwartungen des Unternehmens nicht voll erfüllt. Dafür war nach den Worten Schmidts die verhaltene Baukonjunktur maßgebend. Im Ausland wirkte sich der Kursrückgang wichtiger Währungen aus. Dies und die Vorleistungen für neue Produkte sowie Wertberichtigungen von Beteiligungsansätzen führten zu einer Verminderung des Gesamtergebnisses.

In den fünf deutschen und 18 weltweit tätigen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften sind knapp 2000 (1750) Menschen beschäftigt, die Hälfte davon in der Hauptgesellschaft. Die hohen Investitionen und Beteiligungserwerbe haben die Bilanzsumme der Dorma GmbH & Co. KG auf 225 (191) Mill. DM erhöht.

Reform der Bausparkassen

In England werden die Dienstleistungen erweitert

Sbt. London

Eine neue Ära beginnt am 1. Januar für Großbritanniens Bausparkassen: In Kraft tritt der Building Societies Act, der die Reformen in der Finanzwirtschaft fortsetzt. Fortan können diese Institute ihren Kunden neben den traditionellen Sparkonten, Bausparverträgen und Hypotheken auch andere Bankdienste, Versicherungen und Wertpapiergeschäfte anbieten. Außerdem dürfen sie als Immobilienmakler tätig sein.

Es sieht aber so aus, daß die britischen Bausparkassen das Neuland mit großer Vorsicht betreten werden. Der Gesetzgeber hat überdies hohe Hürden aufgebaut: Voraussetzung für jede Expansion sind *zum* Beispiel ausreichende Gewinne. Ferner müssen die Institute vorher genau prüfen, ob ihre Kunden die Dienste auch wünschen und keine Verluste eintreten. *Bisher* ging der *immer härtere* Wettbewerb mit den Banken und anderen Konkurrenten zu Lasten der Ertragsrechnung. Wie es aussieht, werden die Bausparkassen auch stärker mit den Gelddiensten der Post („Royal Mail") *und nicht mit den* Banken konkurrieren. Ein Risiko stellt das fehlende Fachpersonal dar.

Die Entbürokratisierung führt dazu, daß die Bausparkassen noch mehr zu Banken werden. Offerieren werden sie Scheckbücher, persönliche und ungesicherte Darlehen sowie Kredit- und Scheckgarantie-Karten, die in Großbritannien hauptsächlich bei bargeldlosen Einkäufen und der Benutzung *der Geldautomaten* verwendet werden. Ein Schritt ins Ungewisse ist auch der erlaubte Verkauf von Aktien und Anleihen in Form persönlicher Anlagepläne oder Investmentfonds.

Die Funktion eines Immobilienmaklers übernehmen die britischen Bausparkassen vor allem deshalb, weil sonst ein immer größerer Teil des Hypothekengeschäfts abwandert. Häufig sind es in England die bei Hauskäufen zuerst angesprochenen *Makler,* die auch die Finanzierung besorgen. Bei der Beschaffung der Feuer-, Hausrats- und Haftpflichtversicherung handeln die Bausparkassen, wie schon jetzt die Banken, als Broker. Die Palette umfaßt Auto-, Reise- und andere Versicherungen.

Im neuen Jahr müssen die Eisenwarenpreise steigen

Nordwest-Einkauf sieht ihre Händler in der Margenklemme – Pessimistische Umsatzerwartung auch für 1987

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Über eigenes Erwarten hinaus gut hat die Nordwest-Eisen- und Metallwaren eG, Hagen, das weiterhin von flauer Baukonjunktur geprägte Jahr 1986 mit einer bei knapp fünf (0,2) Prozent erwarteten Steigerung des Umsatzes auf 1,85 Mrd. DM abgeschlossen. Mit diesem Umsatz ist Nordwest weiterhin (nach Nürnberger Bund) Zweitgrößter im Quartett der Einkaufsgenossenschaften der 3000 deutschen Eisenwaren/Hausrat-Fachhändler. Unverändert auch die weiteren Positionen: Mit der bei 17 (30) Abgängen (auch durch Pleiten) und zehn (20) Zugängen auf 460 reduzierten Zahl kaufender Mitglieder sei man der Kleinste im Quartett, im „Produktionsverbindungshandel" der Mitglieder mit Handwerk und auch Industrie aber der Branchengrößte.

Ein nicht alltägliches Ergebnis angesichts der Tatsache, daß die Mitglieder mit ihrem 1986 bei etwa 4,4 Mrd. DM konstant gebliebenen Gesamtumsatz zu zwei Drittel an Produkten kleben, die im weitesten Sinne mit dem Baumarkt zu tun haben. Den Stolz auf das gleichwohl Erreichte unterstreichen die Nordwest-Vorstandsmitglieder Erhard Thies (Vorsitz) und Manfred Müller mit noch Eindrucksvollerem: Bei „schwerem Preisverfall" habe man das eigene Umsatzplus, das auch die Gesamtausschüttung an die Mitglieder auf 35 (32) Mill. DM steigerte, mit einem bis zu 15 Prozent höheren Mengenabsatz erreicht.

Dieser Hinweis impliziert zweierlei: Erstens ist es Nordwest gelungen, den Umsatz der Mitglieder auf jenen Feldern zu steigern, wo die seit einigen Jahren intensivierte Eigenaktivität „Werbung/Betriebsberatung" auf fruchtbaren Boden fiel. Manches Mitglied habe darob bis zu 30 Prozent Umsatzplus in 1986 erzielt. Zweitens deutet die 1986 frappante Differenz zwischen Umsatz- und Absatzplus auch Problematisches an. Die Mitglieder, betont der Nordwest-Vorstand, erlitten 1986 bei „außerordentlich hartem Konkurrenzkampf" einen erheblichen Margenverfall, der für die gesamte Branche den Zwang zu „marktbereinigenden Veränderungen" signalisiere. Kurz und grob präzisiert der Vorstand das für den gesamten Groß- und Einzelhandel der Bundesrepublik zu der Schätzung, daß circa ein Drittel der heutigen Kapazität überflüssig sei.

Was sich da, auch im Nordwest-Warenbereich, an Konsequenzen der Reinigungskur andeutet, sieht der Vorstand allerdings auch unter einem anderen Aspekt. Was Lieferant und Händler 1986 an zunächst erhoffter Preisaufbesserung nicht erreichten, müsse sich nun 1987 einstellen. Vornehmlich aus höheren Produktpreisen erwartet der Vorstand denn auch im Eigenumsatz für 1987 mit etwa sieben Prozent Plusrate den Vormarsch an die 2-Milliarden-Umsatzschwelle.

Eine Vision, die ihre Rechtfertigung besonders eklatant aus dem nach jungen Nordwest-Stahlhandelsgeschäft bezieht. Zumal mit dem Kauf subventionierten Auslandsmaterials hat die Genossenschaft ihren Mitgliedern 1986 eine um gut ein Fünftel auf reichlich 400 000 t angeschwollene Walzstahlmenge vermittelt. Und dies zu rund 20 Prozent niedrigeren Preisen, wonach der Umsatz dieser Sparte bei 250 Mill. DM blieb. Kein ehrlicher Produzent, meint der Nordwest-Vorstand, käme bei solcher Erlösentwicklung noch zurecht. Das eigene Stahlgeschäft sieht man zwar weiterhin als wachstumsträchtig an. Doch hier wie in anderen Bereichen werde 1987 die Stunde der Wahrheit auch beim Preisauftrieb der Produzenten schlagen.

Aktionäre ließen Dampf ab

Schrille Töne auf der Hohner-Hauptversammlung

WERNER NEITZEL, Trossingen

Auf der letzten Aktionärsversammlung in diesem Jahr, einer außerordentlichen Hauptversammlung der um Sanierung bemühten Matth. Hohner AG, Trossingen, ließen die freien Aktionäre noch einmal kräftig Dampf ab. *Ihre Hauptkritik entzündete sich* vor allem an ihrem Ausschluß des Bezugsrechts, einem Element des vorgelegten Sanierungskonzepts, in dem die Halbierung des Grundkapitals mit anschließender Wiederauf*stockung auf 14 Mill. DM* und Übernahme der 7 Mill. DM jungen Aktien durch die vorwiegend in der Span- und Kunststoffplatten-Produktion tätigen Kunz-Gruppe, Gschwend, enthalten ist. Von einem der sechs Aktionäre, *die sich zur Diskussion* meldeten, wurde denn auch vorgerechnet und angeprangert, daß dadurch den freien Aktionären im Blick auf den Ausgabepreis von 71 DM je Aktie ein Bezugsrecht von kumuliert 3,5 Mill. DM entginge.

Aufsichtsrats-Vorsitzender Hellmut Ballé (Deutsche Bank) entgegnete, daß es sich bei dieser Berechnung um eine Fiktion handele. Der Börsenkurs der Hohner-Aktie (derzeit bei 120 DM) hätte sich anders entwickelt, wenn es diesen Bezugsrechtsausschluß und den Eintritt der Kunz-Gruppe als neuen Mehrheitsaktionär nicht geben würde. Turbulenz kam in der dreieinhalbstündigen HV, an der knapp 200 Aktionäre teilnahmen, auf, *als sich Ballé auf gezielte Fragen* nicht an den genauen Zeitpunkt der endgültigen Zusage der Kunz-Gruppe für den Einstieg zu erinnern vorgab. Erst nach langem Hin und Her wurde der 17. November als Termin herausgefunden.

Mit der Übernahme der Aktienmehrheit durch die Kunz-Gruppe (600 Mill. DM Umsatz) verbinde sich – so Ballé – der Vorteil, daß dieser Großaktionär „ganz solide, nüchterne betriebswirtschaftliche Kenntnisse einbringt, wenn nötig personelle Hilfestellung leisten kann und Sanierungserfahrungen hat". Kunz hält unter anderem die Majorität an der Konrad Hornschuch AG, Weissbach, und ist maßgeblich am Thermopal-Werk (früher Krages-Besitz), Leutkirch, beteiligt.

Dem von Aktionärsseite vorgebrachten Vorwurf, nicht nur der Vorstand (er wurde inzwischen ausgewechselt), sondern auch der Auf*sichtsrat* habe im Hinblick auf die Entwicklung bei Hohner „geschlafen", wurde von Ballé entgegengehalten, der frühere Vorstand habe immer wieder Budgets vorgelegt, die auf Hoffnungen basierten. Diese hätten *sich letztlich* nicht realisiert. Der Aufsichtsrat sei „nicht schläfrig", denn man habe mit dem Vorstandswechsel recht schnell Konsequenzen gezogen.

Vorstandsmitglied Johann Schmid erläuterte noch einmal das Sanierungskonzept. Dessen vier Kernpunkte sind der Abbau der Fixkosten mit Einsparung im Personalbereich von 13 Mill. DM jährlich, die Straffung der Entwicklung im Elektronikmusiksektor, die Aufnahme weiterer qualifizierter Handelsware sowie eine Kapitalzufuhr von 28 Mill. DM. Die HV, auf der vom Grundkapital von 14 Mill. DM 71,7 Prozent präsent war, verabschiedete die Tagesordnung mit weit überwiegender Mehrheit.

Neues Verfahren gegen Guinness eingeleitet

Sbt. London

Der Skandal, in den Großbritanniens größter Brauereikonzern, die Guinness PLC, verstrickt ist, weitet sich aus. Das Ministerium für Handel und Industrie in London, das bereits gegen das Unternehmen wegen möglicher Unterschlagung bei der Übernahme des schottischen Whisky-Herstellers Distillers ermittelt, hat jetzt ein zweites Verfahren eingeleitet.

Diesmal geht es um 2,1 Mill. eigene Aktien im Wert von 7,6 Mill. Pfund, die im Auftrag der Geschäftsführung aufgekauft worden sein sollen, um in den Augen der Anteilseigner der Distillers Co. die Attraktivität der Guinness-Papiere, die sie dann im Austausch erhalten haben, zu erhöhen. In den Fall verwickelt sind die Merchantbanken Morgan Grenfell und Henry Ansbacher.

Wenn die Vorwürfe stimmen, hat Guinness gegen den Paragraphen 151 des Companies Act verstoßen, der den Erwerb eigener Aktien durch Dritte mit Firmengeldern ohne Zustimmung der Hauptversammlung verbietet. Außerdem hätte das Handelsregister *28* Tage vor dem Kauf unterrichtet werden müssen. Nach dem Gesetz droht dem Vorstandsvorsitzenden der Guinness PLC, Ernest Saunders, eine Geld- oder sogar Gefängnisstrafe.

Während Saunders Urlaub macht, verwickelt sich die Konzernleitung in Widersprüche. Morgan Grenfell als damaliger Berater läßt jedoch keinen Zweifel daran, daß Guinness der Käufer war, und zwar über in- und ausländische Kunden der Merchant*bank Ansbacher, die wiederum* die Aktien von ihrer Tochtergesellschaft Down Nominees registrieren ließ. Guinness zahlte überdies einen erheblichen Aufpreis, der mit 355 Pence je Aktie um mehr als ein Zehn*tel über dem Marktkurs lag.*

Osteuropa gilt wieder als kreditwürdig

AP/VWD, Basel

Die Ostblockstaaten werden von den Banken der Industrieländer offenbar wieder als kreditwürdig eingestuft. Wie die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel, in ihrem Bericht über die Bankausleihungen im ersten Halbjahr 1986 schreibt, haben diese Länder erhebliche Neukredite erhalten. Die entsprechenden Forderungen stiegen *um fast zwölf Prozent* oder rund sieben Milliarden Dollar auf 66,7 Milliarden Dollar. Der effektive Zuwachs der Neuausleihungen – Währungseinflüsse herausgerechnet – betrug über 2,8 Milliarden Dollar.

Wie üblich *war* dabei die *Sowjet*union der bedeutendste Kreditnehmer: Sie erhielt 2,3 Milliarden Dollar an neuen Mitteln. Je 0,4 Milliarden Dollar an neuen Geldern bezogen die „DDR" und Ungarn, während sich die Forderungen der Banken gegenüber Polen um 0,5 Milliarden Dollar verringerten. Eine besonders starke Erhöhung des Anteils der langfristigen Kredite verzeichnete die BIZ gegenüber Bulgarien.

Kein Neugeld erhielten demgegenüber die Entwicklungsländer, die Opec-Staaten und auch Südafrika, so daß die Forderungen der Banken der Industriestaaten gegenüber Ländern außerhalb ihres Gebiets in der Berichtsperiode insgesamt um 1,7 Milliarden Dollar *zurückgingen. Die aus*stehenden Forderungen der Banken gegenüber Südafrika ermäßigten sich im ersten Halbjahr 1986 um 0,8 Milliarden Dollar. Bei den ausstehenden Forderungen insgesamt verzeichnete die „Bank der Banken" eine deutliche Verlängerung der Fälligkeiten, was teilweise auf die Umschuldungsoperationen zurückgeführt wird. Der Anteil der Forderungen mit einer Restlaufzeit von über zwei Jahren erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr *von 35,9 auf 40,3* Prozent.

Probleme halten sich in Grenzen

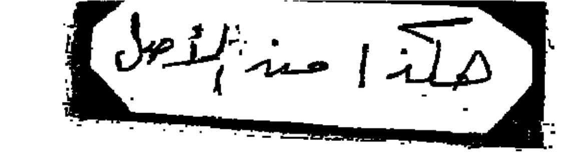
Unruhe um Volksbank Celle – Vertreterversammlung

dos, Celle

Die Volksbank Celle eG weist entschieden Gerüchte zurück, die von wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Instituts wissen wollten. Die Mutmaßungen entzündeten sich an der Tatsache, daß die Vertreterversammlung für das Geschäftsjahr 1985 bislang nicht abgehalten wurde und Differenzen über die Bewertung von Risiken zwischen der Volksbank und dem Prüfungsverband aufgetreten waren.

In einem ersten Überblick, der auch das Jahr 1986 mit einbezieht, kündigt die Verwaltung jetzt die 1985er Vertreterversammlung für Januar 1987 an; die für das Jahr 1986 werde „nicht vor Herbst 1987 stattfinden können". Die Probleme, mit denen sich die Bank 1985 konfrontiert sah, seien verursacht worden durch das „wirtschaftliche Umfeld" in der Celler Region (hohe Arbeitslosigkeit, Turbulenzen in der Erdöl- und Bohrbranche). Obwohl das Kreditgeschäft erheblich eingeschränkt wurde (1985 um 3,4 Prozent und 1986 um 5,4 Prozent), mußten einige Engagements abgewickelt und die Wertberichtigungen erhöht werden. Hinzu kam 1985 die Zahlung von 0,83 Mill. DM an den Sicherungsfonds. Dies habe die Ertragsrechnung stark belastet.

Die Liquiditätslage indes habe darunter nicht gelitten; die Zahlungsbereitschaft sei immer gegeben gewesen. Ende 1985 *wird die Gesamtliquidität* mit 54,4 (50,1) Mill. DM ausgewiesen. Die Eigenkapitalquote liege weiter bei vier Prozent. Das haftende Eigenkapital betrug 12,2 Mill. DM. Insgesamt also sei die Vermögenslage der Bank nach wie vor geordnet. Wegen der Wertberichtigungen indes werde der Vertreterversammlung für 1985 vorgeschlagen, auf die Zahlung einer Dividende (1984: sieben Prozent) zu verzichten. Die Verwaltung hoffe aber, für 1986 wieder eine Dividende ausschütten zu können.



Renten gut behauptet

Obwohl die neue Bundesanleihe wegen ihres „krummen" Nominalzinssatzes von 6⅛ Prozent in Kreisen der Rentenhändler auf Kritik gestoßen ist, scheint ihre Plazierung – zumindest im Ausland – möglich zu sein. Nicht bonifizierte Stücke waren zu Kursen gesucht, die leicht über dem Emissionspreis lagen. Die im Markt befindlichen öffentlichen Langläufer zogen bis zu 0,20 Prozentpunkte an. Die Umsatztätigkeit blieb indessen auch hier gering. Ähnliches gilt auch für Pfandbriefe.

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Frankfurt – DM-Auslandsanleihen

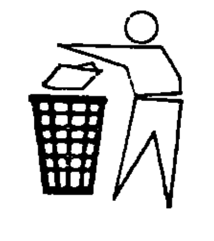
Düsseldorf – DM-Auslandsanleihen

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei, PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

STELLENGESUCHE

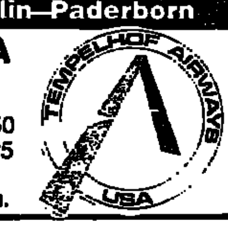
GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

IMMOBILIEN/KAPITALIEN



Uwe,
Dein Schnauzerle liebt Dich
und wünscht Dir alles Glück und all die Kraft, die Du im neuen Jahr brauchst.





Ruhiger Jahresausklang

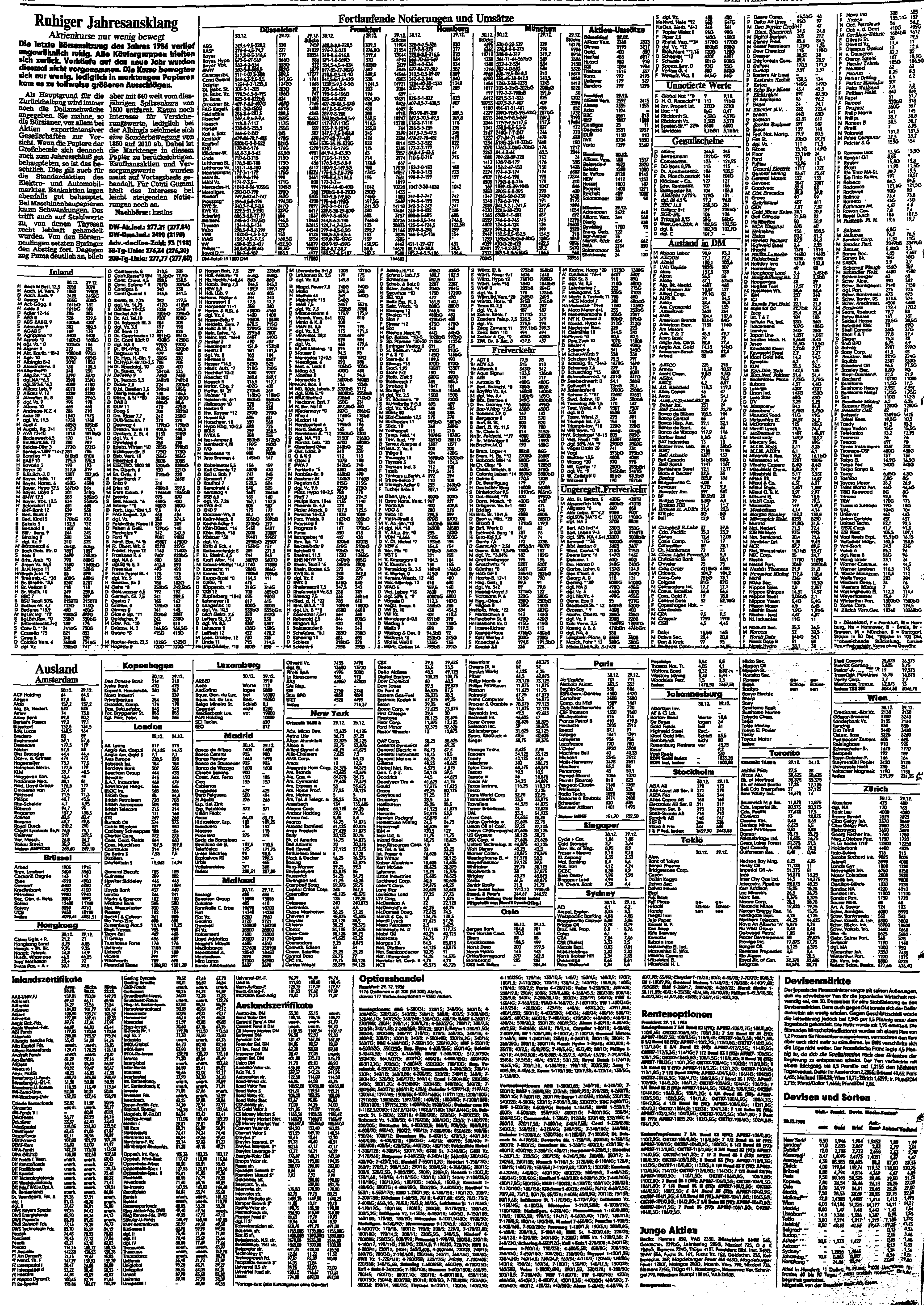
Aktienkurse nur wenig bewegt

Die letzte Börsensitzung des Jahres 1986 verlief ungewöhnlich ruhig. Alle Käufergruppen hielten sich zurück. Vorkäufe auf das neue Jahr wurden diesmal nicht vorgenommen. Die Kurse bewegten sich nur wenig, lediglich in marktengen Papieren kam es zu teilweise größeren Ausschlägen.

Als Hauptgrund für die Zurückhaltung wird immer noch die Dollarschwäche angegeben. Sie mahne, so die Börsianer, vor allem bei Aktien exportintensiver Gesellschaften zur Vorsicht. Wenn die Papiere der Großchemie sich dennoch auch zum Jahresschluß gut behaupteten, so ist das beachtlich. Dies gilt auch für die Standardaktien des Elektro- und Automobilmarktes. Bankaktien lagen ebenfalls gut behauptet. Bei Maschinenbaupapieren kaum Schwankungen. Das trifft auch auf Stahlwerte zu, von denen Thyssen recht lebhaft gehandelt wurden. Von den Börsenneulingen setzten Springer den Abstieg fort. Dagegen zog Puma deutlich an, blieb aber mit 640 weit vom diesjährigen Spitzenkurs von 1500 entfernt. Kaum noch Interesse für Versicherungswerte, lediglich bei der Albingia zeichnete sich eine *Sonderbewegung* von 1850 auf 2010 ab. Dabei ist die Marktenge in diesem Papier zu berücksichtigen. Kaufhausaktien und Versorgungswerte wurden meist auf Vortagsbasis gehandelt. Für Conti Gummi hielt das Interesse bei leicht steigenden Notierungen noch an.

Nachbörse: lustlos

DW-Ak.ind.: 277,21 (277,84)
DW-Ums.ind.: 2490 (2190)
Adv.-decline-Zahl: 93 (118)
30-Tg-Linie: 276,34 (276,20)
200-Tg-Linie: 277,77 (277,80)



Warenpreise – Termine

Knapp behauptet schlossen am Montag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Etwas fester ging Kupfer aus dem Markt. Während Kakao höher notierte, kam es bei Kaffee zu kräftigen Abschlägen.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	29.12.	24.12.
März	273,25-273,00	275,50-275,75
Mai	259,50	262,75
Juli	244,00	246,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)
Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	210,73	unerh.
Am. Durum	208,51	

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Dez.	93,00	
März	95,50	unerh.
Mai	98,60	

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Dez.	78,00	78,50
März	80,20	79,40
Mai	80,30	79,80

HAFER Chicago (c/bush)

März	157,25-157,50	–
Mai	150,00	152,00-152,25
Juli	141,25	143,50

MAIS Chicago (c/bush)

März	161,00-161,50	163,75-164,00
Mai	168,75-169,00	171,50
Juli	173,75-174,00	175,50

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Dez.	92,50	
März	85,50	unerh.
Mai	84,70	

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	29.12.	24.12.
März	133,75	157,00-157,20
Mai	135,20	138,25-138,35
Juli	136,60	139,50

KAKAO New York ($/t)

	29.12.	24.12.
März	1912-1914	1885-1890
Mai	1939-1940	1915
Juli	1960	1955
Umsatz	2911	531

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 Jan.	5,42-5,45	5,37-5,60
März	6,20-6,21	6,21-6,23
Mai	6,41	6,42-6,43
Juli	6,56	6,58-6,59
Sept.	6,51-6,62	6,60-6,70
Umsatz	3912	2280

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb) unerh. unerh.

KAFFEE London (£/t) Robusta

	29.12.	24.12.
Jan.	1695-1700	1749-1750
März	1685-1690	1740-1742
Mai	1700-1705	1755-1760
Umsatz	3826	1914

KAKAO London (£/t)

Dez.	1393-1397	1400-1405
März	1424-1426	1436-1437
Mai	1447-1448	1458-1459
Umsatz	1507	1378

ZUCKER London ($/t) Nr.6 (fob)

	29.12.	24.12.
März	139,60-139,80	140,00
Mai	143,60-144,00	–
Aug.	147,60-148,00	148,40
Umsatz	786	748

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)

schw.	30.12.	29.12.
Saraw.spez.	1012,50	1012,50
weiß.Saraw.	1400,00	1400,00
weiß.Munt.	1415,00	1415,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	29.12.	24.12.
Jan.	123,00	128,50-129,75
März	126,15	131,10-131,20
Mai	127,70	132,60-132,80
Juli	128,50	133,50
Sept.	128,90	133,90
Umsatz	3000	800

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

	29.12.	24.12.
	25,00	unerh.

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk

	25,00	unerh.

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Jan.	15,33-15,31	15,57-15,54
März	15,65-15,66	15,86-15,88
Mai	15,90	16,15
Juli	16,05	16,29-16,28
Aug.	15,99	16,25
Sept.	15,85-15,90	16,20
Okt.	15,90-15,91	16,12-16,15

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb)
Mississippi-Tal fob Werk

	16,50	unerh.

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	unerh.	unerh.
Choise white hog 4 % fr. F.	unerh.	unerh.

TALG New York (c/lb)

top white		
fancy	unerh.	unerh.
bleichf. yellow max. 10% fr.F	unerh.	unerh.

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Febr.	48,00-47,90	48,35-48,45
April	43,75-43,65	44,00-43,92
Juni	45,95-45,85	46,35-46,30

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Febr.	65,95-66,15	66,50-66,60
März	65,30-65,20	65,55-65,80
Mai	65,75-66,07	66,10

HÄUTE Chicago (c/lb)

	29.12.	24.12.
Ochsen einh. schwere River Northern	61,00	unerh.
Kühe einh. schwere River Northern	59,00	unerh.

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Jan.	487,25-487,5	492,75-493,0
März	490,25-490,5	494,75-495,0
Mai	493,5-494,0	497,5-497,75
Juli	496,5	499,75
Aug.	495,5-496,5	498,75-498,5
Sept.	491,0	492,0
Nov.	490,5	491,5

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Jan.	140,4-140,5	141,2
März	141,5-141,6	141,7-141,8
Mai	142,5	142,6
Juli	143,6-143,7	143,3
Aug.	144,1	143,8
Sept.	144,5-144,6	144,5
Okt.	145,0	144,5

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	29.12.	24.12.
Dez.	203,00	202,90
März	208,60	207,50
Mai	214,00	213,00

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

	29.12.	23.12.
	18,00	18,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)

	30.12.	29.12.
jegl. Herk. cif	535,00B	540,00B

LEINÖL Rotterdam ($/t)

jegl. Herk. ex Tank	300,00B	300,00B

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra

cif	310,00B	315,00B

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg)

roh Niederl. fob Werk	73,00B	74,00B

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen

cif	405,00B	410,00B

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1

cif	–	–

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	29.12.	24.12.
März	59,60-59,70	57,80-57,90
Mai	59,32-59,40	57,85-57,90
Juli	59,20	57,90
Okt.	58,50	57,50-57,70
Dez.	58,01	57,05
März	58,50-58,52	57,50-57,60

KAUTSCHUK New York (c/lb)
Händlerpreis loco RSS-1

	unerh.	unerh.

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.

	30.12.	29.12.
Dez.	–590	–590
Mai 87	595-605	595-605
Mai 88	617-628	–
Umsatz	10	2064

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	30.12.	29.12.
Okt.	ausg.	ausg.
Dez.	ausg.	ausg.
Umsatz	–	–
Tendenz: –		

WOLLE Sydney (austr. c/kg)
Merino-Schweißw. Standard

	30.12.	29.12.
März	685,00-720,00	676,00-750,00
–	–	–
–	–	–
Umsatz	0	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	30.12.	29.12.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	30.12.	29.12.
Jan.	geschl.	11880
Febr.		11811

KAUTSCHUK London (p/kg)

	29.12.	24.12.
spot	64,50-67,50	65,00-68,00
RSS 1 Febr.	62,50-63,50	63,00-64,00
RSS 2 Febr.	61,25-62,25	61,75-62,75
RSS 3 Febr.	60,25-61,25	60,75-61,75
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	30.12.	29.12.
Jan.	220,00-222,00	220,00-222,00
Febr.	220,50-222,50	220,50-222,50
Nr. 2 Jan.	213,50-214,50	213,50-214,50
Nr. 3 Jan.	209,00-210,00	209,00-210,00
Nr. 4 Jan.	206,00-207,00	206,00-207,00
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)

	30.12.	29.12.
BWC	305	305
BWD	305	305
BTC	370	370
BTD	370	370

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	30.12.	29.12.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	unerh.	unerh.
dritt. M.		
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	unerh.	unerh.
dritt. M.		
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	unerh.	unerh.
dritt. M.		
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	unerh.	unerh.
Prod.-Pr.		
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	30.12.	29.12.
	16,90	16,81

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	30.12.	29.12.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	266,20-268,21	263,95-265,95
BLEI in Kabeln	108,75-109,75	105,25-106,25
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	30.12.	29.12.
MS 58, 1.VS	geschl.	geschl.
MS 58, 2.VS	geschl.	305
MS 63	275-276	274

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	30.12.	29.12.
Leg. 225	235-251	235-251
Leg. 226	237-253	237-253
Leg. 231	272-285	272-283
Leg. 233	282-298	282-298

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	30.12.	29.12.
PLATIN (DM/g)	32,158	32,158
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	28386	28728
Rückn.-Pr.	24100	24400
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	25000	25160
Rückn.-Pr.	24320	24480
verarbeitet	26220B	26390B
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	24450	24600
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	339,70	341,70
Rückn.-Pr.	329,20	331,10
verarbeitet	354,60B	356,70B

Internationale Edelmetalle

	30.12.	29.12.
GOLD (US-$/Feinunze) London		
10.30	389,40	391,40
15.00	–	390,10
Zürich mittl.	389,50-390,00	391,20-391,70
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	81800	82000
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	359,45	363,20
3 Mon.	368,70	373,05
6 Mon.	378,50	383,10
12 Mon.	397,55	403,50

	29.12.	24.12.
PLATIN (£/Feinunze) London fr. Markt	324,75	327,15
PALLADIUM (£/Feinunze) London f. Händl.-Pr.	80,35	81,35

New Yorker Metallbörse

	29.12.	24.12.
GOLD H & H Ankauf	390,10	unerh.
SILBER H & H Ankauf	531,00	unerh.
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	474,00-476,00	unerh.
Prod.-Pr.	600,00	unerh.
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	117,50-119,50	unerh.
Prod.-Pr.	150,00	unerh.
COMEX GOLD		
Dez.	388,50-389,50	390,50
Jan.	389,80	391,00
Febr.	391,80-392,00	392,80-393,10
April	395,00-395,50	396,40-396,80
Juni	398,30-398,50	399,80
Umsatz	20000	15000
SILBER (c/Feinunze)		
Dez.	529,50	530,00
Jan.	530,10	531,50
Feb.	532,70	534,10
März	535,00-535,50	536,50-537,00
Mai	540,50	542,00
Juli	545,50	546,50-547,00
Sept.	552,00	553,00
Umsatz	7000	3000

KUPFER (c/lb)

	29.12.	24.12.
Dez.	60,45	60,15
Jan.	60,35	60,10
Feb.	60,65	60,40
März	60,95	60,70-60,80
Mai	61,50-61,55	61,30-61,35
Juli	61,85	61,65-61,80
Sept.	62,10	62,05
Umsatz	2600	1000

Londoner Metallbörse

	30.12.	29.12.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	780,50-781,00	782,00-783,00
3 Mon.	796,00-797,00	796,50-797,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	352,00-353,00	340,00-342,00
3 Mon.	314,00-314,50	310,00-311,00
KUPFER grade A (£/t)		
mitt. Kasse	910,00-910,50	907,00-907,50
3 Monate	934,00-934,50	931,00-931,50
ab. Kasse	–	907,00-908,00
3 Monate	–	932,00-932,50
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	883,00-886,00	880,00-882,00
3 Monate	911,00-912,00	906,00-908,00
ZINK Highgrade (£/t)		
mitt. Kasse	572,00-573,00	563,00-565,00
3 Monate	547,00-548,00	543,00-544,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/FL)	–	155-165
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	35-40

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)

	29.12.	24.12.
Jan.	48,20-48,30	47,35-47,65
Febr.	49,50-49,60	48,60-48,80
März	48,95-49,00	48,00-48,20
April	47,80-47,85	46,60-46,75

GASÖL – London ($/t)

	29.12.	23.12.
Jan.	143,50-144,00	139,75-140,00
Febr.	147,50-147,75	144,25-144,50
März	147,00-147,50	144,25-144,50
April	143,50-143,75	139,50-140,00
Mai	140,50-140,75	137,00-138,00
Juni	139,50-141,00	137,00-138,00
Juli	139,50-145,00	137,00-140,00
Aug.	135,00-145,00	135,00-140,00

BENZIN (bleifrei) – New York (c/Gallone)

	29.12.	24.12.
Jan.	47,10-47,35	45,80-46,00
Febr.	48,35-48,50	47,20-47,30
März	49,40-49,50	48,20-48,35
April	50,50-50,70	49,50
Mai	51,50	50,00

ROHÖL – New York ($/Barrel)

	29.12.	24.12.
Febr.	17,63-17,67	17,25-17,29
März	17,78-17,82	17,38-17,42
April	17,78-17,81	17,58-17,42
Mai	17,73	17,35-17,40
Juni	17,68-17,70	17,34

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel)
mittlere Preise in NW-Europa – alle fob

	29.12.	24.12.
Arabian Lg.	13,90	13,60
Arabian Hv.	13,64	13,38
Iran Lg.	16,25N	16,25N
Forties	17,10N	16,60N
North Brent	17,55	17,50N
Bonny Light	14,85N	14,85N

Kartoffeln

London (£/t)

	29.12.	23.12.
Febr.	106,00	107,00
April	146,40	148,60
Mai	165,30	167,30
Nov.	88,50	86,30

New York (c/lb)

	29.12.	24.12.
–	–	–
März	4,72	4,77
Mai	5,22	5,20
–	–	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	29.12.	26.12.
Jan.	168,80-168,90	170,10-170,00
März	164,80-164,30	165,60
Mai	164,50-164,00	165,00-165,20
Juli	164,50-163,20	163,90

Devisenterminmarkt

Am 30. 12. ermäßigten sich Dollar- und DM-Zinssätze in gleichem Ausmaß. Die Swap-Sätze waren meist unverändert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,30-0,25	0,70-0,65	1,26-1,16
Pfund/Dollar	0,55-0,51	1,73-1,68	3,48-3,38
Pfund/DM	2,10-0,70	5,00-3,60	9,10-7,70
FF/DM	22-6	52-36	82-66

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 30.12.: Tagesgeld 5,45-5,55 Prozent; Monatsgeld ausg. Prozent, Dreimonatsgeld ausg. Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,90 Prozent, 6 Mon. 4,90 Prozent.
Privatdiskontsätze am 30.12.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 30.12.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 30.12. Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6¼-6⅜	4⅞-5	3⅝-4
3 Monate	6-6⅛	4⅞-5	3⅝-4
6 Monate	6-6⅛	4⅞-5	3⅝-4
12 Monate	6-6⅛	4⅞-5	3¾-4

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 30.12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 14,00; Verkauf 17,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 14,00; Verkauf 17,00 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 30.12. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl.MwSt	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	191,00	246,24	34,35
20 ffr. Napoleon	5,8070	143,00	191,52	32,98
20 sfr Vreneli	5,8070	157,00	207,48	35,73
1 Sovereign Neu	7,3220	167,00	218,88	29,89
1 Sovereign Alt	7,3220	169,00	221,16	30,20
100 Kronen Öster.	30,4880	705,00	872,10	28,60
20 Kronen Öster.	6,0980	138,00	180,12	29,54
10 Kronen Öster.	3,0480	76,00	102,60	33,66
4 Dukaten Öster.	13,7700	326,00	405,84	29,47
1 Dukaten Öster.	3,4420	75,00	106,02	30,80
10 Rubel Tscherw.	7,7423	188,00	242,82	31,36
Krügerrand 1 Uz	31,1035	741,00	884,64	28,44
Krügerrand ½ Uz	15,5517	390,00	467,40	30,05
2 Rand Südafrika	7,3220	165,00	214,32	29,27
1 Rand Südafrika	3,6610	74,00	107,16	29,27
50 C.$ Mapl.L.1 Uz	31,1035	767,00	914,28	29,39
5 C.$ Mapl. 1/10 Uz	3,1103	78,00	100,32	32,25
20 US-$ Dbl. Eagle	30,0930	960,00	1242,60	41,29
Gold Am.Eagle 1 Uz	31,1035	770,00	917,70	29,50
Nob. Platin 1 Uz	31,1035	950,00	1128,60	36,29
Nob. Platin 1/10 Uz	3,1103	94,00	123,12	39,58

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. November 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/9 (Typ A) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,23) – 5,50 (4,64) – 6,00 (4,95) – 7,00 (5,32) – 8,00 (5,70). Ausgabe 1986/10 (Typ B) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,66) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,39) – 8,00 (5,82) – 8,00 (6,13) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,75, Kurs 100,60, Rendite 5,61.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 29.12.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	58,511	6,50
Commerzbank	100,00	22.5.95	60,75	6,11
Commerzbank	100,00	4.8.00	44,00	6,23
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	148,00	8,55
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	113,52	5,50
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,86	5,50
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	57,51	6,65
Hbg. Ldbk. A.1	100,00	1.7.96	52,90	6,95
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	59,76	6,30
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	41,86	6,70
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	59,33	6,39
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	28,95	6,93
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	28,80	6,82
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	27,35	6,96
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	14,42	6,84
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	59,15	6,41
WestLB 600	100,00	2.5.95	59,20	6,49
WestLB 603	100,00	1.6.01	40,55	7,00
WestLB 606	100,00	1.8.06	26,65	7,08
WestLB 500	126,86	16.2.89	–	–
WestLB 501	137,01	16.2.90	117,90	4,92
WestLB 504	141,85	1.10.91	110,05	5,29
WestLB 505	145,24	1.9.92	105,55	5,54
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	116,00	6,58
Österreich	294,12	24.5.00	115,50	7,14
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	135,00	7,98
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	136,50	7,50
Prud Realty	$ 100	15.1.99	73,90	8,59
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	80,125	7,26
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	69,25	7,41
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	61,00	10,06
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	67,25	7,99
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	67,125	7,94
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	64,00	7,49
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	55,00	8,71
Penney (A+)	100,00	17.2.94	56,75	8,48
Sears (AA)	100,00	27.5.94	56,00	8,09
Philip Morris/A	100,00	6.6.94	54,75	8,38
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	53,75	7,84

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)	5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,85 (4,80)	100,2	101,0	102,0	102,9	103,9	104,8
2	4,95 (4,95)	100,1	101,8	103,6	105,5	107,4	109,2
3	5,23 (5,24)	99,40	101,8	104,5	107,3	110,0	112,7
4	5,55 (5,53)	97,80	101,3	104,8	108,3	111,8	115,3
5	5,73 (5,73)	96,50	100,7	105,0	109,2	113,4	117,7
6	5,91 (5,93)	95,05	100,5	104,9	109,8	114,7	119,6
7	6,28 (6,30)	92,40	98,45	103,4	108,9	114,5	120,0
8	6,51 (6,51)	90,25	96,30	102,4	108,5	114,5	120,6
9	6,67 (6,67)	88,35	94,95	101,5	108,1	114,7	121,3
10	6,68 (6,69)	87,35	94,45	101,6	108,7	115,8	122,9
15	7,05 (7,00)	80,60	89,60	99,55	107,7	116,7	125,7

Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%–10%.

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,904 (112,895)
Performance-Rentenindex: 252,030 (251,969)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	29. Dez.	7-9,25
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	7,10
	60–270 Tage	5,90
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,50
	60 Tage	6,75
	90 Tage	6,375
Certificates of Deposit	1 Monat	7,50
	2 Monate	6,50
	3 Monate	6,25
	6 Monate	6,10
	12 Monate	6,10
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,68
	26 Wochen	5,68
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,19
	30 Jahre	7,43
US-Diskontsatz		5,50
US-Primerate		7,50
Geldmenge M1	15. Dez.	722,5 Mrd. $ (+1,6 Mrd $)
NYSE-Aktienindex (New York)		
März	–	141,10
Juni	–	141,45

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	29.12.	23.12.
9¾ EEC 90	105,75	105,75
11¼ dgl. 90	112	112
10¾ EIB 95	110,875	110,875
11 dgl. 91	114,125	114,125
11½ dgl. 90	115,25	115,25
11¾ dgl. 93	122,75	122,75
12 dgl. 95	124,625	174,625
12½ dgl. 90	118,25	118,25
12¾ dgl. 93	128,125	128,125
13 dgl. 96	121	121
10¼ Wld Bk 95	114,5	114,5
10¾ dgl. 88	104,25	104,25
10¾ dgl. 90	110,875	110,875
10¾ dgl. 93	117	117
11 dgl. 92	115,75	115,75
11¼ dgl. 88	108,25	108,25
11¼ dgl. 90	114,375	114,375
11⅜ dgl. 89	109	109
11½ dgl. 90	115,125	115,125
12 dgl. 93	123,25	123,25
12¼ dgl. 94	126,5	126,5
12½ dgl. 94	129,375	129,375
6¾ Sears 91	105,75	105,75
6¾ Swed.Ex.91	103,5	103,5
7 TRW 94	102,75	102,75
6¾ Un.Tech.92	104	104
6¾ W.Disn.96	103,875	103,875
6½ World Bk96	105,25	105,25
6¾ dgl. 90	104,5	104,5
6¾ dgl. 94	106,125	106,125
7 dgl. 94	108,375	108,375

Euro-Yen

	29.12.	23.12.
6¾ Al.Corp 91	102,875	102,875
6¾ All.Sigs93	104,5	104,5
7¾ ADB 94	110	110
7 Austria 95	107,875	107,875
7 BP 92	106,75	106,75
6¾ Denmark 92	105,625	105,625
7 Denm.Bk. 92	106,25	106,25
7 Dow Chem.94	102,125	102,125
6¾ EDF 95	107,25	107,25
6½ Eurofima95	103,875	103,875
6¾ dgl. 92	103,875	103,875
6¾ dgl. 93	103,875	103,875
7¾ dgl. 94	106,625	106,625
6⅞ Fannie 92	105,75	105,75
6¾ Finl.Rep90	104,875	104,875
6½ GMAC 90	102,75	102,75
7¼ Goodyear95	103,5	103,5
6⅞ dgl. 94	102,875	102,875
6¾ ITT 92	104	104
6½ McDonal.92	104	104
6⅞ Montreal95	105,5	105,5
6½ NordLB 95	104	104
6 NIB 91	102,125	102,125
7 dgl. 92	107,5	107,5
5¾ Norway 91	100	100
6¾ Penney 92	103,75	103,75
6¾ Procter 92	104,25	104,25
6¾ Sallie 92	104,875	104,875

Lux. Franc Bonds

	29.12.	23.12.
7 Amro 93	98,75	98,75
9¾ Asea 89	101	101
6¾ Asian Dv87	99,75	99,75
10½ BFG Lux90	102,75	102,75
11 BNP 90	100,75	100,75
9 dgl. 93	106,5	106,5
10 Ceca 98	105,5	105,5
10½ dgl. 94	106,75	106,75
11 dgl. 92	103,5	103,5
8¾ Conseil 95	104	104
12¾ dgl. 97	101	101
8 Capital 88	100,5	100,5
8½ dgl. 89	100,75	100,75
11 Cr.Lyon.88	100	100
15 dgl. 89	100,5	100,5
7½ Den.Mtg 88	100	100
8¾ EEC 95	105,75	105,75
8¾ Euratom 89	102	102
10¼ dgl. 96	109,5	109,5
11 dgl. 93	101,25	101,25
8½ Eurof. 89	101,5	101,5
9 dgl. 95	105	105
10 dgl. 91	104,5	104,5
10 dgl. 94	105,5	105,5
8 EIB 91	100	100
8¾ dgl. 93	105,25	105,25
9¾ dgl. 95	106,5	106,5
9¾ dgl. 88	100,25	100,25
9¾ dgl. 93	102,25	102,25
10½ dgl. 94	111	111
11½ dgl. 88	100	100
12¼ dgl. 90	100,5	100,5
8¾ Goodyear95	103	103
9¾ Ind.B.F.95	104	104
9¾ Hypo Bk.88	101	101
11 Kredlet.93	105	105
7¾ dgl. 87	99,75	99,75
12½ dgl. 88	100,25	100,25
10 dgl. 90	103,25	103,25
11¾ dgl. 89	108,5	100,5
8 Luxair 87	99,75	99,75
8½ dgl. 87	100	100
8¾ Met.Chim92	103	103
9 dgl. 95	106	106
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	100	100
8½ dgl. 87	99,75	99,75
9 Paribas 92	104	104
10¼ Paribas89	103,5	103,5
8 Philips 89	100,5	100,5
7¾ Renault 88	99,75	99,75
7½ Sogenal 91	100,25	100,25
9½ dgl. 92	105,5	105,5
10¾ Solvay 87	100,25	100,25
8 Sveriges 88	100	100
9¾ Volvo 87	100,25	100,25
8 WorldBk. 96	103,25	105,25
9¼ dgl. 90	103	103
10¼ dgl. 89	100,5	100,5

Rechnungs-Einheiten RE 9 DM 2,52832

	29.12.	23.12.
8¼ Cop Cty91	99	99
12¾ dgl. 92	101	101
8¾ CCA 91	99,5	99,5
11¼ Ned. G.88	100,5	100,5
9¾ Queb. P.94	99,5	99,5
8¾ SDR 94	99,5	99,5

ECU

	29.12.	23.12.
7¾ Aegon 95	94	94
7½ Aerosp. 92	97,25	97,25
9 ANA 95	105,625	105,625
10¾ Austria93	111,25	111,25
10 BNDA 92	103,75	103,75
8¾ B.d.Roma93	100,75	100,75
9 Bk Hels 96	108,375	100,375
7¾ BNP 93	96	96
7¾ dgl. 93	98,75	98,75
8¾ dgl. 95	104,375	104,375
8¾ Bay.Vbk.88	–	–
8¾ BFCE 93	102,125	102,125
9¾ dgl. 97	108,25	108,25
9¾ dgl. 95	107,375	107,375
9¾ Bull 92	102,25	102,25
9¾ CNT 92	108,25	108,25
9¾ dgl. 95	107,25	107,25
8¾ Cargill 95	103,375	103,375
8 Ceca 97	100,5	100,5
10¾ dgl. 89	106,5	106,5
9 Chrysl. 92	100,25	100,25
9¾ dgl. 94	100,25	100,25
9 ClubMed 88	105	103
9 Colgate 91	101,5	101,5
9 Cop Cty 95	101,25	101,125
9¾ CCF 95	105	105
9¾ CrdNord 91	105,625	105,625
6¾ CrdLyon 92	94,125	94,125
8¾ CrdNat 95	106,25	106,75
10¾ dgl. 94	109,625	109,625
8¾ Crdanst 94	104,375	104,375
9¾ Credito 97	104,875	104,875
7¾ Denmark 96	97,75	97,75
7¾ EDF 98	94	94
9 dgl. 97	105,375	105,375
7¾ EEC 91	99,5	99,5
7¾ dgl. 94	97,5	97,5
8¾ dgl. 93	104,75	104,75
8¾ ELFAqu. 88	101,25	101,25
9 Enso Gut 91	101,5	101,5
9¼ dgl. 93	101,625	101,625
10 Euratom 97	106,75	106,75
7¾ dgl. 96	97,625	97,625
9¾ Eurofima93	104,375	104,375
7¾ EIB 91	99,125	99,125
8¾ dgl. 90	103,25	103,25
8¾ dgl. 93	105,25	105,25
8¾ dgl. 92	103,5	103,5
9¾ dgl. 95	109,875	109,875
10¾ dgl. 94	111,5	111,5
10¾ dgl. 90	109	109
9 Eutelsat 95	102,5	102,5
6¾ EDC 96	91,625	91,625
8¾ Fiat 90	102,125	102,125
8 dgl. 91	99,5	99,5
9 IBKFinnl 95	101,675	101,625
8¾ Ford C.95	103,75	103,75
7½ Gill. 93	99,75	100
7 Giroz. 93	94,625	94,675
10¼ dgl. 93	109,5	109,5
10 IADB 93	111,75	111,75
8¾ IBM 90	103,25	103,25
9 Imatran 96	101,5	101,5
9¾ Italie 89	104,625	104,625
10¾ dgl. 92	110,125	110,125
6¾ KBIsl 95	90	90
7¾ LTCB 91	100,125	100,725
10¾ Mogat 95	106,125	106,125
7 Morrill 90	97,625	97,625
8¾ Mits.Tr 93	102,75	102,75
9 MoetHen.91	104,75	104,75
8¾ Morgan 90	102,875	102,875
8¾ Motorola92	103,25	103,25
9 Nerna 95	102,625	102,625
8¾ N.S.Wal.93	103,75	103,75
9¾ N.Zeal. 90	105,625	105,625
9¾ N.Zeal 92	105,625	105,625
7½ Nissan 96	95,125	95,125
9 OstLbk. 89	102,75	102,75
7¾ Oslo C. 96	98,5	98,5
8¾ Parbel 89	101,625	101,625
10 Pechin.90	105,5	105,5
9¾ Peugeot 90	104	104
8½ Phibro 95	101,5	101,5
7¾ Ph.Mor 89	99,25	99,25
9 Philips 93	103,25	103,25
9¼ Pibo 92	105,75	105,75
10 Prvbk. 97	105	105
7½ Rabobk. 96	98,125	98,125
9¾ Reynolds91	103,5	103,5
9 SAS 95	104,625	104,625
9 Samwa 95	105,5	105,5
8¾ Socpac 90	102,125	102,125
9 SNCI 95	104,25	104,25
8¾ Sumitomo92	103,625	103,675
9¼ dgl. 93	105,875	105,875
9 dgl. 93	105,625	105,625
6½ Schweden96	92	92
9 Unbk Nor 95	103,5	103,5
8¾ Vict. 90	104,5	104,5
8¾ WaltD. 94	103,75	103,75
9¾ dgl. 95	104,5	104,5
8½ Washgt.96	103,125	103,125
9¾ Westpac92	105,625	105,625
7¾ Worldbk.97	99,75	99,75
8½ dgl. 95	104,125	104,125
9¾ dgl. 95	104,5	104,5
9½ dgl. 92	106,75	106,75
10¼ dgl. 89	108,125	108,125
10¾ dgl. 94	109,375	109,375
11 dgl. 93	108,5	108,5
8½ Xerox 90	103,375	103,375

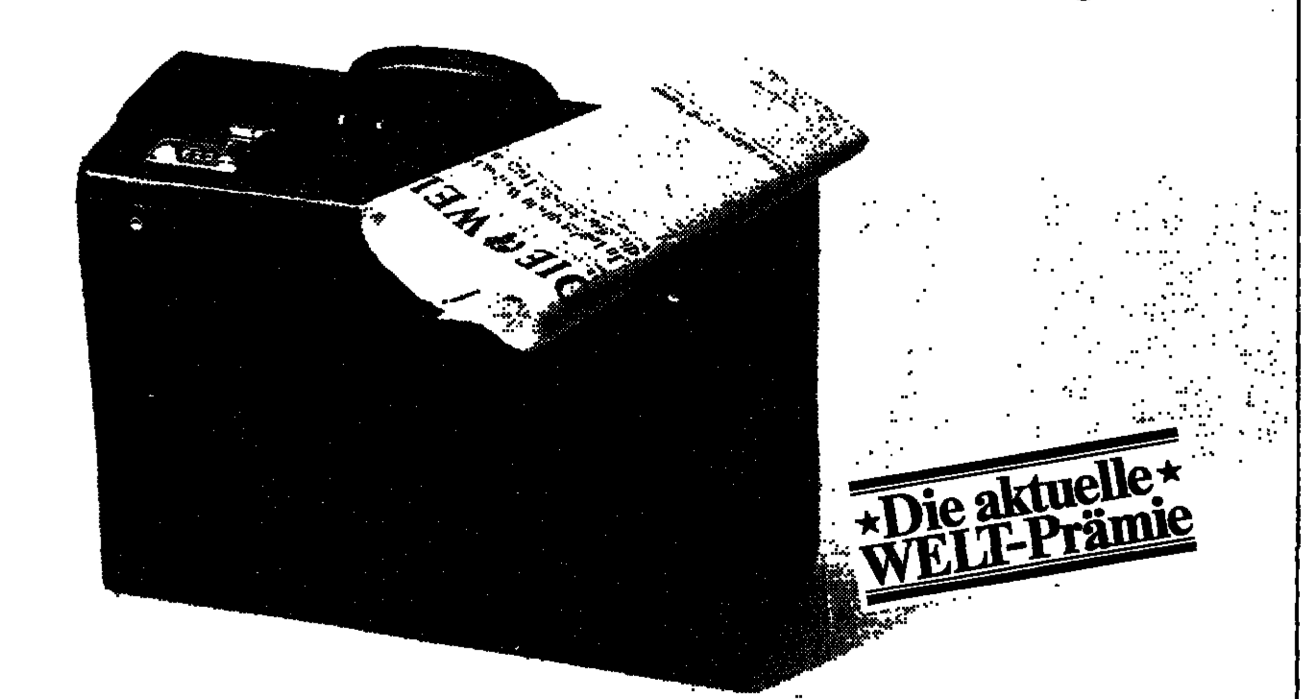
ECU-Tageswerte

	29.12.	23.12.
Dollar	1,04512	1,05707
Bfr	43,2199	43,7666
DM	2,07558	2,0789
Hfl	2,34603	2,35086
£	0,727788	0,728331
Dkr	7,86083	7,87373
FF	6,86841	6,83553
Lira	1443,77	1442,59
I-£	0,763799	0,764311
Sfr	1,73454	1,73329
öS	14,6006	14,6154
Peseta	140,867	140,505
Skr	7,25738	7,24555
Nkr	7,88826	7,89319
Kan-$	1,4705	1,44923
Esc	156,306	155,707
Fmk	5,1312	5,11571
Yen	169,513	171,015
Drachme	148,296	147,574

SZR-Wert

	29.12.	24.12.
Dollar	1,21739	1,21339
DM	unerh.	unerh.









DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.), Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge, Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Gunther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geiel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Horst-Alexander Siebert; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Gerd Brüggemann.

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10, (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 65 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Ulk für Menschen ohne Magenbeschwerden

Ihr Sinn für Komik läßt einem im wahrsten Sinne des Wortes die Haare zu Berge stehen. „Sie sind respektlos, unverschämt, dreist, oft geradezu unerträglich rüde, aber sie sind einfach komisch", urteilte ein Kritiker vor gut zwanzig Jahren, als die Gruppe zum ersten Mal auf dem Bildschirm auftauchte und das englische Publikum das Lachen und das Fürchten lehrte.

„Unser Humor ist tiefschwarz und nicht für Menschen, die sich leicht ängstigen, die Magenbeschwerden haben oder allzu empfindlich sind", sagt denn auch Terry Gilliam, der einzige Amerikaner in diesem britischen Männerbund.

Gilliam gilt neben John Cleese als der Anführer dieser Rasselbande. Vor zwei Jahren sorgte er bei den Berliner Filmfestspielen mit seiner bitteren Zukunftssatire „Brazil" für Aufsehen und Applaus. Durch einen Zufall kamen die „Monty Python" in den frühen sechziger Jahren zusammen. Sie studierten gemeinsam und schlossen sich einer Theatergruppe an.

Aber Shakespeare lag ihnen weniger als der reine Ulk. Sie machten sie eine Truppe auf, nannten sich „Monty Python". Bald unterhielten sie ihre Kommilitonen und die Professoren mit ihren selbstverfaßten Sketchen

Monty Pythons wunderbare Welt der Schwerkraft – ARD, in der Silvesternacht um 1.05 Uhr

und eroberten innerhalb weniger Jahre das Fernsehen mit ihren aus diversen Sketchen zusammengesetzten Blödelstunden.

„Warum wir uns 'Monty Python' genannt haben, wissen wir gar nicht mehr", behauptet Terry Gilliam. „Wir haben nach einem möglichst unsinnigen Namen gesucht, und plötzlich hatten wir ihn. Und es war wohl vor allem der Name, der die Bosse beim Fernsehen neugierig auf uns machte. Was konnte sich wohl hinter diesem Namen verstecken? Schon nach der ersten Sendung wußten wir es dann: Hinter diesem Namen steckt nichts Gutes!"

Das britische und bald das amerikanische Publikum aber liebte die respektlosen Satiren der Sechsergruppe. Traditionen werden veruikt, historische Persönlichkeiten durch den Kakao gezogen, die Wissenschaft als Fundgrube für absurde Ideen benutzt, und auch die Kirche bleibt von keinem Spott verschont.

Gefragt, ob ihnen denn nichts heilig sei, antwortet Terry Gilliam: „Doch, im Grunde wollen wir ja mit unseren Späßen Mißstände aufzeigen und uns für die Menschheit einsetzen. Ich gebe zu, daß wir dabei manchmal über das Ziel hinausschießen. Aber wenn wir die Kirche angreifen, meinen wir nicht den Lieben Gott. Und wenn wir die Torheiten der Menschen wie Gier, Freßsucht, Neid, Gewalttätigkeit und Intrigantentum attackieren, dann knüpfen wir damit nur an die Traditionen von Künstlern wie Hieronymos Bosch und an die Burleske im Theater an."

Obgleich Terry Gilliam und John Cleese auch ihre eigenen Fernsehsendungen haben und die übrigen Mitglieder der Gruppe auch als Alleinunterhalter gefragt sind, schließen sie sich immer wieder zusammen, um gemeinsam für Kino- und Fernsehfilme zu ulken.

Wir sind ein wirklich demokratisches Team", sagt Gilliam. „Ich bestimme, und die anderen machen mit." Was wieder einmal eine der typischen Scherze von Monty Python ist, denn für diese Gruppe gilt das alte Motto der drei Musketiere: Alle für einen, einer für alle – und das schon seit zwanzig Jahren.

MARGARETE von SCHWARZKOPF

Serie mit Michael Landon (Little Joe aus Bonanza)

Himmlischer Softy

Neujahr kommt ein Engel, und tags darauf ist er schon wieder da. „Ein Engel auf Erden" lautet die neue Serie, die die Mainzelmänner in Amerika gekauft haben und (nach dem Pilotfilm) freitags ins Programm flattern lassen.

Es ist tatsächlich ein Engel. Nicht etwa ein irdischer, wie er einem gelegentlich über den Weg läuft. Dieser kommt allen Ernstes aus jener Region, die unsere Altvorderen, auch Dante noch, „Paradiso" nannten, und er hört auf den schönen Vornamen Jonathan, gefolgt freilich von dem Familiennamen Smith. Das klingt bis

Ein Engel auf Erden – Neujahr im ZDF um 15.45 Uhr

hin zum Namen sehr nach dem traditionellen Karnevalsspiel, dem sogenannten „Divertissementchen" des Kölner Männer-Gesang-Vereins, das, von Gerti Runkel verfaßt, 1984 „D'r Engel namens Schmitz" hieß und die gleiche Geschichte erzählte. Wie sein Kölner Kollege wurde Jonathan Smith auf die Erde geschickt, um allerhand Ungereimtes zu reimen. Die Menschen auf Erden sollen lernen, an das Gute zu glauben. Da hat Jonathan allerhand zu tun. Für 24 Serienteile reicht es jedenfalls.

Weil, wer es anders meint, verdächtig ist, fällt Jonathan sogleich dem früheren Polizisten Mark auf, den Victor French spielt... Aber man wird ja sehen. Michael Landon hat sich das ausgedacht – hat das Drehbuch geschrieben, er ist der Produzent der Serie, er führt Regie.

Und – „laßt mich den Löwen auch noch spielen!" – auch die Hauptrolle, den Engel Jonathan, spielt Landon. Serien-Konsumenten dürfte der Name auf der Zunge zergehen: Denn Landon, als Eugene Horowitz in New Jersey zur Welt gekommen, ist jener, den wir als Little Joe aus „Bonanza" kennenlernten – in einer Rolle, die er 14 Jahre lang spielte. So little ist er inzwischen aber nicht mehr, er sieht auch älter aus – er ist 50.

Fit ist er aber noch immer, und das kann er brauchen bei seinen Abenteuern. Das gilt selbst dann, wenn man seinen Jonathan als „Softy" bezeichnet. Deshalb wohl ereignen sich in seinem Umkreis gelegentlich Geschichten, bei denen es dem Anspruchsvollen nicht ganz geheuer ist, so gefühlvoll – um das Wort „sentimental" zu vermeiden – sind sie geraten. Hollywood und sein Publikum sind so. Aber wie immer: Mit einem Schlenker am Ende wird auch diese Gefahr bestanden. Im übrigen hatte das ZDF Siegfried Rabe; er umschiffte das Rührselige, wie es sich gehört. Schließlich ist er ein erfahrener Synchron-Käpt'n.

HORST ZIERMANN

Hallo Nachbarn! Wie wird unsereins ein Vampir?

Es geht um zwei benachbarte Familien, eine gewöhnliche in einem gewöhnlichen Haus und eine Vampir-Familie auf dem Friedhof gegenüber, die in Särgen zu schlafen pflegt. Soweit also ist alles normal, wenn da nicht der kleine Vampir-Sohn Rüdiger (Joel Daks) wäre. Er nämlich findet Gefallen an dem gleichaltrigen Nachbarn Anton Bohnensack. Die beiden Jungen schließen Freundschaft, besuchen sich, der

Der kleine Vampir (1) – Silvester in der ARD um 13.45 Uhr

junge Bohnensack bekommt eine Vampir-Pelerine verpaßt, schwarz und mit Flugpulver eingerieben, so daß beide Jungen fliegen können, wohin es sie treibt. Obwohl...

Obwohl es dem Reglement der sittenstrengen Vampir-Familie widerspricht, daß Vampire sich mit Menschen freundschaftlich einlassen. Aber sie tun's. Auch das Vampir-Töchterchen macht mit, zu dritt leben die Kinder ihr Kinderleben und achten nicht auf die Unterschiede der Gebisse. Das ist der Rahmen der 13 Geschichten, die unter der Aufsicht des NDR mit englischen und kanadischen Partnern gedreht wurden.

Auf den ersten Blick kommen einem allerdings die Vampire – bei aller Toleranz Randgruppen gegenüber – recht gespenstisch vor, und man weiß nicht recht, soll man sich gruseln oder nach pädagogischen Handbüchern greifen? Bis man überwältigt wird von der Fröhlichkeit der jungen Darsteller, ihrer Freude am gleichzeitigen Fürwahrhalten und dem Zwinkern ob der Reißzähne. Man gerät in den Sog des Geflatters.

Und wenn sich die spitzbezahnte Familie zusammenfindet, dann bricht der letzte Vorbehalt; man möchte es Rüdiger nachsprechen: „Wie wird unsereins Vampir?" Und dem Vampir-Jäger Geiermeier (Gert Fröbe) gilt unsere Gegnerschaft. Wie der aber auch hinter den lieben Vampiren her ist! Die Geschichten aus der Gruft basieren auf Büchern von Angela Sommer-Bodenburg. Und was lernen die Kinder? Vampire sind auch nur Menschen.

V.P.



Miss Sophies 90. Geburtstag **Dinner for one** wird mal wieder wiederholt – Freddie Frinton stolpert Silvester in den Dritten. Gaststar diesmal: Admiral von Schneider. West um 18.40 Uhr, Nord um 19.40 Uhr, Hessen um 19 und 0.03 Uhr, Südwest um 19.30 Uhr, Bayern um 19 Uhr FOTO: TEUTOPRESS



Steht wirklich alles im Kaffeesatz? Thesi (Lieselotte Pulver) hört skeptisch den Deutungen Georgs (Paul Hubschmid) zu. Überhaupt blickt sie sorgenvoll nach vorn, denn **Heute heiratet mein Mann** (den spielt Johannes Heesters), das weiß sie und will es verhindern, obwohl sie geschieden sind. In der Silvesternacht um 0.20 Uhr im ZDF. Die Regie bei diesem deutschen Spielfilm (1956) mit Gustav Knuth und Charles Regnier führte Kurt Hoffmann. FOTO: TB



Joseph Losey verfilmte 1972 Ibsens **Nora** (ZDF, am Neujahrstag um 21.40 Uhr). Torvald (David Warner, Mitte) geht es um seine gesellschaftliche Stellung als Lebensprinzip, und er begreift nicht, daß seine junge Frau (Jane Fonda als Nora, rechts) Schulden gemacht hat, um ihm eine Kur in Italien zu finanzieren. FOTO: URSULA RÖHNERT

Griegs Grab: Granit auf dem Weg zum Bootshaus

Patriotischer Lyriker

Troldhaugen heißt das Haus, auf deutsch: Trollhügel. Steil sitzt es über dem Neben-Nebenarm eines Fjords, nahe der norwegischen Hafenstadt Bergen. Aber von der Stadt hört man hier schon nichts mehr.

Die Straßen von dort aus waren schon immer schmäler geworden, man zweigte schließlich auf einen Schotterweg ab, das letzte Stück kann man nur laufen. Ein hölzernes Wohnhaus zwischen Bäumen, dazwischen ein leicht verwilderter Garten. Ein steiler Serpentinenpfad führt hinunter zum Wasser, zum Bootshaus.

Edvard Grieg und Norwegen – Neujahr im ZDF um 23.20 Uhr

Unterwegs, von einem schweren Granitblock markiert, die Grabstätte des Hausherrn und seiner Frau.

Hier also hat Edvard Grieg gelebt, hier hat er komponiert. Wenn man das Haus betritt, hängt im Vestibül linker Hand eine Samtjacke am Haken, wie er sie auf manchem Foto trägt. In die Ecke gelehnt, wartet die Angel. Drinnen im Wohnzimmer ist noch alles, wie es einmal war: Erinnerungs-Fotografien, Lorbeerkränze, wie ein Komponist seines Ranges sie damals auf manchem Musikfest aufgedrückt bekam, kleine gipserne Porträtbüsten anderer Komponisten. Mozart hält den Ehrenplatz. Plüschsessel und Spitzendeckchen, wie Frau Nina Grieg sie arrangiert hatte.

Und natürlich der Flügel des Meisters; kein Concert Grand, nein, ein kleiner B-Flügel (wenn überhaupt) mit viel verziertem Holzwerk nach der Art des 19. Jahrhunderts. Hier wird zuweilen noch musiziert, ja, sogar auf Griegs Flügel gespielt.

Dem Finnen Jean Sibelius, dem anderen großen Komponisten des Nordens, hat man ins Stammbuch geschrieben: „Tausend Seen machen noch keine Sinfonie". Grieg konnte man nichts dergleichen nachwerfen: Er hat die große Form gemieden. Es gibt keine Sinfonie von ihm, das größte – und neben der Musik zu Ibsens „Peer Gynt" auch berühmteste Werk – ist sein a-Moll-Klavierkonzert. Ansonsten: Kammermusik, Lieder, sinfonische Tänze und immer wieder Klavierstücke.

Für die Norweger ist Grieg, der von 1843 bis 1907 lebte, noch immer lebendig. Eben deshalb halten sie sein Haus am Leben, mumifizieren es nicht zum Museum. Denn seine Musik hat so viel zu tun mit Land und Leuten, mit der Geschichte und den Geschichtchen Norwegens. Sie handelt von nichts anderem. Grieg ist so etwas wie der patriotische Lyriker seines Volkes.

ebi

Die ARD zeigt den Videoclip eines großen Filmes

Hochglanz statt Flirt

Gewiß erzählen beide dieselbe Geschichte. Junger Mann lebt in den Tag hinein, gerät als Autodieb auf die schiefe Bahn und kostet vor seinem Ende die Romanze mit einer Studentin aus. Trotz dieses identischen Skeletts käme aber wohl niemand in Gefahr, Jean-Luc Godards „Außer Atem" (1959) mit dem 23 Jahre später von Jim McBride realisierten „Atemlos" zu verwechseln.

Und dies nicht nur wegen der Unterschiede von Schwarz-weiß und Farbe, von kühlem Jazz bei Godard und Rock-Rhythmen bei McBride –

**Atemlos – Neujahr, ARD, 22.45 Uhr
Außer Atem – 7. Januar in West III**

mit diesen beiden Filmen prallen zwei Konzepte aufeinander.

Godard plante einen raffinierten Flirt mit den Konventionen des Kinos. So wollte er der rüden Direktheit des billigen US-Gangsterfilms ein Denkmal setzen und den manierierten Ballast europäischer Erfolgsstreifen über Bord werfen. Spontanität war Trumpf in diesem Film, der an Pariser Originalschauplätzen gedreht wurde und der wackligen Handkamera den Vorzug vor gleitenden Kränen und anderen technischen Finessen gab. Hier sollte das Kino so frisch, frech und ungestüm wirken, als sei es gerade erst erfunden worden. McBride hingegen treibt das optische Kalkül auf die Spitze.

Modefarben kreischen bei ihm, Verfolgungsjagden verraten moderne Technik. Mochte Godard noch aus Askese Vitalität gewinnen, US-Regisseur McBride reizt alle visuellen Möglichkeiten ohne Hintergedanken aus. Er zeigt sich auch weniger dem klassischen Gangsterfilm als den Reizgewittern der Videoclips verpflichtet.

Dieser Eitelkeit entspricht die Besetzung der Hauptrolle. Godard entschied sich damals für den jungen Belmondo, der Gossencharme verströmte und nie verhehlen konnte, daß er lässige Gesten den Helden aus Hollywoods schwarzer Serie verdankt. Diese zwischen Kunst und Leben schwankende, gebrochene Figur hätte Jim McBrides Pläne erheblich gestört. Also spielt jetzt Richard Gere den jungen Autodieb. Ausgiebig präsentiert er seinen durchtrainierten Körper samt Casanova-Qualitäten.

Selbstzweifel sind diesem banalen Helden ebenso fremd wie dem Regisseur des glatten Hochglanzthrillers. Es geht bei ihm nicht mehr um das geistreiche Spiel mit Kino-Mythen. Aufs Podest gehoben wird vielmehr der Inbegriff jenes Typs, den einst John Travolta kreierte: der gockelhafte Narziß.

WILM HART



Silvester



10.00 Tagesschau
10.05 Silvester-Programm
Vorschau
10.15 Christothek
Eine Rock-Gospel-Show
11.00 Das Höllenriff
Amerikanischer Spielfilm (1953)
Mit Robert Wagner, Richard Boone, Terry Moore, Gilbert Roland. Regie: Robert D. Webb
12.40 Der gespenstische Nachbar
Englischer Fernsehfilm
Nach Leon Garfield
Mit Mike Gwylim, Cyril Cusack
13.45 Der kleine Vampir
Neue 13teilige Kinderserie
14.15 Silvester-Revue
Nachdenkliches und Unterhaltendes. Live: Silvester in Sydney, Japan, China. Mit Elke Heidenreich, Dieter Hildebrandt, „Nachtschicht", Chi Coltraine, Ulla Meinecke, Wahrsagerin Gabi Hoffmann. Vorsicht: Auch Politik!
17.15 Fährten der Wölfe
Jagd nach dem Räuber in Rußland. Reportage von L. Lehmann
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Mit Kohls Ansprache
20.15 Wunschkonzert
Mit Salvatore Adamo, René Kollo, Al Martino, Richard Clyderman, Bob Lockwood, Helmut Lohner, Mircea Krishan. Filmausschnitte mit Heinz Erhardt, Victor Borge, Loriot, Otto, Gisela Schlüter, Dieter Hallervorden, Rudi Carrell, Circus Roncalli. Moderation: Dagmar Berghoff und Max Schautzer
0.05 OBA-OBA
Nachtclub auf brasilianisch
Musik: Wilson Mauro
1.05 Monty Pythons wunderbare Welt
Englischer Spielfilm (1971)

9.55 heute
9.57 Peters Pop-Show
Mit Tina Turner, Depeche Mode, Modern Talking, Falco, Patti La Belle, Barclay James Harvest, Münchner Freiheit, Kim Wilde, Pet Shop Boys, Paul Young
12.45 Mittwochs-Lotto
12.55 heute
13.00 Wer nicht will deichen
Der Kampf der Friesen gegen das Meer. Film von Detlef Sprickmann
13.30 Wir feiern Charlie Brown
Zum 35. Geburtstag der Peanuts
14.15 Tödliches Geheimnis (3)
Die Abenteuer des Caleb Williams
15.40 Trompeten-Anton
Ein Junge, der vom Zirkus träumt
16.45 Album '86: Bilder eines Jahres
Anmerkungen von K. Rudolph
17.45 Silvesterkonzert 1986
Weber, Liszt, Bizet und Glinka
Aus der Berliner Philharmonie unter Daniel Barenboim
19.00 heute
Mit Kohls Ansprache
19.20 Kaum zu glauben
Mit Maria Sebaldt, Beate Wedekind, Thomas Gottschalk, Viktor Worms und Udo Jürgens
20.05 Brust oder Keule
Französischer Spielfilm (1976)
Mit Louis de Funès, Coluche
21.45 Startbahn frei fürs Neue Jahr
Show vom Flughafen Tempelhof. Mit Roberto Blanco, Edith Hancke, Beate Hasenau, Klaus & Klaus, Audrey Landers, Los Latinos Americanos, Tony Marshall, Wolfgang Völz, Wallstreet Crash, Ralf Wolter
0.20 Heute heiratet mein Mann
Deutscher Spielfilm (1956)
Mit Lieselotte Pulver, Johannes Heesters, Paul Hubschmid, Gustav Knuth, Charles Regnier, Werner Finck. Regie: Kurt Hoffmann

III.

18.40 Dinner for one
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Endspurt '86
Unfertig ist der Mensch
22.25 Leoparden küßt man nicht
Amerikanischer Spielfilm (1938)
23.55 O Fortuna
Feuerwerk mit Laserkunst
0.05 Die Marx-Brothers im Krieg
Amerikanischer Spielfilm (1933)

NORD
19.40 Der 90. Geburtstag
20.00 Tagesschau
20.15 Das donnernde Geschäft
Hintergründe des Feuerwerks
21.00 Jane in der Wüste (5)
21.10 Endspurt '86
Unfertig ist der Mensch
23.10 Paul Daniels Zaubershow
Goldene Rose Montreux 1985
0.00 Glocken aus Ost und West
0.05 Harald & Eddi
Mit Harald Juhnke und Eddi Arent
0.50 Aloha from Hawaii
Elvis Presley in Honolulu

HESSEN
19.00 Dinner for one
19.20 Hessenschau
20.00 Der gestiefelte Kater
Märchenballett von R. Petit
Musik: Peter Tschaikowsky
21.45 Rock 'n' Roll: The Early Day
22.45 Mord in Hollywood
Amerikanischer Spielfilm (1951)
0.00 Georg Friedrich Händel
Feuerwerksmusik; Adagio
0.05 Dinner for one

SÜDWEST
19.30 Dinner for one
19.50 Der Schwan
Amerikanischer Spielfilm (1956)
Mit Grace Kelly, Alec Guinness
21.35 Gute Laune mit Musik
Strauß-Melodien mit F. Morawitz
22.25 Echt antik und anderes
Vier Szenen mit Willy Reichert, Kurt Grosskurth, Andrea Perkams
23.15 Es lebe die Liebe
Opern-Kostbarkeiten
0.05 Anton Dvořák
Sinfonie Nr. 9 e-Moll

BAYERN
19.00 Dinner for one
19.20 Theodore & Cie.
Theaterstück mit Martin Benrath und Christa Berndl. Aus dem Residenztheater, München
21.05 Rückblick des Fernsehpförtners
21.35 Das Sonderding
Witzige Sprüche aus „Dingsda"
22.40 Hello Las Vegas!
Ausschnitte aus einer Gala
0.05 Fröhlicher Alltag
Mit Maria und Margot Hellwig, Tony Marshall, Lena Valaitis, Vico Torriani

SAT 1

14.05 Indian River
In letzter Minute. Serie
14.30 Rosies lange Lätschen
Amerik. Zeichentrickfilm
14.55 Charlie Chan auf Kreuzfahrt
Amerik. Kriminalfilm (1940)
16.10 Die Waltons
Der Habicht. US-Familienserie
16.55 Das total verrückte Krankenhaus
Engl. Filmkomödie (1967)
18.30 blick
18.45 55 Tage in Peking
Amerikanischer Spielfilm (1962)
Mit Ch. Heston, Ava Gardner
21.40 blick
21.50 Extrablatt
Geschäfte mit Neujahr. München-Streifzug. Wahrsager
22.15 Mortadella
Italienische Komödie (1971)
Mit Sophia Loren, Luigi Proietti
23.55 Prosit Neujahr!
0.05 Feuerwerksmusik
Von Georg Friedrich Händel
0.25 Zwei ganz verrückte Kunstbrüder
Amerikanische Komödie (1978)



19.00 Die vier Jahreszeiten
Concerti grossi von Vivaldi
19.45 Aus Dresdner Sammlungen
Rubens' „Bathseba"
20.00 Tagesschau
20.15 Die verkaufte Braut
Von Friedrich Smetana
Mit René Kollo, Heinz Zednik
22.15 Inspektor Columbo
Amerikanischer Spielfilm (1978)
Mit Peter Falk
23.25 Jazz – Swing – Blues
Mit Joan Faulkner, Janine Olsen, Jean Shy, Dieter Reith-Combo



16.30 Damenwahl
Deutscher Spielfilm (1953)
18.05 Oft passiert es unverhofft
Einfälle und Reinfälle
18.45 First Harmonic Brass Band
Schweizerisches Panik-Orchester
19.00 heute
19.15 Die Fledermaus
Operette von Johann Strauß
Mit Peter Minich, Mirjana Irosch
22.05 Datterich
Darmstädter Lokalposse mit Robert Stromberger, Günter Strack
0.00 Feuerwerk und Musik
Händel: Orchesterkonzert Nr. 26
0.20 Hotel
Clowneske von R. Knie



17.40 Silvester-Magazin
Stars, Tips und Spiele
19.30 Bellamy
Neue Serie mit John Stanton
20.20 Ein Tag wie kein anderer
Spiel zum Mitmachen
21.20 Ein total versautes Wochenende
Ital.-span. Spielfilm (1979)
21.55 Wer bin ich?
Quiz mit Prominenten
22.15 Musik zum Schunkeln
Musik aus Köln
0.00 Prost Neujahr!
1.05 Friedensmeditation der UNO

Neujahr

10.00 Tagesschau
10.05 Werke von Mozart und Strawinsky
Rundfunk-Orchester Saarbrücken unter Myung-Whun Chung
11.15 Die Sklavin Isaura
Was geschah auf Santa Cruz?
11.45 Verteufelte Zeiten
Komödie von Karl Bunje
Hamburger Ohnsorg-Theater. Mit Jürgen Pooch, Heidi Kabel, Werner Riepel, Heidi Mahler
13.30 Geschichte des Alpinismus (5)
Die großen Nordwände
14.15 John Diamond
Englischer Fernsehfilm
15.05 Erlebnisse mit einem Bild
Zeichentrick
15.15 Zwischen Glanz und Wirklichkeit
Das Fürstenhaus Oettingen-Wallerstein. Bericht von Paul Karalus
16.15 Wanderungen durch die Mark Brandenburg (4)
An der Spree und nach Gransee
17.15 Ustinovs Tierfilmfestival
18.25 Das Wort zum Jahresbeginn
Weihbischof Leo Schwarz, Trier
18.30 Meister Eder und sein Pumuckl
Spielfilm (1981) von E. Kaut
20.00 Tagesschau
20.15 Die Fledermaus
Operette von Johann Strauß
Inszenierung: Otto Schenk. Aus dem Nationaltheater München
22.45 Atemlos
Amerikanischer Spielfilm (1982)
Mit Richard Gere, Valerie Kaprisky
0.25 Tagesschau
0.30 Swing Session
Von Dieter Finnern
Mit Horst Jankowski, Rias-Big-Band, Gillian Scalici, Eugen Cicero
1.30 Tagesschau
1.35 Nachtgedanken
Hermann Hesse

9.35 Der gläserne Pantoffel
Amerikanischer Spielfilm (1955)
Mit Leslie Caron, Michael Wilding, Keenan Wynn, Elsa Lanchester, Amanda Blake
Regie: Charles Walters
11.13 Bilder eines Jahres
Anmerkungen von K. Rudolph
12.15 Neujahrskonzert 1987
Mit Kathleen Battle (Sopran), Wiener Philharmoniker unter Karajan (wenn seine Gesundheit es zuläßt)
Ballett der Wiener Staatsoper
13.50 Neujahres-Skispringen
Live aus Garmisch-Partenkirchen
15.45 Ein Engel auf Erden
Mit Michael Landon und Victor French. Regie: Michael Landon
17.20 Pippi Langstrumpf
Schwedisch-deutscher Spielfilm (1968). Nach Astrid Lindgren
19.00 heute
Mit Stoltes Ansprache
19.20 Eugenio von Savoy
Film von B. Vacha und J. Kaizik
20.05 Das Traumschiff
Urlaubsgeschichten auf See und in Brasilien
Mit Olivia Pascal, Lonny Kellner-Frankenfeld, Michael Degen, Witta Pohl, Peter Pasetti, Robert Dietl
Musik: James Last
21.35 heute
21.40 Nora
Engl.-franz. Spielfilm (1972)
Mit Jane Fonda, David Warner, Trevor Howard
Regie: Joseph Losey
„Nora" ist die Verfilmung eines Schauspiels von Henrik Ibsen.
23.20 Edvard Grieg und Norwegen
Ein Komponist und seine Landschaft. Film von Alfred Erhardt
0.10 heute

III.

WEST
17.00 Ernest Hemingway (1)
Vierteilige Sendereihe
18.00 Die Reise nach Pommern
Christian Graf Krockow
18.30 Astronomie ohne Fernrohr
19.55 J. Raus Neujahrsansprache
20.00 Tagesschau
20.15 Kinder des Olymp (1)
Französischer Spielfilm (1943/45)
21.50 Trang aus Vietnam
Fremd in Deutschland
22.35 Weihnachtsoratorium
Bach: Kantate Nr. 5
23.05 Das Halstuch (4)
Krimiserie von Durbridge

NORD
18.30 Körper nach Maß
Plastische Chirurgie
19.15 Ein Platz für Menschen (4)
Eigene Wohnung ist der Anfang
20.00 Tagesschau
20.15 Avanti, Avanti
Amerikanischer Spielfilm (1972)
Mit J. Lemmon. Regie: B. Wilder
22.30 Ernest Hemingway (4)
Der Sieger geht leer aus
23.50 Frauen

HESSEN
19.05 Lillian-Gish-Porträt
20.00 König der Freibeuter
Amerikanischer Spielfilm (1958)
22.00 Hinter verschlossenen Türen
Reportagen
22.45 Kanal Fatal

SÜDWEST
13.50 Wege zu Beethoven (2)
14.30 Wilde Wasser
Deutsch-österr. Spielfilm (1962)
16.05 Ins Herz dir gebrannt
Geschichten aus Südwestafrika
17.05 Robbi, Tobbi und Fliewatüüt (1)
Marionettenspiel nach Lornsen
17.50 Chronik der Familie Naegele (3)
19.00 Die Pauschalreise
Buch, Regie: Dieter Ehlers
20.00 Wir machen Spaß
Clowns des Zirkus Knie
21.35 Die Spitzwegsammlung
Aspekte deutscher Sehnsucht
23.05 Der Unsichtbare nimmt Rache
Amerikanischer Spielfilm (1944)

BAYERN
17.45 Landschaften: Vulkane
18.50 Strauß' Neujahrsansprache
19.00 Musik einer Landschaft
Jean Sibelius
19.45 Tatort: Tod des Tänzers
Regie: Ernst Josef Lauscher
21.15 Meine Lieblingsgeschichte
C. Wolff liest „Glück" (Mark Twain)
21.30 Rundschau
21.45 Weihnachtsoratorium
Bach: Kantate Nr. 4
22.20 Die Schausteller-Lady
Das Leben der Lulu Herhaus
23.55 Das Bildnis des Dorian Gray
Amerikanischer Spielfilm (1945)

SAT 1

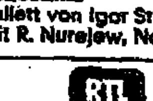
14.05 Turmbläser von St. Peter
14.10 Die Uhr des Kapitäns Enrico
Sowjet. Jugendfilm (1967)
15.25 N. Holgerssons wunderbare Reise
Schwedischer Jugendfilm (1962)
Regie: Kenne Fant
16.40 Die Waltons
Der Waisenjunge. Familienserie
17.35 Lou Grant
Amerikanische Krimiserie
18.30 blick
18.45 Lotterie: San Francisco
Neue amerik. Krimiserie
19.40 Gewinn
Das fängt ja gut an!
19.50 Moulin Rouge
Englischer Spielfilm (1952)
Mit José Ferrer, Colette Marchand, Zsa Zsa Gabor, Suzanne Flon. Regie: John Huston
22.05 blick
22.35 Der Disco-Killer von New York
Amerikanischer Kriminalfilm (1983)
Mit George Segal, Alan North, Jean DeBaer. Regie: Bill Persky
0.05 blick



19.00 Kulturweltspiegel
Tsutsumi. La plus nouvelle Cuisine
19.45 Zwischen den Schlagzeilen
20.00 Tagesschau
20.15 Lili Marleen
Deutscher Spielfilm (1980)
Von Manfred Purzer und Rainer Werner Fassbinder
Mit Hanna Schygulla, Giancarlo Giannini, Mel Ferrer, Karl Heinz von Hassel, Christine Kaufmann, Hark Bohm, Karin Baal
22.10 Vorwiegend heiter
Amerikanischer Spielfilm (1955)
Mit Gene Kelly, Dan Dailey, Michael Kidd, Cyd Charisse



16.30 Der kleine Muck
Märchenfilm nach Hauff
17.50 Die Grafen
Geister-Burleske
18.20 Wiener Philharmoniker
unter Herbert von Karajan
19.00 heute
19.30 Jenseits von Eden
Amerikanischer Spielfilm (1955)
Mit James Dean, Julie Harris
Regie: Elia Kazan
21.20 Der Rudolfsee
Entdeckungsreise des Grafen Samuel von Teleki
22.20 Ein ganz gewöhnliches Leben
23.30 Petruschka
Ballett von Igor Strawinsky
Mit R. Nurejew, Noella Pontois



18.00 Grezzi Vico
Aufzeichnung eines Gala-Abends
18.53 7 vor 7
19.00 Karichen
19.05 Ski verrückt
19.30 Bellamy (2)
Serie
20.30 Traumreise unter weißen Segeln
Deutscher Spielfilm (1964)
22.55 Wetter/Horoskop/Betthupferl

Verdammt zur Premiere

no – Die Eintrittskarte zu dieser Filmpremiere ist etwas teurer als gewöhnlich. Zwischen etwa 2000 und 5000 Mark wird man bezahlen müssen, um die Uraufführung des Films „Belizaire – Der Cajun" von Glen Pitre zu sehen. Dafür bekommt man allerdings Drinks, alkoholische wie softe, und ein komplettes Menü sowie Zeitungen und Zeitschriften aller Art kostenlos hinzu. Je nachdem, wo man sitzt, gibt's außerdem Pantoffeln und einen Zahnputz-Set gratis.

Etwa zwei Stunden, ehe der Film beginnt, muß man im Kino sein. Anders als in anderen Lichtspielhäusern wird man nach Beginn des Streifens nicht mehr eingelassen – immerhin ein Service für die Pünktlichen, auf den die meisten Theater verzichten. Das Kino betritt man in Frankfurt; die Vorstellung beginnt irgendwo hinter der irischen Insel in einer Reiseflughöhe von, na sagen wir mal, 12 000 Metern. Da passiert es schon mal, daß die Leinwand wackelt – je nach Wetterlage. Mit Rücksicht auf Passagiere, die unter Flugangst leiden, verzichtet man daher auf Katastrophenfilme, in denen Flugzeuge wie wildgewordene, unkontrollierbare Hummeln durch die Wolken donnern.

Aber diese Gefahr besteht bei Glen Pitres Film nicht. Hier geht es um das Leben französischer Siedler in den Sümpfen des Mississippi-Deltas im 18. Jahrhundert, alle bleiben hübsch mit den Füßen im Morast, und selbstverständlich ist auch ordentlich Liebe dabei. Tiefer Süden eben in eisigen Ozonschichten.

Da behaupte noch mal einer, Filmgesellschaften wüßten ihre Produkte nicht mehr wirkungsvoll zu vermarkten. Ganz schön schlitzohrig befördert der Jugendfilm-Verleih eine große deutsche Fluggesellschaft zum Uraufführungstheater, dem man sich nicht entziehen kann. Höchstens einschlafen ist möglich oder das Bordmusik-Programm einstellen. Aber die Bilder flimmern weiter, unbarmherzig bis zum Happy-End und zumeist in horribler Qualität. Ganz zu schweigen vom Dröhnen der Motoren, das allen Filmen einen einheitlichen Soundtrack verleiht. Und das schlimmste: keiner kann fliehen.

Und da sang mal jemand davon, daß über den Wolken die Freiheit wohl grenzenlos sei ...

Silvesterschau im New Yorker „Met": Die Kulturgeschichte des Ballkleids

Aufforderung zum Tanz

Mit einer wunderschönen Silvesterüberraschung wartet das New Yorker Metropolitan Museum auf: „Dance", eine Schau aus der Mode-Ausstellungsreihe des „Costume Institute" unter der Ägide der inzwischen legendären Diana Freeland. An die 200 Ballkleider, Abend- und Festroben aus drei Jahrhunderten, sind da zu sehen.

Zur Eröffnung gab es eine rauschende, als Wohltätigkeitsveranstaltung aufgezogene Glitzergala. Für 750 Dollar pro Nase durften die Gäste an Tischen mit silbernen Tischtüchern, gedeckt mit schwarzen Tellern, und neben Art-deco-Fontänen mit rosa *Wasserstrahlen sitzen und sich* Jacobsmuscheln und Lammschlegel à la „Astaire and Rogers" einverleiben.

Prominenz war zahlreich vertreten, von Jackie O. bis zum Modemacher Calvin Klein. Auch die Kissingers waren dabei, ebenso die Gettys, Paloma Picasso und – natürlich – die große Alte Dame der Mode-Darbietung selbst, Diana Freeland, die sich, wie jedesmal bei den schon traditionellen Mode-Ausstellungen des „Met", am Arm eines hübschen jungen Mannes zum strahlenden Entrée präsentierte.

Wieviel Diana noch selbst mit diesen alljährlichen Ausstellungen zu tun hat, die nun schon zum 15. Mal ihren Namen wie ein Gütesiegel vorzeigen, steht in den Sternen. Das Metropolitan Museum jedenfalls läßt verlauten, sie sei immer noch aktiv und die treibende Kraft hinter allen Präsentationen.

Ein Sonnengott auf dem Mantel Elsa Schiaparellis

Ihre rauchige Sandpapierstimme ist es denn auch, die den Besucher auf dem Kassettenrecorder begrüßt, der als Führer durch die Ausstellung fungiert. Mrs. Freeland macht freilich nur die Honneurs, dann übernimmt eine andere Stimme und kommentiert die Ereignisse in dem für das „Met" so typischen Tonfall – einer Mischung aus „Good breeding" und kaum gezügeltem Enthusiasmus. Diesen Tonfall verdanken wir Philipp de Montebello, seines Zeichens Direktor des Museums, der es sich nicht nehmen läßt, die wesentlichen Ausstellungen in „seinem" Museum mit sonorer Stimme per Sprechband zu kommentieren.

Es ist dunkel im Kostüminstitut, alle seine unterirdischen Räume sind in raffiniertes Schummerlicht getaucht, um die einzelnen Stücke, die ja eigens für Kerzen und künstliches Licht entworfen wurden, besonders herauszuheben. Gleich am Eingang steht ein Paar „bereit zum großen Auftritt", unter einem nachtblauen Samthimmel, besät mit winzigen Sternen und umspült von den Klängen des „Donauwalzers". „Dance" wird so zu einer vielschichtigen sinnlichen Erfahrung: Das Auge weidet sich an den Kostümen, das linke Ohr, mit dem Knopf des Kassettenrecorders garniert, verarbeitet die Erklärungen des Museums, ins rechte Ohr fließen Walzerklänge.

Der Ausstellung geht es weniger um historische Akribie als um Augenwitz und Atmosphäre. Das Eingangspaar zeigt zeitversetzte Roben: *Er* trägt Yves Saint Laurent aus den sechziger, *sie* Paul Poiret aus den zwanziger Jahren. In der ersten Galerie, dem Abendmantel gewidmet, mischen sich die großen Namen der Haute Couture mit den großen der Gesellschaft. Mrs. Vincent Astor trug Worth, Pauline de Rothschild Balenciaga und Elsie de Wolfe, Lady Mendl, den „Kabuki"-Mantel von Elsa Schiaparelli, auf dem der Weg des Sonnengottes in Goldpailletten, appliziert auf Samt, erscheint.

Abendjacken, Mäntel und Capes aus Samt, Seide und Spitze, schlicht oder orientalisch-üppig, mit Perlen und Appliqués, gesteppt, gesmokt, gerafft, mal kurz, mal lang – dies alles läßt heutiges Modemachwerk geradezu traurig und einfallslos erscheinen. Man muß sich eingestehen: Es machte offenbar sehr viel mehr Spaß, Schiaparelli oder Worth zu sein als heute Jil Sander.

In der nächsten Galerie wird die arrivierte Eleganz der Toiletten von den drängenden, quängeligen Tönen des Tangos begleitet. Hier sieht man gerüschte Flamenco-Abendkleider und locker-bewegliche Pluderhosen mit züchtigem Tüllüberwurf. Der lasziven und revolutionären Attitüde des Tango sind die Plastikpuppen, die die Kostüme tragen, allerdings nicht gewachsen. Was den Tango „damals", nämlich Anfang dieses Jahrhunderts, so skandalös machte – die Tatsache, daß die Dame das eine oder andere Bein gelegentlich zwischen die Beine des Herrn schieben mußte – bleibt bloße schüchterne Schaufensterdekoration.

Plötzlich mischen sich aus einem Nebenraum laute und aufreizende Jazz-Klänge zwischen den unermüdlich weitertönenden Tango und verschmelzen mit ihm zu einer Kakophonie. Das kann doch die Alte Dame Freeland nicht gewollt haben – sie, die Perfektionistin des *reinen* Stils, die jeden Morgen die Gänge ihrer Ausstellungen mit einem eigens ausgesuchten Parfüm aussprühen ließ! Da hat man eindeutig wider ihren Geist gesündigt. Und dabei ist es allein der Freeland zu verdanken, daß das Kostüminstitut des „Met" über so phantastische Kleiderspenden verfügt, z. B. das Silberlamé-Abendkleid mit ovalen Appliqués von Madeleine Vionnet, das die Herzogin von Windsor, berühmt für ihre Eleganz, 1938 *getragen hat.*

Wie Madame Vionnet ihre lange sinnliche Linie fand

Daneben die Robe des Herzogs: Er durfte seiner Frau nicht nachstehen und präsentierte sich in einem nachtblauen Frack, der innen – so verkündet der Kassettenrecorder – die Inschrift „H. R. H (His Royal Highness), The Duke of Windsor 12-5-38" trägt. Noch ein zweites Madeleine-Vionnet-Abendkleid der Herzogin (aus schwarzer Seide) ist zu sehen und beweist, daß die Vionnet, ganz wie ein Bildhauer, mit Raum und Volumen, mit Licht und Schatten zu arbeiten wußte und dem Körper der Trägerin damit die berühmte langgestreckte, sinnliche Linie verlieh.

Die Ausflüge, die die Ausstellung anschließend ins 18. und 19. Jahrhundert unternimmt, sind ebenfalls sehr *hübsch*, aber weniger *unterhaltend*. Amüsant und spannend wird es erst wieder am Ende. Da präsentieren sich in ihrer ganzen Frivolität und Naivität die sechziger Jahre – die Zeit also, als ausgewachsene Frauen sich in Kinderkleidchen und Babystiefel aus weißem Lack zwängten, die Zeit der Rudi Gernreichs und Paco Rabanes, die das Kindfrauchen in goldene Käfig- und Kettenkleider hüllten und sich selbst in eng anliegende Jersey-Jumpsuits.

Die Ballmusik dieser Jahre war „The Who" und Jimmy Hendrix, und die Meute hüpfte – natürlich jeder für sich – in Plastik- und Op-Art-Kleidern auf dem Parkett herum. Uns kommt das heute liebenswert und schrecklich zugleich vor – wie ein alter Film von einem Kindergeburtstag, der mit einer Tragödie endet.

VERA GRAAF



In kostbare Stoffe gehüllt ging man 1770 zum Tanz: Ein Ballkleid, eine „robe à la française" ...



... und so betrat die Dame Mitte unseres Jahrhunderts das Parkett: Abendkleid von Christian Dior, 1949

FOTOS: METROPOLITAN MUSEUM OF ART

Wenn der Sprache das Rückgrat fehlt: Ein Roman ohne den Buchstaben E

Hühnerbrüste ohne Knöchelchen

Ölsardinen ohne Gräten, das laß ich mir gefallen. Eine Hühnerbrust ohne Knöchelchen, auch dagegen hätte ich nichts einzuwenden. Aber ein Cordon bleu ohne Käse zum Beispiel? Wie wird einem denn da! Erst recht bei einem Glas Sekt ohne perlende Frivolität. Das ist was für den Magen, aber nichts für den Gaumen.

Ebensogut könnte ich ein Buch mit leeren Seiten in die Hand nehmen. Das ist was für die Augen, aber nichts fürs Hirn. Hatten wir übrigens schon: 100 unbedruckte Blatt Papier, geheftet, gebunden, zwölf Mark achtzig das Stück. Was wir bisher aber noch nicht hatten, das ist das Buch ohne Gräten und Knochen. Will sagen: der Roman, in dem kein einziges E vorkommt.

Jetzt gibt es ihn, noch warm von den Druckereimaschinen, und zwar „nur bei uns": gemeint ist der Versand „Zweitausendeins" in Frankfurt. Der Titel, „Anton Voyls Fortgang", geht in Ordnung. Keine Spur von einem E. Auch im nachfolgenden Romantext ist kein einziges E zu entdecken. Wer will, kann sich die Augen aus dem Leib gucken. Dafür haben schon andere gesorgt: der Autor – es ist der Franzose Georges Perec – und der Übersetzer Eugen Helmlé. Die hätten sich freilich besser umtaufen lassen, gleich achtmal führen sie ein E im Schilde.

Egal, es ist die Geschichte des Anton Voyl während der Mai-Unruhen in Paris 1968. Heißt es in der Ankündigung. Aber das wird einem bald einerlei. Denn man liest und liest – und sieht nichts mehr. Es wird einem wirr im Kopf. Die As und Os und Is und Us tanzen einem auf der Nase herum. Man kriegt Sehnsucht nach dem E. Man hat Entzugserscheinungen. Man kommt auf den Hund.

Jedermann weiß doch, daß im Deutschen das E der am häufigsten vorkommende Buchstabe ist. Wie will man da herumschiffen? Natürlich, *man kann sich behelfen.* Statt einem „Messer" nimmt man einfach einen „Dolch". Wenn's „lichterloh" nicht brennen darf, dann eben „licht und loh". Das klingt womöglich apart. Altbiblisch wird's sogar, wenn etwas nicht „wurde", sondern „ward". Auf Artikel wie „der", „dem" oder „die" darf man nicht hoffen. Und Relativsätze finden entweder nicht statt, oder sie werden durch ein Allzweck-„wo" eingeleitet. Beispiel: „Major Haig, wo Vorbild mir war". Das freilich ist nicht gerade ein Ausweis sprachlicher Eleganz.

Also, das E ist lebensnotwendig. Es ist so eine Art Rückgrat der Muttersprache. Das aber ist hier im Roman ruchlos herausoperiert. Der Rest röchelt über mehr als 300 Seiten dahin. Das hält man nicht aus, das übersteht keiner.

Denn wir wollen die Welt, wie wir sie kennen, auch benennen. Hier aber ist uns alles, was uns lieb ist, genommen. Es gibt keine Ehre mehr und kein Eisbein, weder Erzbischöfe noch Elektrizitätswerke. Es ist schon ein rechter Jammer. Man könnte sich ein Leids antun.

Zugegeben, es würde auch keine Bomben mehr geben, keine Kriege und keine Schlachten. Das wär' schon was! Aber da es, laut E-Verdikt, auch nichts mehr zu zeugen und zu empfangen gibt, mithin keine Eltern und keine Kinder, können wir den Laden sowieso zumachen.

Wi. h.rrlich schm.ck.n doch di. Ölsardin.n mit Grät.n od.r di. Hühn.rbrüst. mit Knöch.lch.n!

WOLFGANG MINATY

Schallplatte: Placido Domingo singt und dirigiert Straußens „Fledermaus"

Tausendsassa der schmusigen Töne

Potzblitz, der Mann ist fleißig. Hundertmal wenigstens steht er pro Jahr auf der Bühne oder dem Konzertpodium. Ein Dutzend Schallplatten kommt jedes Jahr dazu. Wenn die Oper nichts mehr hergibt, dann singt er Tangos oder im Duett mit John Denver. Oder er dirigiert zwischendurch. Dabei schont man die Stimme und kriegt trotzdem Gage. Und nun macht der Mann auch noch Operette! Placido Domingo ist der Dirigent, Mit-Sänger sowieso, einer neuen Gesamtaufnahme der „Fledermaus" (EMI 27 0472 3). Und da man auf einem Bein schlecht steht, gibt es gleich auch noch ein Operetten-Recital, „Wien, du Stadt meiner Träume", bei dem sich Domingo allerdings vom English Chamber Orchestra unter Julius Rudel begleiten läßt (EMI 15 5516 1).

Das Recital mit den ewigen Tenor-Schlagern der Operette hat seine enttäuschenden, aber auch seine netten Seiten. Für ein Säusel-Stück wie das „Leise, ganz leise" aus Oscar Strausens „Walzertraum" fehlt es Domingo an der Leichtigkeit. Arios fließende Melodien wie das Gondellied aus der „Nacht in Venedig" oder erst recht die Lehár-Paradestücke „Gern hab ich die Fraun geküßt" oder „Dein ist mein ganzes Herz" singt er bravourös auf große Opernart.

Aber es ist ein Stück, das die ganze Platte lohnt: „Komm Zigányi" aus Emmerich Kálmáns „Gräfin Mariza". Da legt sich Domingo ins Zeug, macht das reinste Dramolett aus diesem Lied. Er lockt und lacht und spottet und schimpft, spielt Verachtung und gekränkte Eitelkeit aus, gibt sich gönnerhaft und großzügig, daß es eine wahre Lust ist. An diesem Stück, hört man, hat er gearbeitet: So genau, daß sogar noch die halb verschluckte Schlußsilbe von „Zigányi" stets deutlich hörbar ist, wo es sonst bei Tenören nur „Zigan" heißt.

Eben an solcher Mühe hat man es *leider bei der „Fledermaus" fehlen* lassen. Da singt Domingo als Alfred von „Kü-schen" statt „Küß-chen", schlampt unglaublich bei der deutschen Aussprache und hat wohl auch nur einen vagen Begriff davon, was er hier singt. Schließlich ist er auf dieser Platte im Hauptberuf Dirigent. Er hat die „Fledermaus", einspringend für Carlos Kleiber, schon am Münchner Nationaltheater geleitet. Nun hatte er die Musiker des Münchner Rundfunkorchesters zur Verfügung, nach „Fledermaus"-Maßstäben nicht gerade die orchestrale Elite, die ihm hätte helfen können, mehr als eine bloß gekonnte „Fledermaus" für die Ewigkeit zu konservieren.

Denn eben das, was dieses Werk unter großen Dirigenten wie Clemens Krauss, Otto Ackermann, Karajan oder Kleiber bekommt – den ziehenden Walzer-Rhythmus durch unglaublich fein markierte Verzögerungen oder das Delirieren im Verbrüderungs-Septett, das ja in großen Aufführungen klingt, als wäre es schon nicht mehr von dieser Welt –, das bleibt unter dem Dirigenten Domingo alles sehr hausbacken.

Recht gut sind auf dieser Aufnah*me die Damen: Lucia Popp als Rosa*linde, Agnes Baltsa als Orlofsky und die blutjunge Eva Lind als Adele; Wolfgang Brendel singt den Dr. Falke geradezu balsamisch, Helmut Lohners Frosch findet sicher seine Liebhaber, Peter Seiffert als Eisenstein reicht nicht ganz. Die Dramaturgie der mit Einlagen der Mitwirkenden aufgemotzten Aufnahme ist leider recht töricht.

REINHARD BEUTH

Das Interesse an Polens Literatur bei uns wächst

Unfrisiertes für Politiker

In keinem ausländischen Land ist das Interesse am Polonistik-Studium und an der polnischen Literatur so groß wie in der Bundesrepublik, stellt die Krakauer Intelligenz-Illustrierte „Przekroj" (Querschnitt) mit Genugtuung fest. Führend seien hier die drei Universitäten Göttingen, Bochum und Mainz. Jährlich werden hierzulande 30 polnische Bücher übersetzt; in den Vereinigten Staaten nur sechs, im traditionell polnischfreundlichen Frankreich maximal fünf und in Großbritannien lediglich drei. Die „DDR" wird in der Aufführung nicht erwähnt.

Der bekannteste polnische Literat in der Bundesrepublik ist der Aphoristiker Stanislaw Jerzy Lec. Dessen „Unfrisierte Gedanken" findet man sogar im Sprachgebrauch Bonner Politiker. Danach komme der „Vertreter der phantastischen Literatur", Stanislaw Lem. Als Kinderbuchautor ist der im KZ umgekommene Arzt und Pädagoge Janusz Korczak bekannt; die sehr aktive Korczak-Gesellschaft residiert in Gießen. Ungezählt sind laut „Przekroj" die Auflagen der Übersetzungen von Nobelpreisträger Henryk Sienkiewicz.

Günter Grass betrachte wiederum den Breslauer Tadeusz Rozewicz als herausragende zeitgenössische literarische Persönlichkeit Polens. „Besonders hochgeschätzt" ist nach Angaben der Zeitschrift in der Bundesrepublik der katholische Schriftsteller Zbigniew Herbert, der bereits Mitglied von zwei westdeutschen Akademien ist: der Bayerischen und Berliner Literaturakademie.

Gefragt in Westdeutschland sind auch Nobelpreisträger Czeslaw Milosz, Slawomir Mrozek, Witold Gombrowicz und nicht zuletzt der im vergangenen Jahr in München verstorbene exilpolnische Geschichtsromancier Jozef Mackiewicz. Und gegenwärtig ist Stanislaw Witkacy „in Mode". Abschließend hebt „Przekroj" hervor, daß es in Darmstadt ein besonderes Institut gibt, das sich der Übersetzung und Propagierung polnischer Literatur annimmt, verschweigt aber, daß es ein solches in der befreundeten „DDR" nicht gibt. Ebenso gibt es zur Darmstädter Einrichtung keine analoge Einrichtung in Polen. Vermutlich mit Rücksicht auf den Nachbarn „DDR".

JOACHIM G. GÖRLICH



Auf ganz realistische Weise bestrickend: Grete Mosheim

FOTO: ILSE BUHS

Mit „Frühlings Erwachen" kam der Ruhm: Zum Tode von Grete Mosheim

Eine fast überirdisch begabte Person

Am 7. Januar hätte sie ihren 82. Geburtstag feiern sollen: Grete Mosheim, die Schauspielerin, die jetzt in New York gestorben ist. Der Tod muß für die zierliche Person eine Erlösung gewesen sein. Sie hat lange und schwer gelitten.

Sie war fast die letzte einer großen, ruhmreichen Schauspielergeneration. Sie war Kreuzberger Kind. Ihr Vater war ein beliebter Sanitätsrat und Hausarzt. Mit 17 Jahren drängte die kleine Mosheim zur Bühne. Sie fand sofort Aufnahme in Max Reinhardts Schauspielschule. Dort zeichnete sie sich sofort aus. Sie wurde, kaum daß sie zwanzigjährig war, in das hochbestückte Ensemble des Deutschen Theaters aufgenommen. Als sie bei ihrem Debüt, als Gundula in Wedekinds „Frühlings Erwachen", auf der Bühne erschien, war sie mit einem Schlage berühmt.

Sie war blond. Sie war sicher wie eine Expertin. Aber sie hatte einen reizvollen Charme von Jugendlichkeit. Sie war auf ganz realistische Weise bestrickend. Sie bot ein Spiel jugendlicher Versenkung. Die Kritik war sofort hingerissen. Ein neuer Star war erschienen. Die blutjunge Mosheim war anders als alle. Auf ihre stille Art leuchtete sie. Ihre erste große Karriere begann.

Max Reinhardt hat sie alles, was ihr zukam, spielen lassen. Sie war das Gretchen im Faust. Sie war für die triftigeren Komödien von Shaw oder Coward oder Molnar wie geschaffen. Sie spielte all die heiteren Shakespeare-Mädchen. Reinhardt setzte sie in den frühesten, großen Musicals ein. Sie konnte bestrickend singen. Heinz Hilpert holte sie an die Volksbühne und machte sich ihre immer leicht berlinische Natur zunutze.

Sie filmte in den zwanziger Jahren schon sozusagen am laufenden Band, meist Komödien, aber auch so ernsthafte Mädchentragödien wie „Cyankali" von Friedrich Wolf. Sie heiratete den Brecht-Schauspieler und Leinwandstar Oskar Homolka. Sie, die Blondeste, die eigentlich „Deutscheste" unter ihren vielen Kolleginnen, mußte 1936 Deutschland verlassen. Sie ging nach England, dann nach Amerika, heiratete dort in zweiter Ehe einen der großen Eisenbahnkönige. Sie schien für die deutsche Bühne für immer verloren.

Anfang der fünfziger Jahre kehrte sie zurück. Boleslav Barlog überredete sie, die Sally Bowles in Isherwoods „Ich bin eine Kamera" zu spielen. Sie erlebte eine zweite Karriere auf unseren Bühnen. Sie war bezaubernd in Thornton Wilders „Heiratsvermittlerin". Sie spielte die schweren Stücke von O'Neill. Sie hat uns Beckett unvergleichbar dargetan und in vielen modernen Stücken gestanden.

Sie war gereift. Aber sie behielt bis zu ihrem Ende jene ernsthafte Heiterkeit, mit der sie in Erinnerung bleiben wird. Sie war eine bewundernswerte Technikerin ihres weiten Faches, und sie war in all ihren vielen Rollen von einer mühelos übergreifenden, heiteren Präsenz, daß sie, die zierliche, zarte, die fast überirdisch begabte Person, das Nachkriegstheater des Landes auf eine ganz eigene Art ständig bereicherte.

Sie ist sehr alt geworden. Die Aura einer unvergänglichen Jugend, ihres frühen Liebreizes, hat sie bis in die letzten Rollen nicht verlassen. Sie war ein intelligentes Wunder. Die Theater Deutschlands müßten heute, da sie so schmerzlich abgetreten ist, Trauer tragen. Grete Mosheim hat uns verlassen.

FRIEDRICH LUFT

JOURNAL

Dörries „Männer" ist der erfolgreichste Film 1986

dpa, Berlin

Mit fast fünf Millionen Zuschauern ist die Komödie „Männer" der Regisseurin Doris Dörrie der in der Publikumsgunst erfolgreichste Film des Jahres 1986 in Deutschland. Auch auf dem zweiten Platz der Erfolgsliste steht ein in der Bundesrepublik produzierter Film: „Der Name der Rose" (Regie Jean-Jacques Annaud) wurde seit dem Start am 15. Oktober von knapp 4,5 Millionen Zuschauern gesehen. Unter den zehn meistbesuchten Filmen des zu Ende gehenden Jahres sind je fünf europäische und fünf amerikanische Produktionen. Auf dem dritten Platz steht „Jenseits von Afrika" mit 4,1 Millionen Zuschauern, gefolgt von „Rocky IV" mit rund 3,3 Millionen Zuschauern an vierter Stelle. „Police Academy 3" und „Top Gun" teilen sich mit 3,1 Millionen Zuschauer den fünften Erfolgslistenplatz.

Hebräische Balladen von Else Lasker-Schüler

DW. Marbach a. N.

Von den „Hebräischen Balladen" von Else Lasker-Schüler, die erstmals 1913 erschienen sind, existiert eine Reinschrift, die sich im Besitz des Deutschen Literaturarchivs Marbach a. N. befindet. Diese Reinschrift, 1916 entstanden, ist jetzt als Faksimile mit eingeklebten Zeichnungen der Dichterin innerhalb der Reihe „Marbacher Schriften" (in Kommission bei Klett-Cotta, Stuttgart) erschienen. Der Herausgeber, Norbert Oellers, gibt in seinem Nachwort einen Überblick auf die Entstehungsgeschichte der Balladensammlung. Der sorgfältig edierte Band umfaßt 36 Seiten und kostet 33 Mark.

Trilobit in der Slowakei gefunden

AFP, Prag

Einen Trilobiten, das Fossil eines im Erdaltertum (Kambrium) lebenden meeresbewohnenden Gliedertiers, hat ein Geologe in einem Steinbruch bei Jelsava in der östlichen Slowakei entdeckt. Das Organ der tschechoslowakischen Parteijugend, „Mlada Fronta", berichtete, der Fund stamme aus der Zeit vor der Kristallisation des Magnesiums. Die ersten Trilobiten wurden im böhmischen Barrandov, heute ein Stadtviertel von Prag, entdeckt.

Das Pariser Petit Palais zeigt „Nordlichter"

AFP, Paris

Mehr als 150 aus der Jahrhundertwende stammende Werke skandinavischer Maler sind vom 20. Februar bis 17. Mai 1987 im Petit Palais ausgestellt. Unter dem Titel „Lumieres du Nord" (Nordlichter) sind Bilder aus Dänemark, Schweden, Finnland und Island zu sehen, das damals noch zu Dänemark gehörte, und aus Norwegen, das sich erst 1905 von Schweden trennte. Die Künstler dieser Länder, die zumeist auch zeitweise in Deutschland und Frankreich arbeiteten, haben sich gegenseitig inspiriert und unterlagen denselben Einflüssen, was nach Meinung der Ausstellungsveranstalter die gemeinsame Präsentation ihrer Arbeiten rechtfertigt. Die Gemälde stammen aus den Jahren 1885 bis 1905.

Alwin Diemer †

dpa, Düsseldorf

Der Philosoph Prof. Alwin Diemer, bis 1983 fünf Jahre lang Präsident der Internationalen Vereinigung der Philosophischen Gesellschaften, ist im Alter von 66 Jahren in Düsseldorf gestorben. Der Hochschullehrer, dessen Tod die Universität Düsseldorf erst jetzt bekanntgab, starb zu Weihnachten nach mehreren Schlaganfällen. Der promovierte Mediziner und Philosoph beschäftigte sich besonders mit der Phänomenologie und schrieb unter anderem auch ein Buch über Husserl. Diemer veröffentlichte ferner eine Einführung in die Ontologie und einen Grundriß der Philosophie. Der Wissenschaftler hat bis zu seinem Tode rund 25 Jahre lang Philosophie in Düsseldorf gelehrt.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Ein Lob des Landlebens hat George Sand mit ihrer 1846 erschienenen Novelle „Das Teufelsmoor" geschrieben. Am Rande eben dieses Moores entdecken der Witwer Germain und das Mädchen Marie ihre Liebe füreinander – aber ehe es zur Hochzeit kommt, sind noch manche Hindernisse zu überwinden. Germain nämlich ist auf dem Weg zur wohlhabenden Witwe Cathérine, die er heiraten soll, aber enttäuscht von ihrer flatterhaften Art, wendet er sich endgültig Marie zu. Die Novelle steht am Beginn der dritten Schaffensphase George Sands, die sich nach von romantischen und sozialistischen Ideen geprägten Werken dem Heimat- und Bauernroman zugewendet hat.

no

George Sand: „Das Teufelsmoor", übersetzt von Helene und Herbert Kühn. Insel, 150 S., 9 Mark.

Schneeschmelze ließ die Pegel steigen

AP, Frankfurt/Wien

Das seit Tagen von den Wetterämtern angekündigte Hochwasser nach der schnellen Schneeschmelze hat am Dienstag das Harzvorland und einige Gebiete Nordrhein-Westfalens erreicht. Der Deutsche Wetterdienst in Offenbach *erneuerte* besonders für das Rhein-Main-Gebiet seine Warnung. Auch das Regierungspräsidium in Gießen gab für die Lahnanlieger Hochwasserwarnung aus.

In Nordrhein-Westfalen führen *zahlreiche Flüsse Hochwasser.* Entlang der Ruhr mußten am Dienstag einige *Uferstraßen* wegen Überflutung gesperrt werden. Im Kreis Höxter *(Ostwestfalen) schnitt* das Hochwasser des Flusses Emmer eine Siedlung von der Außenwelt ab. Der Rhein stieg nach Mitteilung des Wasser- und Schiffahrtsamtes Köln stündlich um sechs Zentimeter.

„Noch droht keine Gefahr", sagte ein Sprecher des Amtes. Mosel, Lahn, Main und Neckar seien zwar durch die anhaltenden Niederschläge und das Tauwetter angestiegen, doch die Hochwassermarke I, die in Köln bei 6,20 Meter liegt, werde „wohl nicht erreicht". Auch beim Wasser- und Schiffahrtsamt Duisburg sieht man den Wassermassen eher gelassen entgegen. „Noch ist die Situation nicht *problematisch", sagte ein Sprecher.*

An der Mosel stieg in der Nacht *zum Dienstag der Pegel deutlich.* Er lag in Trier um sechs Uhr mit einem *Höchststand von* 6,20 *Metern* aber noch deutlich unter der Marke von 6,95 Meter, bei der die Schiffahrt eingestellt werden muß. Wegen anhaltender Niederschläge wird im Laufe des Silvester- oder Neujahrstages mit einem erneuten Ansteigen des Moselwassers gerechnet.

In Bayern stiegen die Wasserstände in Flüssen und Bächen, die Polizei mußte aber nur in Oberfranken bei kleineren Überschwemmungen eine Staatsstraße sperren.

Das Tauwetter reicht gegenwärtig in den Alpen bis in Höhen oberhalb 1500 Meter. Die Lawinengefahr steigt. Die Bundesstraße 305 zwischen Berchtesgaden und Inzell mußte deshalb gesperrt werden.

In Baden-Württemberg wurden am Dienstag schon in den Morgenstunden bei bedecktem Himmel und Schauern in Stuttgart und Freiburg neun Grad, in Mannheim und Karlsruhe zehn Grad gemessen. Von einem „Hitzerekord" kann nach Angaben des Deutschen Wetterdienstes keine Rede sein. Für die letzten zehn Tage des Dezembers gab das Amt die Höchstmarke mit 16,3 Grad an.

Nach Angaben des Deutschen Wetterdienstes sind zum Jahreswechsel im Gefolge einer Warmfront aus Südwesten Niederschläge zu erwarten, die 30 bis 40 Liter Regen pro Quadratmeter bringen können. Es soll weiter sehr windig bleiben.

Heftige Stürme mit Orkanböen haben auch in der Nacht zum Dienstag schwere Schäden im Osten Österreichs verursacht. Besonders betroffen war Wien, wo nach Angaben der Polizei die Feuerwehr innerhalb von 24 Stunden mehr *als 1200 Einsätze* fahren mußte. Autos wurden von umstürzenden *Bäumen zertrümmert,* Dächer abgedeckt, Lichtmasten geknickt und Plakatwände umgeworfen. Die Stürme erreichten Geschwindigkeiten von mehr als 120 Stundenkilometern.

In den Bergen entspannte sich unterdessen die durch mehr als zwei Meter Neuschnee innerhalb von 48 Stunden entstandene schwierige Lage. Die meisten eingeschneiten Ortschaften am Arlberg, darunter Lech und Zürs, waren wieder erreichbar.



Wünsche für Bett und Stall: Vierblättriger Klee, ein uraltes Fruchtbarkeitssymbol. Zugedeckt mit Geldscheinen wird's bestimmt ein „glückliches neues Jahr" – Grüße aus dem Jahre 1902



Was hockt da auf dem Fliegenpilz?

Kinder als Boten des Glücks

Sie waren schon einfallsreich, unsere Vorfahren, wenn es galt, das Glück herbeizuwünschen. *Da läßt ein kleiner* Dompteur zwei Schweine auf den Vorderhufen *tanzen,* eins trägt einen Geldsack, das andere ein Hufeisen am Nacken. Ein Schiff mit Namen Fortuna kommt an, beladen mit vierblättrigem Klee und Säcken voller Goldmünzen. Zwei niedliche Mädchen in Schornsteinfegerkluft hocken auf Fliegenpilzen. Ein lockenköpfiger Schmied schmiedet das glücksbringende Hufeisen.

Alle diese Glückssymbole finden sich, farbenprächtig und *goldgeprägt, auf Postkarten, die* unsere Vorfahren verschickten, *um so den Empfängern ein* „glückliches neues Jahr" zu wünschen. Eines zeigt sich bei diesen Karten aus der Sammlung der Antiquarin Ines Kaiser (Bergisch-Gladbach) auf den ersten Blick: Bei den meisten spielt Geld eine Rolle, und häufig genug die Hauptrolle.

Wie Neujahr so das ganze Jahr. Dieser Grundsatz ist auch für viele Bräuche bestimmend gewesen. Von großer Bedeutung war die erste Begegnung am Neujahrstag: Eine alte Frau bedeute*te Unglück;* war es aber ein Mann, zudem ein junger, war dem Glück Tür und Tor geöffnet. Mit Lust und Fröhlichkeit muß das neue Jahr begonnen werden, und dazu gehören auch die Glückwünsche, die man sich ins Ohr flüstert, über die Straße zuruft – oder eben per Post schickt.

Die Form bleibt, der Inhalt wandelt sich: Vierblättriger Klee, heute massenhaft im Glashaus gezüchtet, hat nichts mehr von seiner ursprünglichen Bedeutung, dem Beschenkten damit *Fruchtbarkeit in Bett, Haus und* Hof zu wünschen. Auch um das *Schwein als Glücksbringer* ranken sich mancherlei Geschichten. Dick, jung und rosig sollte es sein, und wer am Neujahrstag einen gesottenen Schweinerüssel ißt, wird im kommenden Jahr Glück und Geld im Überfluß haben. Das gleiche darf erwarten, wem an Neujahr ein Schornsteinfeger begegnet. Doch das ist heutzutage selbst ein wahrer Glücksfall. INGEBORG PRIOR



Prosit. Wieder mal Schwein gehabt!

Manchmal kommt ein Blumenstrauß

Wenn bei der Telefonauskunft Fingerspitzengefühl und menschliche Wärme gefragt sind

FRANK ELLMERS, Bonn

„Hier Auskunft Platz 24", meldet sich die freundliche Dame. Am anderen Ende erzählt eine alte Frau weinend, daß die Nachbarn ihren Hund nicht leiden können. Deshalb soll sie ihn weggeben oder ausziehen. Aber sie hänge doch so an dem Tier. In solchen Momenten wird der sonst eher nüchterne Dialog, in dem es ausschließlich um Telefonnummern geht, menschlich, entsteht ein von Herzlichkeit geprägtes Gespräch.

Telefongespräche wie diese sind für die 180 Frauen und Männer der Bonner Telefonauskunft zwar nicht die Regel, *aber auch keineswegs selten.* Oftmals werden sie mit skurrilen, *manchmal auch hilfesuchenden* Anrufen konfrontiert oder die Leute wollen einfach reden, weil sie einsam sind. Dann müssen die Telefonistinnen Geduld zeigen und freundlich bleiben. Ihr Service unter der Rufnummer 1188 geht somit weit über das nüchterne Beantworten von Anfragen hinaus.

„Die Problemfälle sind besonders an den Wochenenden und während der Feiertage häufig", erinnert sich Sabine Reuter von Eyk. „Eine Kollegin hatte am zweiten Weihnachtstag zwei Anrufer in der Leitung, die Selbstmord begehen wollten." In solchen Fällen ist Fingerspitzengefühl gefragt, und das trotz der vielen Anrufer, die noch in der Warteschlange sind. Stellenvorsteher Heiner Pilger fügt hinzu: „Wir versuchen, solche Personen an die Telefonseelsorge zu verweisen, denn eine spezielle Beratung können wir nicht bieten."

Zwei Minuten bleiben durchschnittlich, um eine gewünschte Rufnummer herauszusuchen; zwischen 30 und 40 Anrufe pro Stunde müssen beantwortet werden. In dem 360 Quadratmeter *großen* und sechs *Meter* hohen Raum im Gebäude des Bonner *Fernmeldeamtes in der Reuterstraße* stehen 63 Mikrofilm-Lesegeräte. Jeder Mitarbeiter hat neben sich eine Box mit Mikrofilmen, auf denen die 26 Millionen Besitzer eines Telefons gespeichert sind. Wenn dann nach langem Suchen der Anrufer endlich seinen Teilnehmer bekommen hat, verabschiedet er sich oft mit einem Dankeschön. „Ab und zu erreicht uns auch schon mal ein Blumenstrauß oder eine Schachtel Pralinen."

Der Dienst rund um die Uhr ist nicht nur anstrengend, er hat auch Auswirkungen auf das Privatleben. Pilger: „Jeden Bewerber führe ich erst einmal in die Telefonauskunft und sage ihm, daß es künftig schwer sein wird, regelmäßigen Freizeitbeschäftigungen nachzugehen." Da sich die Besetzung nach den zu erwartenden Tagesbelastungen richtet, muß er 14 verschiedene Dienstpläne aufstellen, um den Ansturm bewältigen zu können. „Montags ist es am schlimmsten, da erteilen wir rund *20 000* Auskünfte."

Neben der eigentlichen Telefonauskunft wickeln die Mitarbeiter noch weitere Aufgaben wie den Telefonauftragsdienst oder den Weck*dienst ab. Zwischen 300 und 400* Personen sind es alleine in der Bundes*hauptstadt, die sich wecken lassen* – etwa so: „Klingeln Sie bitte morgen früh um drei Uhr bei mir, ich will den Boxkampf sehen, aber nicht so laut, damit meine Frau nicht aufwacht."

Bis zum Ende dieses Jahrzehnts wird die Telefonauskunft auf Datenverarbeitung umgestellt sein. Dann meldet sich zwar noch die freundliche Stimme mit „Hier Auskunft Platz 24", doch die Antwort erteilt die künstliche Stimme des Computers. Dann wird auch ein Dialog wie folgender der Vergangenheit angehören: „Sprechen Sie doch bitte deutlicher!" – „Geht nicht, habe meine Zähne noch nicht im Mund."

Auch aus Riesling kann man herrlichen Schampus machen

RUDOLF ZEWELL, Trier

Wer meint, neben Champagner gebe es nichts Gleichwertiges, nichts anderes *prickle* so auf der Zunge, der hat noch nie eine Flasche mit der schlichten *Aufschrift* „Winzersekt" entkorkt. Kenner wissen aus genuß*voller Erfahrung: Die Spitzenproduk*te, vor allem aus den Anbaugebieten Rheinhessen und Mosel-Saar-Ruwer, brauchen keinen Vergleich zu scheuen. Kein Wunder also, daß die Schar der Abnehmer ständig wächst. Mehr als eine Million Flaschen insgesamt konnten die beiden Erzeugergemeinschaften 1986 absetzen. Und das bei Preisen zwischen zwölf und 20 Mark. Adolf Schmitt, Winzer und Weinbaupräsident (Mosel-Saar-Ruwer), erläutert das Verkaufskonzept: „Wir beliefern nur den Fachhandel und die gehobene Gastronomie." Und immer mehr Abnehmer bestellen direkt bei „ihrem" Winzer.

Anfang der 80er Jahre wurde das Experiment in Rheinhessen gestartet und zunächst äußerst kritisch beäugt. Doch die Erzeugergemeinschaften, heute zählen sie etwa 430 Mitglieder, hatten die Qualitätskriterien hoch angesetzt. Das beginnt bei der Lese des reinen Sortenweins. Meist ist es Riesling, neben Silvaner, Scheurebe, Elbling oder Morio-Muskat. Die Trauben werden nach besonderem Verfahren gepreßt (nur der erste „Ablauf" gelangt zur Gärung, um den Anteil der Gerbstoffe gering zu halten). Der junge Sektgrundwein bleibt bis zum ersten Abstich beim Winzer im Faß. Dann wird er nach sorgfältiger Prüfung durch Fachleute von der Erzeugergemeinschaft übernommen. Auf Flaschen gezogen geht er der Gärung nach der „Méthode Champenoise" entgegen: Während der Lagerzeit, sie beträgt mindestens neun Monate und bis zu zwei Jahren, werden die Flaschen „gerüttelt" – maschinell oder besser noch mit der *Hand. Nach Abschluß dieser zweiten* Gärung wird der Hefepfropfen im *Flaschenhals entfernt,* die Geschmacksabstimmung vorgenommen und ein Naturkork aufgesetzt.

Die großen Markenhersteller haben längst auf die Tankgärung oder die Flaschengärung im „Transversierverfahren" umgestellt, wobei nicht „gerüttelt" und am Schluß die Hefe abgefiltert wird. Und das, meinen die „Sektwinzer" an Rhein, Nahe, Mosel, Saar und Ruwer, sei eben der Unterschied zu ihrem „Winzersekt".

Adenauer und de Gaulle auf einer Briefmarke

dpa, Büdingen

Zum ersten Mal in der Postgeschichte erscheint im Januar 1988 eine gemeinsame deutsch-französische Briefmarke. Als Motiv wählten Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling und sein Pariser Amtskollege Gerard Longuet am Dienstag in Büdingen (Wetteraukreis) ein Konterfei von Charles de Gaulle und Konrad Adenauer aus. Die Marke erinnert zum 25. Jahrestag an die Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrages am 22. Januar 1963. Die Minister vereinbarten, daß sich de Gaulle und Adenauer abweichend vom vorgestellten Entwurf anblicken sollen.

Achtes Todesopfer

dpa, Garmisch-Partenkirchen

Das Explosionsunglück im Hotel „Rießersee" hat ein *achtes Todesopfer* gefordert. Eine 23jährige Frau aus *Garmisch-Partenkirchen* erlag am Dienstag ihren Brandverletzungen. Der Hotelkomplex, dessen Sportstättentrakt am Samstag durch eine Gasexplosion zerstört wurde, bleibt ein „Pulverfaß", bis das restliche Gas in einem Tank abgefackelt ist.

Silvester in Deutschland

dpa, Berlin

Knaller, Kracher, Raketen und Tischfeuerwerke im Wert von rund 60 Millionen Mark werden in der „DDR" in der Silvesternacht verballert. In der Bundesrepublik Deutschland sind es rund 100 Millionen Mark.

Neues aus dem Verlag

DW. Bonn

Der Axel-Springer-Verlag hat sich auch 1986 wieder als Magnet für Besucher aus Deutschland und aus aller Welt erwiesen. Rund 24 000 Gäste wurden in den Verlagshäusern sowie in den Druckzentren gezählt. 2260 Besucher hatte die Zentralredaktion der WELT in Bonn. – Der Verlag rüstet derzeit seinen Fahrzeugpark auf schadstoffarme Motoren um.

Millionen-Schaden

AP, Raunheim

Sachschaden in Höhe von mindestens zehn Millionen Mark ist in der Nacht zum Dienstag bei einem Feuer im Gewerbepark von Raunheim im hessischen Landkreis Groß-Gerau entstanden. Die Lagerbestände einer Blumengroßhandlung und einer Büro- und Computerfirma verbrannten.

Klirrende Kälte in Sibirien

dpa, Moskau

Seit einer Woche herrscht in der sibirischen Stadt Jakutsk klirrende Kälte. Die Temperatur ist auf minus 57 Grad gefallen.

ZU GUTER LETZT

Um den Unterschied zwischen Armee und Post deutlich herauszustellen, wird den deutschen Postbeamten das Tragen von Schnurrbärten verboten. Das erließ Generalpostmeister von Nagler am 27. Dezember 1821. Das Gebot galt bis 1848.

WETTER: Unbeständig und mild

Lage: Auf der Rückseite einer abziehenden Kaltfront fließt milde und wolkenreiche Meeresluft nach Deutschland.

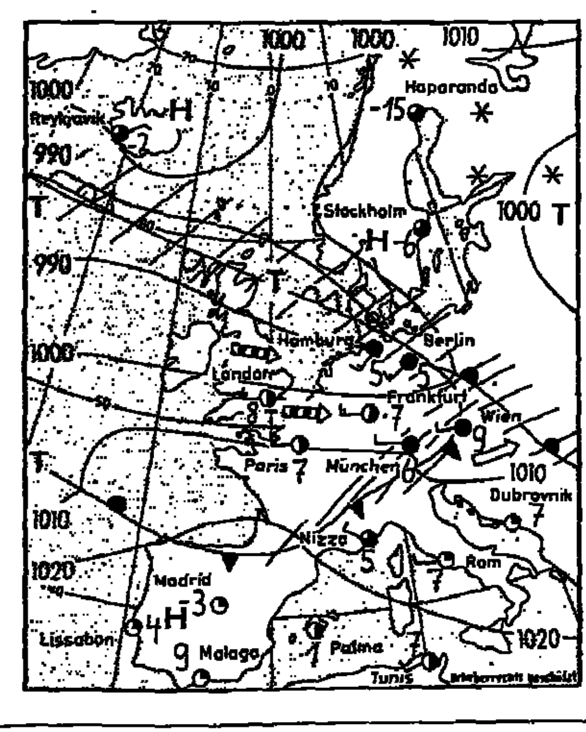
Vorhersage für Mittwoch: Im Nordosten Deutschlands und im Alpengebiet meist bedeckt und Regen. Sonst wechselnd wolkig und noch vereinzelt Schauer. Temperaturen 5 bis 9, nachts 1 bis 5 Grad. Mäßiger bis frischer, in Böen auch stürmischer Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Am Donnerstag zeitweise Regen, weiterhin mild. Am Freitag wechselhaft und Regenschauer.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 8.27 Uhr*, Untergang: 16.23 Uhr; **Mondaufgang:** 10.12 Uhr, Untergang: 17.47 Uhr.

Sonnenaufgang am Freitag: 8.27 Uhr, Untergang: 16.25 Uhr; **Mondaufgang:** 10.42 Uhr, Untergang: 19.22 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 31. Dez., 8 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	4	bd
Bielefeld	3	R
Braunlage	0	S
Bremen	3	R
Dortmund	3	R
Dresden	1	S
Düsseldorf	9	R
Erfurt	2	R
Essen	8	R
Feldberg/S.	-1	Ne
Flensburg	2	bw
Frankfurt/M.	8	R
Freiburg	10	bw
Garmisch	8	bw
Greifswald	2	R
Hamburg	4	bw
Hannover	2	Sr
Kahler Asten	3	R
Kassel	8	R
Kempten	6	bw
Kiel	3	bw
Koblenz	9	bd
Köln-Bonn	9	R
Konstanz	9	bw
Leipzig	0	S
List/Sylt	2	bw
Lübeck	3	bw
Mannheim	10	bd
München	9	bw
Münster	4	R
Norderney	4	bd
Nürnberg	8	R
Oberstdorf	6	bw
Passau	6	R
Saarbrücken	7	bd
Stuttgart	8	bw
Trier	7	R
Zugspitze	-6	bw
Ausland:		
Algier	17	he
Amsterdam	9	R
Athen	14	he
Barcelona	12	he
Belgrad	13	bw
Bordeaux	11	he
Bozen	7	be
Brüssel	9	R
Budapest	8	bw
Bukarest	7	bw
Casablanca	18	bw
Dublin	11	R
Dubrovnik	12	bd
Edinburgh	5	R
Faro	16	he
Florenz	11	he
Genf	6	bw
Helsinki	-9	S
Hongkong	20	he
Innsbruck	6	bw
Istanbul	11	he
Kairo	16	he
Klagenfurt	-1	bw
Konstanza	4	he
Kopenhagen	0	bw
Korfu	14	bw
Las Palmas	20	wl
Leningrad	-11	S
Lissabon	8	he
Locarno	7	bw
London	11	R
Los Angeles	15	wl
Luxemburg	6	Sp
Madrid	5	wl
Mailand	8	he
Malaga	14	he
Mallorca	13	he
Moskau	-13	S
Neapel	14	he
New York	3	bd
Nizza	9	bd
Oslo	-11	he
Ostende	10	bd
Palermo	15	bw
Paris	9	bd
Peking	-5	bw
Prag	0	S
Rhodos	13	he
Rom	11	he
Salzburg	7	bd
Singapur	29	bw
Split	12	bd
Stockholm	-10	S
Straßburg	10	bw
Tel Aviv	15	bw
Tokio	13	he
Tunis	14	bw
Valencia	15	he
Varna	11	he
Venedig	5	he
Warschau	-1	he
Wien	10	he
Zürich	9	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

WINTERSPORTBERICHT: In den Mittelgebirgen nur noch wenig Schnee

Der Wintersportbericht bringt Angaben über die Schneelagen in den Skigebieten Deutschlands, Österreichs, der Schweiz, *Italiens und* Frankreichs. Die Angaben (von ADAC und DSV) *erfolgen ohne Gewähr* und bedeuten der Reihe nach: Schneehöhe im Tal / im Skigebiet / Kilometer gespurte Langlaufloipen.

Deutschland: Die Warmluftzufuhr der letzten Tage führte zu einer Verschlechterung der Wintersportbedingungen, vor allem in den deutschen Mittelgebirgen. Talabfahrten sind nur noch vereinzelt möglich. Die Loipen sind größtenteils gespurt.

HARZ: Altenau: 20/50/16; Buntenbock: 5/10/5.

SAUERLAND: in der gesamten Region nach Auskunft des Verkehrsamtes Winterberg nur noch wenig Schnee. Schneehöhe am Dienstag stellenweise noch 25 cm, bei abnehmender Tendenz; es regnet.

FICHTELGEBIRGE: Fichtelberg: 45/50/15.

RHÖN: lt. DSV keine Wintersportmöglichkeiten.

SCHWÄBISCHE ALB: lt. DSV keine Wintersportmöglichkeiten.

BAYRISCHER WALD: Bayrisch-Eisenstein: 60/110/40; Zwiesel: 70/90/30; Arnbruck/Arrach: 50/90/25; Lam: 25/80/50; Thurmannsbang: 50/60/40; Grafenau: 20/20/59; Freyung: 50/60/30; Mitterfirmiansreuth: 100/130/35; Mauth: 80/110/70; Waldkirchen: 60/70/35; Dreisessel-Haidmühle: 70/130/40; Neureichenau-Lackenhäuser: *70/90/60; Bischofsreuth: 70/90/25;* Hauzenberg: 60/70/30; Wegscheid: 60/70/70; *Grainet: 40/80/45; Bischofs*mais: 80/100/30; St. Englmar: 60/70/55; Waldmünchen: 20/30/40; Furth i. Wald: 50/70/40; Neukirchen Hl. Blut: –/30/10.

SCHWARZWALD: Hinterzarten: 15/25/60; *Höchenschwand: 100/100/25;* Feldberg: 40/100/50; Todtnau: 40/60/60; *Menzenschwand: 30/50/20.*

ALPEN: Berchtesgadener Land: 40/125/55; Inzell: 45/45/38; Ruhpolding: 30/180/50; Bergen-Hochfelln: 0/80; Unterwössen: 25/25/20; Siegsdorf: 10/40; Reit im Winkl: 80/170/50; Schleching: 25/90/15; Sachrang: 40/120/7; Oberaudorf-Hocheck: 30/60/25; Rosengasse: 30/70; Bayrischzell-Sudelfeld: 40/90/50; Wendelstein: 20/80; Schliersee-Spitzingsee: 20/50/12; Rottach-Egern: 40/90/9; Kreuth: 60/80/32; Lenggries: 60/90/42; Mittenwald: 30/100/18; Dammkar: kein Skibetrieb; Garmisch-Partenkirchen: 32 km Loipen; Hausberg: 20/70; Kreuzeck: 10/60; Wank: 20/80; Eckbauer: 20/60; Alpspitzgebiet: 10/70; Zugspitze: –/250; Riffelriß: 10/70; Oberammergau: 40/90/40; Schwangau-Tegelberg: 20/80/40; Nesselwang: 40/70/30; Wertach: 35/60/25; Rettenberg-Grünten: 20/50/15; Hindelang-Oberjoch: 30/110/46; Fischen-Hörner-Gruppe: 40/45/15; Oberstdorf: *75/230/70;* Immenstadt: 30/130/68; Balderschwang: 160/200/45; Obermaiselstein-Grasgehren: 50/160/15; Thalkirchdorf: 50/60/35; Oberstaufen: *55/50/35;* Steibis: 70/*120/20;* Weiler: *30/30/40;* Scheidegg: 50/50/40; Isny: 50/70/85.

Österreich: Ausgezeichnete Wintersportbedingungen: Talabfahrten sind fast überall möglich. Langlaufloipen sind gespurt.

KÄRNTEN: Bad Kleinkirchh.: –/40/10; Heiligenblut: 30/80/10; Katschberghöhe: –/95; Kötschach-Mauthen: –/40/130; Turracher Höhe: –/50/15; Weißensee: *35/50/100.*

SALZBURG: Badgastein: 70/125/16; Flachau: 70/150/90; Kaprun/Kitzsteinhorn: 45/200/200; Obertauern: 160/250/15; Saalbach/Hinterglemm: 120/160/8; Zell am See: 80/190/300.

STEIERMARK: Bad Mitterndorf/Tauplitz: 80/250; Dachstein-Gletscher: –/260; Schladming: 160/220.

VORARLBERG: Damüls: 155/190; Fontanella-Faschina: 170/250; Gargellen: 120/180; Gaschurn: *100/200/25;* Kl. Walsertal: 110/360/32; Klösterle: 150/200; *Lech: 135/170; Schruns: 80/190/6;* Zürs: 170/190.

TIROL: Achenkirch: *90/130/58;* Ellmau: 130/180/10; Fieberbrunn: 150/175/40; Hopfgarten: 70/120/30; Innsbruck: 20/190; Ischgl: 80/145/20; Kitzbühel: *90/100/40;* Kühtai: 100/130/20; Obergurgl/Hochgurgl: 60/90/13; Reutte: *90/130/50;* St. Anton/Arlb.: 110/290/20; St. Christoph/Arlb.: 235/170; St. Johann: *130/170/74;* Seefeld-Leutasch: 80/120/90; Serfaus: *80/220/60;* Sölden/ Hochsölden: *30/80/16.*

Schweiz: Gute Wintersportmöglichkeiten: in höheren Lagen überwiegend Pulverschnee. Langlaufloipen sind überall gespurt.

BERNER OBERLAND: Grindelwald: 60/140/25; Gstaad: 65/120/30; Lenk: 80/150/29; Mürren: 120/140/2; Wengen: 70/140.

GRAUBÜNDEN: Arosa: 90/160/30; Bad Scuol: 55/95/54; Davos: 90/155/75; Flims: 95/170/60; Kosters: 110/150/40; Lenzerheide: 90/130/50; Pontresina: 30/60/80; St. Moritz: 30/40/80.

WALLIS: Crans-Montana: 120/190/41; Saas Fee: 50/90/8; Verbier: 80/200/19; Zermatt: 60/100/19.

Italien: Eine nach wie vor dünn Schneedecke, die jedoch zum Skifa ren ausreicht.

BELLUNO: Arabba: 15/20/2; Corti d'Ampezzo: 10/30/45; Nevegal: 20/3

SÜDTIROL: Ahrntal/Speikboden: 60/20; Brixen/Plose: 10/30/12; C vara/Alta Badia: 15/40/10; Gröd 15/40/50; Innichen/Sexten: 15/70 Schnalstal: 35/110/8; Seiseralm: 30/40; Sulden: 40/80/12.

TRENTINO: Cavalese: 25/30/70; donna di Campiglio: 5/30/3; M Bondone: 10/15/9; Predazzo: 15/2 San Martino di Castrozza: 15/30/1

VELTLIN: Aprica: 15/50/6; Bo 2000: 20/40; Livigno: 60/60/30.

Frankreich: Gute Wintersportb gungen. Bis Redaktionsschluß keine detaillierten Angaben vor.